

Deutsches Institut für Urbanistik



'96 Jahresbericht



'96

Impressum:

Jahresbericht 1996
Deutsches Institut für Urbanistik, Difu

Redaktion:

Erika Huber
Cornelia Schmidt
Anne-Ruth-Twellmann
Sybille Wenke-Thiem (verantwortlich)

Gestaltung und DTP (Innenteil):

Rolando A. Laube
Luis López Navarro

Gestaltung Außentitel:

Rother Design

Bestellung:

Deutsches Institut für Urbanistik
– Pressestelle –
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin
Telefon: 030/39001-208/209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Inhaltsverzeichnis



Bericht des Institutsleiters für das Jahr 1996	9
Aktivitäten der Institutsleitung	17
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	25

Arbeitsbereich 1: Stadtentwicklung und Recht

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	33
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Gesprächskreis „BauGB-Novelle 1997“	35
1.2 Die Flächennutzungsplanung – Bestandsaufnahme und Perspektiven für die kommunale Praxis	35
1.3 Auswirkungen städtebaulicher Verträge auf die Bewilligung von Mitteln aus Förderprogrammen Brandenburgs	36
1.4 Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen.....	36
1.5 Standards im sozialen Wohnungsbau – Vergleich Paris/Berlin	37
1.6 Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin	37
1.7 Wohnumfeldorientierte Parkraumplanung Berlin-Prenzlauer Berg	38
1.8 Zielkonzept Verkehr für das Land Sachsen-Anhalt	38
1.9 Leitfaden Parkraummanagement für brandenburgische Städte	39
1.10 Kulturentwicklungsplanung Greifswald	39
2. Laufende Projekte	
2.1 Planspiel „BauGB-Novelle 1997“	40
2.2 Anlässe für die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen	40
2.3 Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren	41
2.4 Kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung	41
2.5 Marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Strategien für einen umwelt- und stadtverträglichen Verkehr.....	42
2.6 Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte.....	42
2.7 Regionalisierung des ÖPNV und regionale Kooperation	43
2.8 Expertise zur Ableitung von Entlastungspotentialen und -strategien in den Handlungsbereichen Raumordnung und Stadtentwicklung für das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung durch Ruß, Benzol, Ozon und CO ₂ “	44
2.9 Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung.....	45
2.10 Kultureller Wandel in den neuen Bundesländern.....	45
2.11 Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“	46
3. Projektvorbereitende Arbeiten	
3.1 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht	46
3.2 Interkommunale Bauleitplanung	46
3.3 Haushaltskonsolidierung in der Kulturpolitik	47



3.4	Quartiersbildung und Differenzierung der Lebensstile in den neuen Bundesländern.....	47
4.	Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen	48
5.	Andere Aktivitäten	49
6.	Veröffentlichungen	
6.1	Difu-Publikationen	52
6.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	52

Arbeitsbereich 2: Wirtschaft und Finanzen

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	57
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Halbjahresschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS).....	59
1.2 Halbjahresschrift „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (AfK)	59
1.3 Entscheidungsfelder städtischer Zukunft.....	59
1.4 Zukunft des Produktionsstandortes Potsdam	60
1.5 Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren	60
1.6 Öffentliche Umweltschutzmaßnahmen und -ausgaben in den neuen Bundesländern	61
2. Laufende Projekte	
2.1 Geschichte des brandenburgischen Provinziallandtages in der Weimarer Zeit	61
2.2 Kommunale Zeitpolitik	62
2.3 Aktuelle Themen kommunaler Wirtschaftspolitik	62
2.4 Telematiktransfer	63
2.5 Kommunale Informations- und Dialogdienste	64
2.6 Gesamtwirtschaftliche kommunale Vermögens- und Ergebnisrechnung	65
3. Projektvorbereitende Arbeiten	
3.1 Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Kommunen	65
3.2 Lokale IuK-Politik.....	66
3.3 Telematikgestützte Regionale Netze.....	67
3.4 Forum „Telematische Städte“	67
3.5 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Multimedia-Anwendungen in den Städten“ des Forums Info 2000	68
3.6 Zukunft der Arbeit in der Stadt	68
4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen	69
5. Andere Aktivitäten	69
6. Veröffentlichungen	
6.1 Difu-Publikationen	72
6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	73

Arbeitsbereich 3: Umwelt

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	77
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Informations- und Beratungsangebot für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern (Phase II)	79
1.2 Förderung von Orientierungsberatungen für Kommunen in den neuen Bundesländern.....	79
1.3 Kommunale Klimaschutzprogramme (Phase II): Leitfaden für die Erarbeitung kommunaler Programme zur Verminderung von CO ₂ - und anderen Treibhausgasemissionen	80
1.4 Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO ₂ -Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern (Pilotphase)	81
1.5 Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas (Phase II) – Fortführung in Tschechien und Ungarn, Erweiterung auf Bulgarien	82
2. Laufende Projekte	
2.1 Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse.....	83
2.2 TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb	84
2.3 Lokale Agenda 21. Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse in deutschen Städten	85
2.4 Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas (Phase III) – Fortführung in Tschechien, Ungarn und Bulgarien	85
2.5 Wissenschaftliche Begleitung sowie Unterstützung der modellhaften Erarbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 im Berliner Bezirk Köpenick	86
2.6 Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand. Analyse und Erarbeitung eines Leitfadens zur Nutzung des Potentials an Umweltschutzmaßnahmen (Vorstudie).....	87
3. Projektvorbereitende Arbeiten	
3.1 Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO ₂ -Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern (Hauptphase)	88
4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen	89
5. Andere Aktivitäten	89
6. Veröffentlichungen	
6.1 Difu-Publikationen	92
6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	92



Inhalts-
verzeichnis



Arbeitsbereich 4: Abteilung Köln

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	97
1. Abgeschlossene Projekte	
1.1 Public Private Partnership (PPP) als Instrument kommunaler Aufgaben- und Leistungserfüllung	99
1.2 Metropolis-Projekt: Internationaler Erfahrungsaustausch über die kommunalen Auswirkungen zunehmender Migration	100
1.3 Umfrage zum Angebot und Bedarf an Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder in nordrhein-westfälischen Kommunen	100
1.4 Umfrage über Bestand und Bedarf an Tageseinrichtungen für Kinder in der Bundesrepublik Deutschland	101
2. Laufende Projekte	
2.1 Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte	101
2.2 Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen	102
2.3 Formen intraregionaler Zusammenarbeit – ein internationaler Vergleich (unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter EU-Staaten)	103
2.4 Urban Governance, OECD-Projekt zu Fragen der politischen Regulierung und Steuerung verstädterter Gebiete	103
2.5 Umfrage zu den EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden	104
2.6 Befragung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland	105
2.7 Kommunale Schulentwicklungsplanung zwischen bildungspolitischer Neuorientierung und Haushaltskonsolidierung	105
3. Projektvorbereitende Arbeiten	
3.1 Deutsche Städte in Zeiten fortschreitender Globalisierung.....	106
4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen.....	107
5. Andere Aktivitäten	107
6. Veröffentlichungen	
6.1 Difu-Publikationen	109
6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	110

Arbeitsbereich 5: Fortbildung

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	113
1. Zur Situation des Arbeitsbereichs	115
2. Fortbildungsaktivitäten	
2.1 Berlin-Seminare	115
2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Symposien.....	116
3. Entwicklung der Nachfrage	117

4.	Projektarbeit	
4.1	Stand der Einführung der Budgetierung in Stadtverwaltungen	118
4.2	Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen	118
4.3	Der Sanierungstreuhandträger des Sozialpädagogischen Instituts (SPI) Berlin als Regieprojekt zur Wohnraumbeschaffung für besondere Bedarfsgruppen	118
4.4	Planspiel zum Stadtentwicklungsprogramm Rheine 2000	119
5.	Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen	119
6.	Andere Aktivitäten	120
7.	Veröffentlichungen	
7.1	Difu-Publikationen	121
7.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	121



Inhalts-
verzeichnis

Arbeitsbereich 6: Veröffentlichungen

Mitarbeiterinnen	125
1. Entwicklung der Nachfrage	127
2. Veröffentlichungen 1996	128
2.1 Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK).....	131
2.2 Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS).....	131
3. Veröffentlichungen in Vorbereitung	132
4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen	132

Arbeitsbereich 7: Information und Dokumentation

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.....	135
1. Zur Situation des Arbeitsbereichs	137
2. Datenbankproduktion und -betrieb	137
2.1 Literaturdatenbank ORLIS	137
2.2 Umfragedatenbank DEMOS.....	138
2.3 Volltextdatenbank „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“	139
3. Informationsdienstleistungen und -produkte	
3.1 Difu-Internet-System	139
3.2 Datenbankrecherchen	140
3.3 ORLIS-Datenbankprofile	141
3.4 CD-ROM „URBADISC“ – Literaturdatenbank zu kommunalen Themen.....	141
3.5 Profildienste.....	142
3.6 Dokumentationen	142
3.7 Benutzerbetreuung	142



Inhalts-
verzeichnis

4.	Kooperationen mit anderen Institutionen	142
5.	Interne Servicefunktionen	
5.1	EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung	144
5.2	Aktivitäten für andere Arbeitsbereiche	144
5.3	Informationen zu Forschungsinstituten und Fördermöglichkeiten.....	144
6.	Projekte: Forschungsbedarfsanalysen und Wissenstransfer	
6.1	Umfrage „Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 1996“	145
6.2	MOE-Netz	145
6.3	10. Jugendhilfe-Jahrestreffen in Wiesbaden	145
6.4	Seminarbegleitende Informationsdienste auf dem Gebiet der Jugendhilfe	146
6.5	Online Forum Stadtökologie	146
7.	Andere Aktivitäten	147
8.	Veröffentlichungen	
8.1	Difu-Publikationen	148
8.2	Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	148

Anhang:

■	Allgemeine Informationen über das Difu	153
■	Zuwenderstädte des Difu	155
■	Landkarte der Zuwenderstädte.....	156
■	Organisationsstruktur des Instituts	157
■	Personalstruktur	159
■	Abkürzungen	167

**BERICHT DES INSTITUTSLEITERS
FÜR DAS JAHR 1996**

IL

Bericht des Institutsleiters

Das Deutsche Institut für Urbanistik konnte auch im Jahre 1996 unter erschwerten finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine beachtliche Leistungsbilanz im Interesse der deutschen Städte und Gemeinden aufweisen.

Thematische Ausrichtung

Das Difu orientierte seine Arbeit wie in den Vorjahren an der ganzen Breite kommunaler Aufgaben: von der Bauleitplanung über die Wirtschaftsförderung bis zum Thema Kindergärten, vom Umweltschutz über Telematikanwendungen bis zur Verwaltungsmodernisierung. Das Institut engagierte sich in einer Vielzahl von Themen, die für die Zukunft unserer Städte von zentraler Bedeutung sind. Beispielfhaft seien die folgenden Themen hervorgehoben:

- Ein besonderer Schwerpunkt lag beim bundespolitischen Reformvorhaben einer Novellierung des Städtebaurechts. Nach Abschluß des Difu-Gesprächskreises „Städtebaurecht“ lag der Schwerpunkt 1996 bei der Organisation und Auswertung eines Planspiels zur BauGB-Novelle. Am 15. Januar 1997 wurden die Ergebnisse dem zuständigen Bundestagsausschuß präsentiert. Für die öffentliche Anhörung am 19. Januar 1997 wurde eine ausführliche Stellungnahme erarbeitet. Die Anerkennung, die unsere Arbeit in Politik und Verwaltung auch auf Bundesebene gefunden hat, verdeutlichte abermals die Rolle des Difu als wichtiger Ansprechpartner des Bundes für kommunalwissenschaftliche Fragen.

Dies gilt auch für die Einbeziehung des Instituts in zwei der sechs Arbeitskreise, die Bundesumweltministerin Merkel als Element eines gesellschaftlichen Dialogs zur Fortentwicklung der Umweltpolitik einrichtete (Klima: Mäding; Naturhaushalt: Rösler).

- Weitere Aktivitäten im unmittelbaren Interesse des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau waren 1996 u.a. folgende

abgeschlossene Projekte:

- ▲ Die Flächennutzungsplanung – Bestandsaufnahme und Perspektiven für die kommunale Praxis
- ▲ Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen
- ▲ Standards im sozialen Wohnungsbau – Vergleich Paris/Berlin
- ▲ Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin
- ▲ Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen

laufende Projekte:

- ▲ Anlässe für die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen
- ▲ Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren
- ▲ Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung
- ▲ Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte
- ▲ Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen



projektvorbereitende Arbeiten:

- ▲ Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht
 - ▲ Interkommunale Bauleitplanung
 - ▲ Bündelung in der Städtebauförderung
-
- Im Themenbereich „kommunale Wirtschaftspolitik“ wird vor dem Hintergrund von Globalisierung, Rationalisierung und Suburbanisierung die „Zukunft der Arbeit in der Stadt“ untersucht. In anderen Projekten werden neben traditionellen Instrumenten (Gewerbeflächenmobilisierung) und aktuell debattierten Themen (Stadtmarketing) auch Fragestellungen aufgeworfen, deren Bedeutung in der Praxis erst allmählich allgemein erkannt wird, so die einer „ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik“ oder der „Kommunalen Zeitpolitik“.
 - Im Themenfeld „Telematik, Telekommunikation und Neue Medien“ werden im Rahmen mehrerer Forschungsprojekte und mit Förderung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands aktuelle und zukünftige Trends der Anwendung neuer Informationstechniken durch die Kommunen untersucht. Dabei sollen praxisnahe Lösungen für Informations- und Dienstleistungsangebote für die Bürger sowie die mittelständische Wirtschaft entwickelt werden. Auch die Planung für die Folgejahre sieht hier einen Schwerpunkt der Arbeit, um Orientierungshilfen zu geben und zu konsistenten strategischen Konzepten in den Städten beizutragen.
 - Kommunalpolitik soll gerade in Zeiten knapper Kassen auch in der Gesellschaftspolitik innovative Lösungen umsetzen. Wettbewerbe sind dabei Anreiz zu verstärktem Engagement und Basis für interkommunalen Erfahrungsaustausch. Eine Difu-Arbeitsgruppe bereitete 1996 – in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agrarsozialen Gesellschaft – im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den bundesweiten Wettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ vor, der 1997 erstmals durchgeführt wird. Hierbei greift das Institut auch auf Erfahrungen aus dem laufenden Wettbewerb „TAT-Orte – Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ für die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, dessen Preisverleihung 1996 in Wismar stattfand, zurück.
 - Zum Thema „Kommunale Umweltpolitik“ stellte das Institut 1996 u.a. den umfangreichen Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ fertig, der für „Einsteiger“ und „Fortgeschrittene“ konkrete Anregungen zur Aufstellung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzprogramme bietet. In einer Befragung zur „Lokalen Agenda 21“ wurde in enger Kooperation mit dem Deutschen Städtetag der Stand der Aktivitäten in deutschen Städten zur Umsetzung der Ziele der Rio-Konferenz 1992 erhoben. Themenschwerpunkte, Handlungsformen und -restriktionen bilden die Schwerpunkte der Erhebung, die 1997 wiederholt wird.

Leistungsüberblick

Trotz dieser beachtlichen Schwerpunktsetzungen hat das Institut 1996 auch in den anderen kommunal relevanten Politikfeldern in vielfältigen Wissenschafts- und Dienstleistungsaktivitäten neue Entwicklungen handlungsorientiert für die Kommunen aufbereitet (in Klammern: Vergleichszahlen aus 1995).



- In den Arbeitsbereichen 1-5 wurden 1996 insgesamt 26 (17) Projekte abgeschlossen, weitere 31 (35) waren in Arbeit.
- Mit acht (drei) Bänden in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung lag in diesem Jahr der Schwerpunkt bei den Buchpublikationen. In der Materialienreihe wurden acht (17) Bände veröffentlicht. Hinzu kommen zwei Halbjahresbände des „Archivs für Kommunalwissenschaften“ und zwei Hefte der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“.
- Von den 19 (17) Berlin-Seminaren waren fünf (vier) – wegen der großen Nachfrage – Wiederholungsseminare. Mit seinen 26 (24) Veranstaltungen insgesamt erreichte der Arbeitsbereich „Fortbildung“ 1 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (1 311: 1995 gab es zwei große Tagungen, 1996 eine – daher die größere Teilnehmerzahl im Jahre 1995). Ein besonderer Höhepunkt war das mit der Wüstenrot Stiftung in Berlin veranstaltete zweitägige Symposium „Perspektiven für das Städtische – Zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa“, das vom Präsidenten des Deutschen Städtetages, Prof. Dr. Gerhard Seiler, eröffnet wurde. Eine Vielzahl dezentraler Veranstaltungen mit unterschiedlichen Themen (Verwaltungsmodernisierung, Jugendhilfe, Stadterneuerung, Regionalentwicklung etc.) ergänzte die Seminare.
- Im Arbeitsbereich Information und Dokumentation wurden nicht nur über 11 000 (9 634) Dokumente in die Datenbank ORLIS und über 120 (55) Umfragen in die Datenbank DEMOS eingearbeitet, sondern auch 473 (724) Datenbankrecherchen durchgeführt. Die auf Diskette angebotenen Datenbankprofile und die erfolgreich auf dem deutschen Markt eingeführte CD-ROM URBADISC ermöglichen den Nutzerinnen und Nutzern nun auch eigene Recherchen, was offenbar zu diesem veränderten Nachfrageverhalten beitrug.
- Seit Mai 1996 präsentiert das Difu eine Vielzahl von Informationen auch über das Internet. Neben allgemeinen Basisinfos über das Institut stehen auch das Verzeichnungsverzeichnis, das Seminarprogramm sowie der Newsletter „Berichte“ zum Abruf aus dem Netz bereit (<http://www.difu.de>). Online-Kommunikation mit dem Difu ist nun auch möglich (difu@difu.de). Das Difu ist gemeinsam mit dem Verein für Kommunalwissenschaften (VfK), dem Deutschen Städtetag (DST) und dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas – deutsche Sektion (RGRE) auf der kommunalen Plattform „KommOn“ präsent. Für alle Partner hat das Difu die Administration und technische Betreuung des Internet-Angebots übernommen. Im Projekt „Praxistransfer stadtökologischer Forschung“ wird im Rahmen eines „Online Forums“ u.a. eine Sammlung guter Praxisbeispiele im Internet aufgebaut.
- 1996 dokumentierte die Pressestelle 712 (481) Veröffentlichungen in 270 (163) Printmedien, die über das Institut und seine Aktivitäten berichteten. Aus Hörfunk und Fernsehen wurden 47 (14) Beiträge bekannt.

Gremien

An folgenden Terminen tagten die verschiedenen Gremien

- | | |
|---|------------|
| ■ Institutsausschuß | 22.03.1996 |
| | 15.11.1996 |
| ■ Kuratorium | 03.05.1996 |
| ■ Mitgliederversammlung des Vereins
für Kommunalwissenschaften | 07.11.1996 |



Die Mitgliederversammlung des Vereins für Kommunalwissenschaften berief 1996 nach § 15 Abs. 2 der Vereinssatzung die Mitglieder des Kuratoriums für die Jahre 1997-1999. Das Difu dankt allen Kuratoren für ihren Einsatz für das Institut. Am 15.11.1996 tagte der Institutsausschuß zum letzten Mal unter dem Vorsitz von Jobst Fiedler, der sein kommunales Amt als Oberstadtdirektor Hannovers verließ. Der Institutsleiter würdigte das persönliche Engagement und die vielfältigen fachlichen Anregungen, die vom Vorsitzenden in den drei Jahren seiner Amtsführung ausgegangen waren. Eine neue Vorsitzende oder ein neuer Vorsitzender soll erst auf der Herbstsitzung 1997 gewählt werden, wenn das (neue) Kuratorium seine Vertreterinnen und Vertreter im Institutsausschuß gewählt hat.

Finanzen

Die Struktur der Difu-Finzen hat sich – wie schon bisher im langfristigen Trend – durch den Rückgang der institutionellen Förderung des Bundes und des Landes Berlin weiter zugunsten der Projekteinnahmen verschoben. 21 der 26 1996 abgeschlossenen Projekte waren (teilweise) mit Mitteln Dritter finanziert. Die übrigen Einnahmen sind in ihren prozentualen Anteilen etwa konstant geblieben.

Einnahmen des Difu	1996		1995	
	abs.	%	abs.	%
Projekteinnahmen	4 099 059	33,7	3 789 173	31,5
Städtezuwendungen	2 751 722	22,6	2 685 897	22,4
Zuwendungen VfK	1 575 000	13,1	1 575 000	13,1
Zuwendungen Bund	1 361 138	11,2	1 482 500	12,3
Zuwendungen Berlin	1 361 138	11,2	1 482 500	12,3
Sonstige Einnahmen (insbesondere Veröffentlichungen, Seminare)	1 005 060	8,2	1 006 806	8,4
Insgesamt	12 153 117	100	12 021 876	100

1996 traten sieben (überwiegend kleine) Städte aus dem Zuwenderkreis des Difu aus, drei Städte (darunter Magdeburg) und ein brandenburgischer Regionalverband traten ein. Die durch die Zuwenderstädte des Instituts repräsentierte Einwohnerzahl erhöhte sich dadurch um rund 150 000 auf 25 046 73. Mit der Stadt Unna trat eine weitere Stadt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes dem Kreis der Zuwender bei. Somit sind im Jahr 1997 132 Städte, vier Verbände und ein Förderer Zuwender des Difu.

Zwischen Habitat II und EXPO 2000

Für Stadtpolitik und Stadtforschung war weltweit sicherlich die UN-Konferenz Habitat II in Istanbul im Jahre 1996 das herausragende Ereignis. Unter den Themen „Wohnungsversorgung für alle“ und „Nachhaltige Stadtentwicklung“ versammelten sich Tausende von Politikerinnen und Politikern, Verwaltungsleuten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Auch das Deutsche Institut für Urbanistik beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung, u.a. als Mitglied des Exekutivausschusses des Nationalkomitees (Mäding, Echter) sowie durch kritische Kommentare zum Entwurf des Nationalberichts (alle Arbeitsbereiche).



Direkte Konsequenzen aus dem Habitat-Prozeß sind für das Difu nicht erforderlich – der Jahresbericht 1995 zeigte bereits deutlich, daß Themen wie „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und „Wohnungspolitik“ für das Institut seit Jahren einen hohen Stellenwert haben (u.a. S. 11/12). Neben den vielen Aktivitäten der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat auch die Institutsleitung selbst hier Stellung bezogen. Die erste Habitat-Nachfolge-Konferenz des BMBau am 7.12.1996 in Berlin hat deutlich gemacht, daß es in Deutschland unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht einfach sein wird, der Stadtpolitik dauerhaft die erforderliche Aufmerksamkeit zu sichern.

Als nächstes Großereignis wirft die EXPO 2000 in Hannover ihren Schatten voraus. Im Rahmen dieser Weltausstellung soll u.a. ein Weltstädtebaukongreß „URBAN FUTURE 2000“ durch das BMBau veranstaltet werden. Das Difu hat sich bereits 1995 und 1996 an vielen Vorbesprechungen mit anderen Verbänden und Instituten beteiligt und wird weiterhin seine Erfahrungen aktiv in die Vorbereitung einbringen.

Ausblick

Ein Institut wie das Deutsche Institut für Urbanistik, das bei Projekteinnahmen und jährlichen Zuwendungen fast vollständig auf Gelder der öffentlichen Hand angewiesen ist, spürt die dramatische Finanzkrise deutlich. Der aktuelle Zuwachs der Arbeitslosigkeit auf über 4,5 Millionen wird alle öffentlichen Haushalte auf der Ausgaben- und Einnahmenseite weiter belasten. Die 1996 noch überschrittene Defizitbegrenzung der Währungsunion (maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts) wird weitere Konsolidierungsschritte nach sich ziehen, die sich sicherlich auch auf die Finanzlage des Instituts auswirken werden. Daher ist es absehbar, daß sich die Rahmenbedingungen der finanziellen Lage des Difu gegenüber früheren Jahren verschlechtern.

So baut das Difu auf das vereinte Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Qualifikation, Erfahrung und Motivation. Im Jahresbericht 1995 ist dieser Faktor besonders gewürdigt worden. Wir werden uns auch in Zukunft auf ihn stützen. Im Frühjahr 1992 fand in Berlin-Tegel eine ganztägige Difu-Klausur statt, in der Grundfragen der Institutsarbeit mit Blick auf die sich wandelnden Anforderungen diskutiert wurden. Viele gute Anregungen wurden in Arbeitsgruppen konkretisiert und haben nach Beratung im Institut und seinen Gremien die Arbeit der folgenden Jahre deutlich mitbestimmt. Im Frühjahr 1997 wird im Rahmen einer weiteren Klausurtagung erneut ein breit angelegter, konsensorientierter Prozeß zur Ortsbestimmung und Strategiesuche starten. Wir wollen, daß das Difu auch in Zukunft Anerkennung von außen als leistungsstarkes Institut und von innen als geschätzter Arbeitsplatz genießt.

Zu guter Letzt:

Der August-Lösch-Preis, der renommierteste deutsche regionalwissenschaftliche Preis, ging 1996 an Busso Grabow, Dietrich Henckel und Beate Hollbach-Grömig aus dem Difu, für ihr Buch „Weiche Standortfaktoren“. Das ganze Institut gratuliert!

Berlin, den 1. März 1997

Prof. Dr. Heinrich Mading

Aktivitäten der Institutsleitung

Institutsleiter

Prof. Dr. Heinrich Mäding

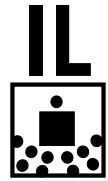
Stellvertretender Institutsleiter

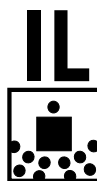
Dr. jur. Rolf-Peter Löhr

Sachbearbeitung/Sekretariat

Regina Haschke (75 %)

Renate Schultz (75 %)

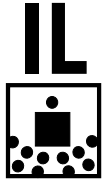




Aktivitäten der Institutsleitung 1996

Prof. Dr. Heinrich Mäding (Institutsleiter)

- 19./20.1. Durchführung des Difu-Vor-Ort-Seminars „Die modernisierte Kommunalverwaltung – fähig zur Haushaltskonsolidierung?“ in Goslar (zusammen mit Dr. Birgit Frischmuth und Dr. Paul von Kodolitsch).
- 31.1. Gesprächskreis zur Vorbereitung des Internationalen Städtebaukongresses URBAN 2000, Bonn.
- 1.2. Leitung des Difu-Ansprechpartner-Treffens in Berlin.
- 19.2. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats im Projekt „Stadtökologie“, Berlin.
- 23.2. Besuch der Institute CERTU (Centre d' études sur les réseaux, les transports, l'urbanisme et les constructions publiques) und INGUL in Lyon (Kooperationsbesprechungen mit dem Difu), zusammen mit Michael Reidenbach.
- 29.2./1.3. Leitung des Difu-Seminars „Klimaschutz“ im Rahmen der Messe „UTECH“, Berlin.
- 7.3. Leitung des Difu-Ansprechpartner-Treffens in Dortmund.
- 8.3. Leitung des Difu-Ansprechpartner-Treffens in Esslingen.
- 14./15.3. Leitung der Frühjahrssitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema „Verkehr“, Schwerin.
- 19./20.3. Teilnahme an der Vorbereitungskonferenz des BMBau und der OECD zu „Habitat II“, Berlin.
- 28./30.3. Vortrag „Kommunale Haushaltskonsolidierung in Deutschland – die 80er und 90er Jahre im Vergleich“ auf der Tagung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung „Kommunalpolitik und lokale Politikforschung – alte Probleme und neue Herausforderungen an der Schwelle des Jahres 2000“, Heidelberg.
- 28./29.4. Gesprächskreis zur Vorbereitung des Internationalen Städtebaukongresses URBAN 2000, Hannover.
- 8.5. Vortrag „Die Entwicklung der europäischen Metropolregion Berlin/Brandenburg“ bei der 50-Jahr-Feier der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover.
- 10.5. Jury-Sitzung der Schader-Stiftung zum Thema „Verkehr“, Frankfurt/a.M.
- 20./21.5. Vortrag „Local Climate Protection Policy in the Federal Republic of Germany“ beim Seminar des European Environmental Bureau „Lokale Agenda 21 – Partnership between Local Authorities and NGOs in the field of Urban Environmental Management“, Rom.
- 30./31.5. Teilnahme an der 1. Brandenburger Regionalplanertagung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Eberswalde.
- 9.6. Begrüßungsrede bei der Preisverleihung des Wettbewerbs „TAT-Orte“, Wismar.
- 13.6. Mitwirkung am Städtebaulichen Symposium von Wüstenrot Stiftung und

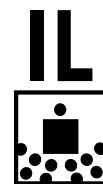


Aktivitäten der
Institutsleitung

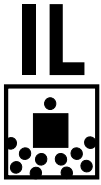
- Difu „Perspektiven für das Städtische – zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa“, Berlin.
- 19.6. Mitwirkung am 3. Treffen des Arbeitskreises „Öffentliche Dienstleistungen“ im Rahmen des BMBF-Projekts „Dienstleistung 2000 plus“, Dresden.
- 27.9. Generalversammlung und Verwaltungsrat der URBANDATA Association, Berlin.
- 1.10. Vortrag „Die Entwicklung der europäischen Metropolregion Berlin/Brandenburg“ beim Institut für Länderkunde, Leipzig.
- 18.10. Vortrag „Die Budgethoheit der Räte/Kreistage im Spannungsverhältnis zur dezentralen Ressourcenverantwortung“ auf dem KGSt-Forum 1996, Hannover.
- 24./25.10. Leitung der Herbstsitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema „Konsequenzen aus der abgelehnten Fusionsentscheidung Berlin-Brandenburg“, Berlin, Ernst-Reuter-Haus.
- 31.10. Beiratssitzung WIBERA, Düsseldorf.
- 12.11. Sitzung der wissenschaftlichen Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung“ des Deutschen Städtetages, Köln.
- 13.11. Podiumsteilnahme an der Pressekonferenz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des vom Difu betreuten Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, Bonn.
- 20.11. Moderation der Podiumsdiskussion „Auf dem Weg zu einer Region“ bei der Raumordnungskonferenz der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen, Bremen.
- 3.12. Vortrag „Partizipation und gesellschaftliche Einflußnahme bei raumbedeutsamen Großprojekten“ im Rahmen der Jahresschlußveranstaltung '96 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema „Verändertes Planungsverständnis – Wandel der Planungskulturen – neue Formen der Umsetzung planerischer Leitbilder“, Potsdam.
- 6.12. Leitung und Moderation der Tagung „Berlin auf dem Weg zur Metropole? Die Frage nach tragfähigen und konsistenten Zielen für die Wirtschaftspolitik in Berlin“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- 7.12. Teilnahme an der 1. Habitat II-Folgekonferenz des BMBau, Berlin.
- 11.12. Kuratoriumssitzung beim Informationszentrum Raum und Bau, Stuttgart.

Dr. Rolf-Peter Löhner (Stellvertretender Institutsleiter)

- 17.1. Statement zu planungsrechtlichen Aspekten der Nutzungsmischung im Rahmen des Experten-Workshops zur Nutzungsmischung im Städtebau im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 18.1. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 22.1. Vortrag zur Flächennutzungsplanung im Rahmen des Difu-Seminars „Flächennutzungsplanung“, Berlin.
- 24./25.1. Sitzung der Steuerungsgruppe des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/a.M.
- 21.2. Teilnahme an der Fachtagung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin „Büro der Zukunft“, Berlin.
- 27.2. Sitzung der Steuerungsgruppe des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 4.3. Verhandlungen über den Wirtschaftsplan 1997 mit dem Land Berlin, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 7.3. Verhandlungen über den Wirtschaftsplan 1997 mit dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie dem Bundesministerium der Finanzen, Bonn.
- 19.3. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 21.3. Leitung der Auftaktveranstaltung zum Planspiel zur Novellierung des Baugesetzbuchs, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 18.4. Einführungsveranstaltung für die Stadtverwaltung Leipzig in die Aufgaben im Rahmen des Planspiels zur Novellierung des BauGB, Leipzig (gemeinsam mit Robert Sander).
- 7.5. Präsentation der Difu-Konzeption zur Durchführung des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn.
- 14.5. Moderation und Erstellung des Abschlußberichts des vom Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau durchgeführten Workshops „Differenzierte Ausweitung der Ladenöffnungszeiten“, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 15.5. Erstellung des Abschlußberichts und Teilnahme an dem vom Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau durchgeführten Workshop „Freihandelszonen“, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 20.5. Moderation der Fachtagung des Deutschen Städtetages „Personalprobleme der Kindertageseinrichtungen in den neuen Bundesländern“, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 21./22.5. Einführung und Leitung der Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. „Jugendhilfe und Jugendarbeitslosigkeit – Was tun?!“, Kleinmachnow.
- 23.5. Erörterung bei der Stadtverwaltung Leipzig über ihre Aufgaben im Rahmen des Planspiels zur Novellierung des BauGB, Leipzig.



*Aktivitäten der
Institutsleitung*



Aktivitäten der
Institutsleitung

- 30./31.5. Teilnahme an der Sitzung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages, Hamburg.
- 5.-7.6. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Blossin.
- 18.6. Leitung des Difu-Gesprächskreises zur BauGB-Novelle 1997 im Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 8.8. Besprechung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Durchführung des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, Bonn.
- 12./13.8. Erörterung bei der Stadtverwaltung Leipzig über die Aufgaben im Rahmen des Planspiels zur Novellierung des BauGB, Leipzig.
- 20.8. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 11./12.9. Teilnahme an der Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Kommunen auf Reformkurs – Wie zukunftsfähig sind unsere Städte und Gemeinden für die europäische Union?“, Königswinter.
- 19.9. Teilnahme am Seminar des Forum-Instituts für Management „Recht der EDV, insbesondere Datenbanken“, München.
- 26.9. Teilnahme an der ersten Jurysitzung für den Wettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn.
- 1.10. Sitzung des Beirats „Fachtagungen Jugendhilfe“ des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 25.10. Leitung der Sitzung des Oberen Umlegungsausschusses des Landes Brandenburg im Ministerium des Innern, Potsdam.
- 28.10. Sitzung der Steuerungsgruppe des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt im Ernst-Reuter-Haus, Berlin.
- 29./30.10. Einführung und Leitung des Programmtags 1996 des Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt „Bilanz eines Modellprogramms“, Bogensee.
- 8.11. Vortrag zur geplanten Novellierung der BauNVO beim Planertreffen des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund.
- 13.11. Vorstellung der Konzeption des Planspiels zur Novellierung des BauGB vor dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestags, Bonn.
- 13./14.11. Teilnahme an der gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages und des Ausschusses des Deutschen Bundestags für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn.
- 20.11. Vortrag „Nachhaltige Stadtentwicklung“ im Rahmen des Treffens der Raumforschungsinstitute bei der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn.
- 6.12. Teilnahme am Seminar des Beck-Verlags „Recht des Internet“, Hamburg.
- 12./13.12. Einführung und Leitung der abschließenden Arbeitsbesprechung mit den Planspielkommunen zum Planspiel zur Novellierung des BauGB, Ernst-Reuter-Haus, Berlin.

Veröffentlichungen

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Heinrich Mäding, German Unification: The Financial Transfers from West to East Germany, 1990-1993, in: Kang, M.-K./Wagner, H. (eds.), Germany and Korea – Lessons in Unification, Seoul 1995, S. 122-141.

Heinrich Mäding, Überlegungen zur Eignung des kommunalen Finanzausgleiches zur Förderung raumordnungspolitischer Konzepte, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1995, H. 8/9, S. 605-618.

Heinrich Mäding, Die Metropole Berlin im deutschen Städtesystem, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im polnisch-deutschen Dialog, Hannover 1996, S. 38-51 (ARL-Arbeitsmaterial Nr. 230).

Heinrich Mäding, Kommunaler Klimaschutz, in: Klima und Umwelt, UmweltForum 1995, Bonn o. J. (1996), S. 27-31 (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen Nr. 50).

Heinrich Mäding, Bedingungen einer erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Kommunen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 1996, Bd. 1, S. 81-97.

Heinrich Mäding, Sparen zur Sicherung der Handlungsspielräume, in: Reidenbach, M. (Hrsg.), Kommunale Finanzen, Berlin 1996, S. 213-231 (Difu-Materialien 4/96).

Heinrich Mäding, Gefährdung der Grundlagen, in: Der Gemeinderat, 1996, H. 11, S. 10-11.

Dr. Rolf-Peter Löhr

Rolf-Peter Löhr, Baugesetzbuch. Kommentar, 5. Aufl., München 1996, 1821 S. (zusammen mit Ulrich Battis und Michael Krautzberger).

Rolf-Peter Löhr, Jugendhilfe im Geflecht von Politik und Gesellschaft, in: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hrsg.), Jugendhilfepraxis im Wandel. Eine Arbeitshilfe zu Handlungsfeldern der Jugendhilfe, Berlin 1996, S. 18-26. (Reader Jugendhilfe 1996)

Rolf-Peter Löhr, Vorwort zu „Anforderungen der Jugendhilfe an neue Steuerungsmodelle“. Dokumentation der Fachtagung am 28. und 29.8.1995, Berlin 1996, S. 5 f. (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 3).

Rolf-Peter Löhr, Vorwort zur Dokumentation und Einleitung der Fachtagung „Jugendhilfe und Familiengericht – Das Selbstverständnis der Jugendhilfe im gerichtlichen Verfahren“. Dokumentation der Fachtagung am 26. und 27.10.1995, Berlin 1996, S. 5-10 (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 6).

Rolf-Peter Löhr, Städtebaulicher Bericht der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung „Nachhaltige Stadtentwicklung“. Erste Anmerkungen aus kommunalwissenschaftlicher Sicht, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1996, H. 2/3, S. 99-108.

Rolf-Peter Löhr, Das Ende der City?, in: Der Gemeinderat, 1996, H. 7, S. 12 f.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sybille Wenke-Thiem

Sachbearbeitung/Sekretariat

Cornelia Schmidt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Difu soll die allgemeinen Aufgaben und Ziele des Difu sowie aktuelle Forschungsergebnisse der einzelnen Arbeitsbereiche einer breiten Öffentlichkeit bekannt und zugänglich machen.

Die Pressestelle nimmt hierbei zentrale Aufgaben für das gesamte Institut wahr. Kontaktpflege zu Medien, zu Difu-Ansprechpartnerinnen und -partnern, anderen Institutionen, Privatpersonen sowie die Betreuung von nationalen und internationalen Besuchergruppen gehörten 1996 zur Difu-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurden periodisch erscheinende Publikationen, Medieninformationen, Broschüren und Infos redaktionell betreut und realisiert sowie verschiedene Veranstaltungen organisatorisch betreut. Berichte über aktuelle Ergebnisse der Difu-Forschung wurden – neben der üblichen Darstellung im Difu-Newsletter „Berichte“ – als Pressemitteilungen oder „Aktuelle Information“ an die Medien versandt. Ebenso wurden Interviews mit Difu-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durch die Pressestelle vermittelt.

1996 dokumentierte die Pressestelle 712 (1995: 481) Veröffentlichungen in 270 (1995: 163) verschiedenen Printmedien, die über Difu-Aktivitäten berichteten. Erwähnenswert ist hierbei, daß das Institut 1996 selbst in der Kriminalliteratur genannt wurde. In dem Thriller „Ein Mann für's Grobe“ (rororo-Taschenbuch, November 1996) schreibt der Krimiautor -ky (Horst Bosetzky) auf Seite 40: „... und hatte einige Zeit am renommierten Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin gearbeitet, ...“.

Die folgende Auflistung stellt exemplarisch verschiedene im Berichtszeitraum durchgeführte Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dar:

- Presseaktionen wie beispielsweise die Ausrichtung und Unterstützung bei der Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, die Redaktion und das Layout diverser Medieninformationen und Presstexte sowie die Planung und Durchführung der dazugehörigen Werbeaktionen,
- Redaktion und Erstellung des Jahresberichts 1995 sowie des Mittelfristigen Arbeitsprogramms '97-'99,
- Redaktion, Layout und Produktionsüberwachung der vierteljährlich erscheinenden Difu-Newsletter „Berichte“ sowie des Infoletters „Forum Stadtökologie“,
- Kontaktpflege und Beratungsgespräche mit Presse und Multiplikatoren. Beantwortung von Anfragen aus dem Medienbereich, den Kommunen sowie der (Fach-)Öffentlichkeit. Vermittlung von Gesprächen zwischen Presse und Difu-Kolleginnen und -Kollegen,
- Redaktion und Layouterarbeitung verschiedener hauseigener PR-Materialien sowie von PR-Texten zur Veröffentlichung in externen Broschüren und Handbüchern,
- Organisation und Betreuung von drei Ansprechpartnertreffen in
 - ▲ Berlin, 1.2.96,
 - ▲ Dortmund, 7.3.96 sowie
 - ▲ Esslingen, 8.3.96.,
- Zusammenstellung und Auswertung der Jahres-Presseresonanz (Recherche in rund 220 Fachzeitschriften sowie diversen Tageszeitungen nach Veröffentlichungen über das Difu, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die bearbeiteten Projekte (siehe Graphiken auf Seite 29),
- tägliche Zeitungsrecherche für Difu-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu speziellen Themengebieten,



- Organisation und Durchführung von Ausstellungsaktivitäten und Bücher- bzw. Info-tischen,
 - ▲ Frühjahrstagung des Verbands Deutscher Städtestatistiker vom 15.-17.3.1996 in Herne,
 - ▲ Internationales Planertreffen vom 22.-25.5.1996 in Berlin,
 - ▲ Seminar Städtischer Pressereferenten vom 29.-31.5.1996 in Lünen,
 - ▲ TAT-Orte-Preisverleihung am 9.6.1996 in Wismar,
 - ▲ Symposium „Perspektiven für das Städtische – Zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa“, 13.6.1996, Berlin,
 - ▲ Statistische Woche vom 23.-27.9.1996 in Karlsruhe,
 - ▲ Tagung der „Association des Sciences Régionales de Langue Française“ in Zusammenarbeit mit der Akademie für Raum- und Landesplanung, 2.-4.9.1996, Berlin,
 - ▲ Frankfurter Buchmesse vom 2.-7.10.1996 in Frankfurt/a.M.,
 - ▲ Kongreß Städtischer Pressereferenten vom 9.-11.10.1996 in Freiburg i.Br.,

- Planung und Koordination der nationalen und internationalen Besuchergruppen, Aufbereitung von Info-Material, Betreuung von Pressestellenbesucherinnen und -besuchern.
 Folgende Delegationen besuchten 1996 das Difu:
 - ▲ 19.1.1996 Besucher des Umweltministeriums von Neuseeland,
 - ▲ 27.3.1996 Besuchergruppe aus Finnland (Nordplan-Institut, Helsinki),
 - ▲ 13.5.1996 Delegation aus Shanghai (Planungskommission),
 - ▲ 28.5.1996 Besucherdelegation aus Ecuador (Asociacion de Municipalidades Ecuatorianas),
 - ▲ 11.6.1996 Besuch einer Beamtendelegation aus Korea,
 - ▲ 17.6.1996 Besuchergruppe des Japanischen „Council of local authorities for international relations“,
 - ▲ 4.7.1996 Besuchergruppe aus Australien (Minister für Kommunalverwaltung New South Wales),
 - ▲ 6.8.1996 Besuchergruppe aus Nepal (Ministry of Housing and Physical Planning),
 - ▲ 30.8.1996 Besuchergruppe aus Norwegen (Concultan-Firma „Civitas“),
 - ▲ 16.9.1996 Besucherdelegation der Grünen Alternative aus Bamberg,

- Gezielte Mailing-Aktionen von „Waschzetteln“ zur Werbung für Neueröffnungen des Difu und anschließender Versand von Rezensionsexemplaren,
- Kontinuierliche Pflege verschiedener Datenbanken: (Presseverteiler, Berichtsverteiler und Ansprechpartnerverteiler sowie Datenbanken für Zielgruppenmailings),
- Redaktion des Difu-Internetangebots,
- Mitarbeit in den Projektgruppen
 - ▲ „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ (AB 3),
 - ▲ „Forum Stadtökologie“ (AB 3) und
 - ▲ Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ (AB 1).

PR



*Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit*

**ARBEITSBEREICH 1:
STADTENTWICKLUNG UND RECHT**

AB1

ARBEITSBEREICH 1: STADTENTWICKLUNG UND RECHT

AB 1

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dr.-Ing. Dieter Apel (85 %)
Dr.-Ing. Heidede Becker
Dipl.-Ing. Christa Böhme (50 %)
Dr.-Ing. Arno Bunzel
Dr. rer. pol. Albrecht Göschel
Ass. jur. Birgit Kahmann (seit 1.3.96)
Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock
Dipl.-Ing. Ulrike Meyer
Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl (80 %)
Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje (80 %)

Sachbearbeitung

Hans-Georg Just
Christa Rothäusler (50 %)
Wolf-Christian Strauss (seit 1.7.96)

Sekretariat

Viola-Dagmar Boehle (50 %)
Irmtraud Kasokat
Franziska Paiteris
Roswitha Winkler-Heinrich (50 %)



1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Gesprächskreis „BauGB-Novelle 1997“

Im Hinblick auf die im Jahre 1997 anstehende Novellierung des Städtebaurechts hat das Difu einen Gesprächskreis „BauGB-Novelle 1997“ mit insgesamt sechs Sitzungen durchgeführt. An dem Gesprächskreis waren alle wichtigen, mit städtebaurechtlichen Fragen befaßten Gruppen, insbesondere auch Vertreter der Wirtschaft und Vertreter der kommunalen und gerichtlichen Praxis beteiligt.

Als Diskussionsgrundlage dienten in der Regel Berichte aus laufenden Forschungsprojekten des Difu oder anderer Institute zu den jeweiligen Themenkomplexen. Im einzelnen wurden insbesondere folgende Aspekte behandelt:

- Verfahrenserleichterungen und Präklusionsregelungen nach § 2 BauGB-MaßnahmenG,
- Effektivierung der Bürgerbeteiligung,
- bauordnungsrechtliche Genehmigungsfreistellung und Zurückstellung von Baugesuchen,
- Bodenbesteuerung,
- Vereinheitlichung städtebaulicher Satzungen,
- städtebauliche Verträge,
- Flächennutzungsplanung einschließlich des Verhältnisses des FNP zu § 34 BauGB,
- Umweltgesetzbuch,
- Regelungsdichte von Bebauungsplänen,
- Befreiungen nach § 4 Abs 1a BauGB-MaßnahmenG.

In der abschließenden Sitzung im Sommer 1996 beschäftigte sich der Gesprächskreis mit dem Bericht der Expertenkommission (Leitung von Herrn Prof. Dr. Schlichter) zur Novellierung des Baugesetzbuchs sowie mit dem mittlerweile vorliegenden Referentenentwurf zum BauROG. Der Gesprächskreis diente vor allem als Informationsbörse und als Forum zur Meinungsbildung, das auch vom für Städtebau zuständigen Bundesministerium genutzt wurde (Löhr, Bunzel, Meyer).

1.2 Die Flächennutzungsplanung – Bestandsaufnahme und Perspektiven für die kommunale Praxis

Der Flächennutzungsplan stößt derzeit auf das Interesse der Planer in den Gemeinden – wie schon lange nicht mehr. Anlaß sind zum einen die durch die deutsche Einheit grundlegend veränderten Rahmenbedingungen der städtebaulichen Entwicklung vor allem in Ostdeutschland. Zum anderen besteht ein wachsendes Bedürfnis nach einer starken, rahmensetzenden Flächennutzungsplanung, um die zunehmende und in der Regel auch erwünschte Beteiligung Privater an den traditionell von der öffentlichen Verwaltung wahrgenommenen Aufgaben der Bauleitplanung in geordnete Bahnen zu lenken. Schließlich wirken sich die gewandelten stadtentwicklungspolitischen Leitbilder auf die Diskussion zur Flächennutzungsplanung aus. Eine Anpassung der Flächennutzungsplanung an die Ziele einer nachhaltigen, dauerhaft tragfähigen Siedlungsentwicklung erscheint vielerorts geboten. Das Difu hat deshalb eine Untersuchung zur Anwendungspraxis der Flächennutzungsplanung durchgeführt.

AB 1



abgeschlossene
Projekte

Auf der Grundlage einer bundesweiten Umfrage wurde ein quantitativer Überblick über die Praxis der Flächennutzungsplanung, hier insbesondere über die Verfahrensabwicklung, die Inhalte der Flächennutzungspläne, die Planungsgrundlagen, die Genehmigungsverfahren sowie über die Einschätzungen dieses Planungsinstruments in der Kommune ermöglicht. Darüber hinaus wurden insgesamt 14 Planungsbeispiele untersucht und dokumentiert, woraus sich zahlreiche gute Beispiele ableiten lassen, wie die Abwicklung der Verfahren effizienter gestaltet, die Entscheidungsfindung in Verwaltung und Politik erleichtert, die inhaltliche Ausgestaltung des Plans sowie seine Bezugnahme und Ausrichtung auf andere Planwerke verbessert werden können (Bunzel, Meyer, Rothhäusler). Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in Band 20 der „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ veröffentlicht.

1.3 Auswirkungen städtebaulicher Verträge auf die Bewilligung von Mitteln aus Förderprogrammen Brandenburgs

Im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg untersuchte das Difu anhand von sechs Fallstudien, ob und auf welche Weise sich Vereinbarungen zwischen Investoren und Gemeinden in einem städtebaulichen Vertrag auf die Voraussetzungen für die Bewilligung von Fördermitteln aus verschiedenen Förderprogrammen des Landes auswirken. Untersucht wurde des weiteren, wie sich die Leistungen des Investors bei der Schlußabrechnung der Fördermittel auswirken. Die Untersuchungen wurden im Februar 1996 abgeschlossen. Eine Kurzfassung der Ergebnisse ist in den Difu-Berichten II/96 abgedruckt (Bunzel).

1.4 Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen

Im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) wurde von April 1994 bis Februar 1996 das Forschungsvorhaben „Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen“ bearbeitet. Ziel des Projekts war es, vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und Kenntnisse der Planungspraxis in den Städten und Gemeinden eine fallbezogene Einschätzung der Wirkungsweise der Neuregelung zur Eingriffsregelung in der Bauleitplanung vorzunehmen.

Anhand von 33 untersuchten Fallbeispielen aus 20 Städten und Gemeinden in zwölf verschiedenen Bundesländern wurden typische Problemkonstellationen, die mit der Neuregelung einhergehen, aufgezeigt und problembezogene Lösungsvorschläge sowohl für die Ebenen der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung als auch für den Bereich der Umsetzung und Sicherung entwickelt. Im September 1994 und Januar 1995 wurden dem Auftraggeber jeweils ein Zwischenbericht und im Februar 1996 ein Abschlußbericht vorgelegt.

Die ausführlichen empirischen Untersuchungsergebnisse und die Empfehlungen und Vorschläge für die kommunale Planungspraxis sind als Band 19 der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ veröffentlicht, während die aufbereiteten Fallbeispiele parallel zum Hauptbericht in der Reihe „Difu-Materialien“ (3/96) erschienen sind (Preisler-Holl, Ammermann [ext.], Böhme, Henkel, Meyer).



1.5 Standards im sozialen Wohnungsbau – Vergleich Paris/Berlin

Am Beispiel zweier experimenteller Wohnungsbauvorhaben in Berlin und Fontenay-sous-Bois bei Paris wurde im Auftrag der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin mbH (GSW) begleitend untersucht, wie sich der ursprünglich auf gleichem Basiskonzept beruhende Entwurf durch national unterschiedliche Richtlinien und Auflagen im Verlauf der Umsetzung verändert hat. Förderkonditionen, technische Richtlinien, Auflagen der Bauaufsichtsbehörden, Genehmigungspraktiken, Bauablauforganisation usw. wurden miteinander verglichen.

Auch wenn die beiden EUROREX-Projekte nur einen kleinen Ausschnitt der jeweiligen nationalen Wohnungspolitik spiegeln, werden generelle Unterschiede deutlich, die vor allem die Bereiche Bauvorbereitung und Baudurchführung, bautechnische Standards, Ausstattungsmerkmale und Kosten betreffen. Die Ergebnisse des Vergleichs stellen eine Momentaufnahme dar, da im Zuge der europäischen Harmonisierungsprozesse auch im Bau- und Planungsbereich gegenwärtig grundlegende Umstrukturierungen vorgenommen werden.

Die Studie ist unter dem Titel „Standards im öffentlich geförderten Wohnungsbau - ein deutsch-französischer Vergleich im EUROREX-Programm“ als Difu-Materialien 8/96 erschienen (Becker, Strauss, Bollmann [ext.]).

1.6 Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin

Im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie untersuchten das Büro für Stadt- und Regionalplanung „Baasner, Möller & Langevald“ und das Difu die Möglichkeiten für eine Förderung und Entwicklung kleinräumig gemischter Strukturen, insbesondere für die im Flächennutzungsplan von 1994 neu dargestellten „Gemischten Bauflächen“ M2.

Die Untersuchungsergebnisse gründen sich auf mehrere Arbeitsschritte:

- auf eine Analyse zum Stand der Fachdiskussion,
- auf eine Umfrage in deutschen Städten zur Planung und Realisierung funktionsgemischter Quartiere,
- auf die Ermittlung der Integrationsfähigkeit und Mischungseignung gewerblicher Nutzungen anhand von Berliner Daten und Erfahrungswerten,
- auf die quantitative und qualitative Untersuchung der Berliner M2-Flächen nach räumlicher Verteilung und Entwicklungspotentialen,
- auf eine Analyse restriktiver Bedingungen am Beispiel von drei in Umsetzung befindlichen Bauvorhaben mit unterschiedlichen stadträumlichen und planungsrechtlichen Voraussetzungen,
- auf Diskussionen im Rahmen eines vom Difu im Januar 1996 durchgeführten Experten-Workshops zum Austausch von Praxiserfahrungen mit Programmen, Instrumenten und Organisationsformen.

Die Studie wird im Frühjahr 1997 in einer Reihe der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie veröffentlicht (Becker, Sander [AB 5], Strauss, Baasner u.a. [ext.]).



1.7 Wohnumfeldorientierte Parkraumplanung Berlin-Prenzlauer Berg

Nach weitgehender Umsetzung flächendeckender Parkraumbewirtschaftung in den Innenstädten werden nun in vielen Städten, auch in den benachbarten Wohn- und Mischgebieten, entsprechende Regelungen geplant, die einerseits die Situation der Anwohner verbessern und andererseits den Fremdparkdruck reduzieren sollen. Als besonders problematisch hat sich dabei die Umsetzung von Parkraumkonzepten in Gründerzeitvierteln herausgestellt. Die Sanierungsgebiete im Bezirk Prenzlauer Berg (Berlin) sind typisch für diese Stadtviertel. Sie wurden überwiegend in der Mitte des 19. Jahrhunderts bebaut, blieben im Zweiten Weltkrieg nahezu unzerstört und haben auch heute noch eine sehr hohe Einwohnerdichte.

Besonders exemplarisch wird im Bezirk Prenzlauer Berg ein Zielwiderspruch vieler Gründerzeitviertel deutlich. Es bestehen erhebliche Flächendefizite, die überwiegend nur im öffentlichen Straßenraum ausgeglichen werden können, und es bestehen andererseits erhebliche Parkraumdefizite der Anwohner. Im Auftrag des Sanierungsträgers S.T.E.R.N., Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung, und in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Verkehrsplanungsbüro KommunalData wurde der Versuch unternommen, sowohl eine Verbesserung der Parkraumsituation als auch Flächengewinne für Begrünung, Aufenthalt, Kinderspiel und Straßenraumgestaltung zu erreichen. Da über die tatsächlich bestehenden Parkraumangebote und die Nachfrage von Anwohnern, Besuchern, Kunden und Berufstätigen erhebliche Unsicherheiten bestanden, waren im ersten Arbeitsschritt Bestandserhebungen erforderlich. In einer zweiten Projektphase wurden Szenarien entwickelt, die daraus resultierenden Konsequenzen für Parkraumangebote und -nachfrage dargestellt und für Teilbereiche des Gebietes integrierte Freiraum- und Parkierungskonzepte entworfen. Um Erfahrungen des Car-Sharing mit Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung zu verbinden und die Möglichkeiten zeitlich differenzierter Straßenraumnutzung für Zwecke des Kfz-Verkehrs einerseits, des Spielens und Aufenthalts andererseits zu erproben, wurden Modellvorhaben und die straßenverkehrsrechtlichen und verwaltungsorganisatorischen Voraussetzungen beschrieben. Die Ergebnisse der Untersuchung werden 1997 in der Reihe Difu-Materialien veröffentlicht (Lehmbrock).

1.8 Zielkonzept Verkehr für das Land Sachsen-Anhalt

Im Auftrag des Ministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt wirkte das Difu mit bei der Erarbeitung eines Zielkonzepts Verkehr für das Land Sachsen-Anhalt in Kooperation mit Prof. Dr. E. Kutter vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dem Ingenieurbüro für Verkehrsplanung W. Hüsler AG in Zürich und dem Büro für Stadt- und Verkehrsplanung Dr.-Ing. R. Baier in Aachen. Der Entwurf des Abschlußberichts „Zielkonzept Verkehr Land Sachsen-Anhalt“ wurde im Mai 1996 vorgelegt. Die Präsentation eines innerhalb des Ministeriums und mit den verkehrspolitischen Sprechern der Regierungskoalition abgestimmten Entwurfs „Zielkonzept Verkehr Land Sachsen-Anhalt“ vor der Fachöffentlichkeit fand in einer Veranstaltung am 5. Dezember 1996 in Magdeburg statt (Apel).



1.9 Leitfaden Parkraummanagement für brandenburgische Städte

Nach zügiger Einführung der Parkraumbewirtschaftung nach der Wende macht sich nun Ernüchterung breit. In den ersten brandenburgischen Städten werden Parkautomaten bereits wieder abgebaut, um die desolante Situation des innerstädtischen Einzelhandels zu verbessern. Das Difu erhielt vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg den Auftrag, ein Handbuch zu erarbeiten, das die Möglichkeit und Einsatzgrenzen kommunalen Parkraummanagements anschaulich beschreibt. Besonderes Gewicht wurde auf die Berücksichtigung der folgenden brandenburgischen Voraussetzungen gelegt, die aber in ähnlicher Form auch für andere neue Bundesländer gelten:

- Hoher Versorgungsgrad mit nicht integrierten Großinfrastrukturen des Einzelhandels (75 Prozent der Kaufkraft der Brandenburger wird in 27 Einkaufszentren ausgegeben).
- Rückläufige Entwicklung des innerstädtischen Einzelhandels.
- Hoher Anteil kleinerer Städte im dünn besiedelten Umland (85 Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohner, davon nur neun Städte mit mehr als 30 000 Einwohner).
- Neubaugebiete mit Parkierungsproblemen.

Neben einer sehr detaillierten und auch für Nichtjuristen verständlichen Darstellung der rechtlichen Grundlagen der Parkraumbewirtschaftung und Stellplatzbausteuerung (Straßenverkehrsordnung, Landesbauordnung, Straßenrecht) wurden auch Anwendungserfahrungen zusammengestellt, die den oben skizzierten Ausgangsbedingungen standhalten können.

Die Ergebnisse der Untersuchung, die in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsplanungsbüro KommunalData erarbeitet wurden, sollen voraussichtlich Mitte 1997 in einer Reihe des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg veröffentlicht werden (Lehmbrock, Schneewolf [ext.]).

1.10 Kulturentwicklungsplanung Greifswald

Auf Bitte von Kulturdezernat und Kulturamt der Stadt Greifswald wurde im Jahr 1996 eine Beratung des Kulturamtes der Stadt Greifswald bei der Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes durchgeführt. Die wesentliche Leistung in diesem Beratungsprojekt bestand in einer Moderation zwischen den verschiedenen Kultureinrichtungen in der Stadt Greifswald und dem Kulturamt, um Profile und Zieldefinitionen sowohl für die freien als auch für die kommunalen Kultureinrichtungen herauszuarbeiten. Das Projekt wurde am 6. November 1996 mit einer öffentlichen Veranstaltung in Greifswald abgeschlossen, auf der nach dem Einleitungsreferat des Difu der Kulturentwicklungsplan der Stadt vorgestellt wurde (Göschel).



2. Laufende Projekte

2.1 Planspiel „BauGB-Novelle 1997“

Wie bereits bei den meisten früheren Novellierungen des Städtebaurechts führt das Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ein Planspiel zur praktischen Erprobung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung durch und kooperiert dabei mit der Forschungsgruppe Stadt + Dorf – Prof. Dr. Schäfer GmbH i.G. Mit den Städten Karlsruhe, Leipzig, Flensburg und St. Augustin, den Gemeinden Bad Zwischenahn und Schopfheim sowie den Landkreisen Dahme-Spreewald und Nordfriesland sind Kommunen unterschiedlicher Größe und raumstrukturellen Eigenschaften und verteilt über die ganze Bundesrepublik beteiligt. Die Planspieler und Planspielerinnen aus den beteiligten Kommunen haben zu folgenden Regelungskomplexen des Gesetzentwurfs Stellung genommen:

- Aufstellungsverfahren der Bauleitplanung
- Inhalte von Bauleitplänen, Baunutzungsverordnung
- Zulassung von Vorhaben, Plansicherungs- und Verwirklichungsinstrumente, einschließlich Teilgenehmigungen und Befreiungen
- Vorhaben im Außenbereich
- Satzungen nach § 34 Abs. 4 und § 35 Abs. 6 BauGB-RegE
- Umweltfachplanungen
- Eingriffe in Natur und Landschaft
- Planerhaltung

Der vom Difu zusammengestellte Bericht mit den Stellungnahmen der Planspieler und Planspielerinnen (veröffentlicht in den Difu-Materialien 1/97) wurde den Mitgliedern des zuständigen 18. Bundestagsausschusses zur Verfügung gestellt. Höhepunkt des Planspiels war die Präsentation von Fallbeispielen zu den Neuregelungsbereichen durch die Planspielkommunen im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses. Diese fand am 15. Januar 1997 statt. Das Projekt soll mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Planspiels im Frühjahr 1997 abgeschlossen werden (Bunzel, Löhr, Sander).

2.2 Anlässe für die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen

Mit der Untersuchung sollen die Planungsanlässe für Bebauungspläne (Neuaufstellung sowie Änderungsverfahren) im Rahmen einer Rechtstatsachenforschung untersucht und kritisch hinterfragt werden. Grundlage der Untersuchung ist die Analyse der Planungs- und Genehmigungspraxis in sieben Fallstudienstädten unterschiedlicher Größenordnung und verteilt über die gesamte Bundesrepublik im Jahre 1995. 1996 erfolgte im wesentlichen die Auswertung des erhobenen Materials. Ziel war es unter anderem festzustellen, wie die verschiedenen Instrumente sinnvoll abgestimmt und koordiniert eingesetzt werden können. Die Untersuchung ist im wesentlichen abgeschlossen. Die Ergebnisse werden zur Zeit dokumentiert. (Meyer, Bunzel, Rothäusler).



2.3 Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren

Im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeitet das Difu in Kooperation mit dem Büro für Kommunal- und Regionalplanung in Aachen eine Arbeitshilfe zum Thema „Umweltschutz im Baugenehmigungsverfahren“. Grundlage der Arbeitshilfe bilden sechs Fallstudien in Städten und Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung und einem Landkreis. Befragt wurden die mit der Bearbeitung von den berührten Umweltaspekten befaßten Mitarbeiter in den jeweils zuständigen Fachämtern, zumeist Umweltämtern sowie bei den Bauaufsichtsämtern. Die im Entwurf im Dezember 1996 fertiggestellte Arbeitshilfe gliedert sich in folgende Fachaspekte:

- Bodenschutz
- Wasserschutz
- Begrünung
- Immissionschutz
- Energie
- Verkehrsanlagen
- Abfall
- Baustoffe und Bauprodukte
- Baustelleneinrichtung und -betrieb

Daneben werden übergreifende Aspekte wie die allgemeinen bauordnungsrechtlichen Anforderungen sowie das Baugenehmigungsverfahren jeweils in ihren umweltrelevanten Bezügen dargestellt.

Der Entwurf der Arbeitshilfe wird Anfang 1997 mit einer Expertenrunde unter Beteiligung der kommunalen Praxis, der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister (bzw. Senatoren) der Länder (ARGEBAU) und des Bundesumweltministeriums diskutiert und in einer Difu-Reihe veröffentlicht (Bunzel, Kahmann, Hinzen [ext.], Ohligschläger [ext.]).

2.4 Kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung

Die kommunale Landschaftsplanung ist im jeweiligen Landesrecht geregelt, wobei die Gestaltung der Rahmenbedingungen, die Aufstellung und die Erarbeitung der Landschafts- und Grünordnungspläne entscheidend vom Willen des Rates und der Verwaltung in den Gemeinden sowie der landesüblichen Planungspraxis abhängig sind.

Aus bereits abgeschlossenen Difu-Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Landschaftsplanung und naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung kann geschlossen werden, daß die kommunale Landschaftsplanung als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung an Bedeutung gewonnen hat. Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden bei der Stadtentwicklung und der Fachplanung aber um so mehr Berücksichtigung finden, je besser sie für die anstehenden Entscheidungen der kommunalen Planungspraxis aufbereitet sind.

Aufgabe und Inhalt der Studie zur kommunalen Landschaftsplanung sollen daher sein, Fragestellungen anhand der länderweise unterschiedlichen Planungsinstrumente zu behandeln, Fallbeispiele darzustellen sowie zu analysieren und Umsetzungsrestriktionen sowie Optimierungsvorschläge für die kommunale Planungspraxis zu entwickeln (Preisler-Holl).



2.5 Marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Strategien für einen umwelt- und stadtverträglichen Verkehr

Ziel des international vergleichenden Projekts ist es, Voraussetzungen, Anwendungsbereiche, Wirkungen, Aufwendungen und Praktikabilität von marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Verkehrssteuerungsinstrumenten (wie Road-princip, „City-Maut“, partielle Verkehrsbeschränkungen u.a.) zu untersuchen.

Im ersten Arbeitsschritt wurden Kontakte zu möglichen ausländischen Fallstudienstädten (Oslo, Bergen, Trondheim, Stockholm) aufgenommen und mit der Beschaffung von Informationsmaterialien aus potentiellen Fallstudienstädten begonnen.

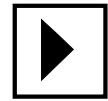
In einem zweiten Arbeitsschritt wurden die verschiedenen bestehenden fiskalischen Abgaben sowie mögliche weitere fiskalische Steuerungsinstrumente im Bereich Verkehr (von der Mineralölsteuer über Parkraumgebühren bis zu verschiedenen Formen von Nahverkehrsabgaben) einer vergleichenden Bewertung hinsichtlich der verkehrlichen, ökologischen und siedlungsstrukturellen Lenkungswirkung, des voraussichtlichen Einführungsaufwands sowie möglicher Nebenwirkungen unterzogen.

Aufgrund zwischengeschobener neuer, von außen finanzierter Forschungsprojekte – „Forschungsverbund Lebensraum Stadt“, „Möglichkeiten zur Steuerung des Flächenverbrauchs und der Verkehrsentwicklung“ und „Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte“ – mußte dieses Vorhaben zunächst zeitlich gestreckt und dann ganz unterbrochen werden. Bereits erarbeitete Teilergebnisse sind in die Veröffentlichung „Flächen sparen – Verkehr reduzieren. Möglichkeiten zur Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung“ (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 16) eingeflossen. Das Projekt wird nicht weitergeführt (Apel).

2.6 Verkehrsreduzierende Stadtentwicklungskonzepte

Neben der Verkehrsverlagerung (vom motorisierten Individualverkehr zu den umwelt- und stadtverträglichen Verkehrsarten) und der verträglicheren Abwicklung des Verkehrs stellt „Verkehrsvermeidung durch Raumplanung“ den dritten wichtigen Bereich einer Steuerung der Verkehrsentwicklung dar. Dieser im Grunde primäre Strategiebereich wird um so dringlicher, als deutlich wird, daß Verlagerungen und technische Verbesserungen nicht ausreichen, um die verkehrsbedingten Umweltprobleme zu lösen. Es ist notwendig, Strategien gegen die Siedlungsflächen- und Verkehrswachstumsspirale zu entwickeln. Dazu werden im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung des Umweltbundesamtes Grundlagen erarbeitet.

Das Projekt „Fallstudien zur Bewertung verkehrsreduzierender Stadtentwicklungskonzepte unter Umweltaspekten“ begann im Januar 1995. Mit Professor Tim Pharoah (South Bank University, London) wurde eine Zusammenarbeit vereinbart. Pharoah übernahm u.a. die Erstellung der Fallstudien Oxford (England) und Portland (USA). Eine besondere Kooperation wurde ferner mit dem Abteilungsleiter Verkehr im Stadtplanungsamt Halle (Saale), Dipl.-Ing. Jörg Thiemann-Linden (inzwischen freier Stadt- und Verkehrsplaner) angebahnt. Thiemann-Linden übernahm u.a. die Fallstudie Halle (Saale).



Erarbeitet wurden Fallstudien von Städten bzw. Stadtregionen und von Stadtteilen, in denen Komponenten (auto)verkehrsreduzierender räumlicher Konzepte realisiert worden sind oder realisiert werden.

Es wurden folgende Fallstudien erarbeitet:

- Stadt und Agglomeration Amsterdam,
- Mittelstadt Delft, Niederlande,
- Kleinstadt Houten bei Utrecht, Niederlande,
- Stadt und Stadtregion Oxford,
- Stadt und Stadtregion Portland in Oregon, USA,
- Stadt und Agglomeration Bern, Schweiz,
- Stadt und Stadtregion Halle (Saale),
- Neuer Stadtteil Freiburg-Rieselfeld,
- Stadtteil Freiburg-Vauban (Umstrukturierung),
- Stadtteil Tübingen-Südstadt (Umstrukturierung).

Ein projektbegleitender Arbeitskreis des Umweltbundesamtes, besetzt auch mit Vertretern der kommunalen Seite, tagte im Januar 1996. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Zwischenbericht vorgelegt. Der Abschlußbericht wurde am 24. Januar 1997 im projektbegleitenden Arbeitskreis diskutiert. Der Schlußbericht soll Ende März 1997 vorgelegt werden. Eine Veröffentlichung ist in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ vorgesehen (Apel, Lehmbrock).

2.7 Regionalisierung des ÖPNV und regionale Kooperation

Mit der Bahnreform ist in vielerlei Hinsicht eine unübersichtliche Situation entstanden. Noch ist nicht hinreichend bekannt, welche Kosten in Zukunft entstehen und mit welchen Finanzmitteln zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) die Gemeinden rechnen können. Mit der Einführung des „Bestellerprinzips“ werden sie aber das volle finanzielle Risiko tragen.

Es ist regionale Kooperation in mehrfacher Hinsicht erforderlich. Städtische Verkehrsbetriebe, regionale Busunternehmen, private Anbieter und die neu gebildeten regionalen Nahverkehrsbetriebe der Deutschen Bahn AG werden und sollen ihre Leistungen in Zukunft konkurrierend anbieten. Kernstädte und Umlandgemeinden müssen ein einheitliches regionales ÖPNV-Angebot entwickeln, und sie müssen eine Einigung über die Verteilung der Defizite finden.

Die mit der Bahnreform angestrebte Bündelung der Entscheidungskompetenz „vor Ort“ sollte im Eigeninteresse der Kommunen nicht auf den ÖPNV begrenzt bleiben. Neben den Chancen zur Erweiterung der regionalen ÖPNV-Angebote sollten auch die Möglichkeiten zur Integration von Raumplanung, Städtebau und Verkehrsentwicklungsplanung genutzt werden. Dies erfordert eine Koordination zwischen den zukünftig zu erstellenden Nahverkehrsplänen, den Regional-, Bebauungs-, Flächennutzungsplänen und den Bedarfsanmeldungen für die Bundes- und Landesverkehrswegepläne mit dem Ziel, Parallelförderungen von Straße und Schiene zu vermeiden und Maßnahmen zur ÖPNV-Förderung mit Maßnahmen einer verkehrssparenden Siedlungsentwicklung zu verbinden.



In einem ersten Arbeitsschritt wurden die Gesetzgebungsverfahren der Länder zur Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs vergleichend gegenübergestellt. Dabei wurden folgende Themenkomplexe besonders hervorgehoben:

- Aufgabenträgerschaft,
- Inhalt der Nahverkehrspläne (soweit sie über die Mindestinhalte nach Personenbeförderungsgesetz (PBefG) hinausgehen),
- Kooperationsregelungen und Beteiligungsanforderungen sowie
- Verteilung und Verwendung der Regionalisierungsmittel des Bundes.

Unter dem Titel „Regionalisierung des ÖPNV“ wurde ein Zwischenergebnis des Projekts in der Reihe Difu-Materialien (13/95) veröffentlicht.

Diese erste bewertende Zusammenschau der geplanten gesetzlichen Neuerungen für den ÖPNV kann jedoch nur ein Zwischenbericht sein. Besonders der Problemkreis „Nahverkehrsplan“ ist zur Zeit noch so umstritten, daß die weiteren Festlegungen der Landesgesetzgeber abgewartet werden müssen, um zu einer endgültigen Bestandsaufnahme und Bewertung zu kommen. Es ist daher nach den Beschlüssen der Landesparlamente zu den ÖPNV-Gesetzen eine Weiterführung dieser Untersuchung mit besonderer Betonung der Aufgaben und Inhalte der Nahverkehrspläne, ihrer Planungsverfahren und Koordination mit der Bauleitplanung vorgesehen.

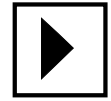
Der Abschluß des Projekts wird sich wegen zusätzlich übernommener Auftragsarbeiten verzögern (Lehmbrock).

2.8 Expertise zur Ableitung von Entlastungspotentialen und -strategien in den Handlungsbereichen Raumordnung und Stadtentwicklung für das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung durch Ruß, Benzol, Ozon und CO₂“

Ziel des vom Wuppertal Institut betreuten Gesamtvorhabens ist es, Verkehrsvermeidungs- und Verlagerungspotentiale, die im Einflußbereich der räumlichen Entwicklung der Städte und Regionen liegen, zu beschreiben und zu quantifizieren. Die Möglichkeiten einer stärkeren Integration verschiedener Planungsebenen, besonders einer kommunalverfaßten Regionalplanung, werden untersucht und die Schnittstellen zwischen Verkehrsplanung und Bauleitplanung herausgearbeitet. Dabei erfolgt eine Fokussierung auf eine flächensparsame und verkehrsreduzierende Entwicklung der Städte und ihres Umlands.

Dazu wurden die verkehrsreduzierenden Potentiale integrierter Flächennutzungs- und Verkehrsplanung am Beispiel der Stadt Oranienburg untersucht und die Möglichkeiten einer Übertragung der holländischen ABC-Standortpolitik, einer besseren Steuerung der Bebauung im unbepflanzten Innenbereich und die verkehrlichen siedlungsstrukturellen Wirkungen einer Ortsumgehung dargestellt. Zwischenergebnisse wurden im Beirat des Projekts vorgestellt. Es wird vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg und von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie gefördert.

Das Projekt wird im Frühjahr 1997 abgeschlossen werden (Lehmbrock).



2.9 Leitbilder für Städtebau und Stadtentwicklung

Im Sommer 1996 führte das Difu gemeinsam mit der Wüstenrot Stiftung mehrere Veranstaltungen durch, bei denen es um die Leistungsfähigkeit städtebaulicher Leitbilder für die aktuelle Planungspraxis ging. Ein zweitägiges Symposium (am 13./14.6.1996 in Berlin) mit etwa 200 Teilnehmern und Teilnehmerinnen stand unter dem Thema „Perspektiven für das Städtische – zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa“ und wurde vom Präsidenten des Deutschen Städtetages, Professor Dr. Gerhard Seiler, eröffnet. Im Anschluß fanden drei Expertenworkshops mit jeweils zehn bis zwölf externen Referenten statt. Folgende Aspekte wurden vertieft diskutiert:

- „Neue Stadtteile in Europa – Leitbilder“ am 21.6. mit dem Schwerpunkt internationale Erfahrungen;
- „Aktuelle Pläne und Projekte – Leitbildorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland“ am 28.6. mit den Schwerpunkten Leitbildentwicklung und -umsetzung;
- „Planung und Umsetzung nutzungsverflochtener Stadtstrukturen“ am 5.7. mit dem Schwerpunkt Leitbild Nutzungsmischung/Kompakte Stadt.

Die Beiträge der Veranstaltungen und ihre Auswertung werden in einem Reader der Wüstenrot Stiftung veröffentlicht, der im Juni 1997 erscheinen soll (Becker, Sander [AB 5], Strauss, Jessen [ext.]).

2.10 Kultureller Wandel in den neuen Bundesländern

Entgegen der Zeitplanung konnte zum Jahresende 1996 nur ein „vorläufiger Endbericht“ zu diesem Projekt erstellt werden, der an die Stadt Leipzig gesandt wurde. Als Ergebnis des Projekts deutet sich an, daß auch in den neuen Bundesländern, ähnlich wie in den alten, kulturelle Wandlungen in der Generationsfolge stattgefunden haben. Die kulturellen Orientierungen und Vorstellungen in den Generationen unterscheiden sich jedoch z.T. erheblich von denen im Westen, wie sie in der Studie „Die befragte Reform“ dargestellt wurden. Es scheinen auch größere Kontinuitäten zwischen den Generationen zu bestehen. Ein deutlicher Generationsbruch, der sich im Westen in den 60er Jahren vollzog, findet in der DDR erst zwischen Mitte der 70er und Mitte der 80er Jahre statt und führt auch – noch – nicht – zu den gleichen Individualisierungen und Erlebnisorientierungen wie im Westen. Trotz dieses Bruchs bleibt auch die Jugend in den neuen Bundesländern in der Tendenz noch traditioneller und weniger von jugendkulturellen Formen geprägt.

Für alle Generationen der neuen Bundesländer gilt, daß sie stärker an Gemeinschaftsbildern orientiert sind, selbst dann, wenn eine klare Abgrenzung zum „real existierenden Sozialismus“ bestand und besteht. Gleichheitsnormen sind tiefer und breiter verankert als im Westen. In ähnlicher Weise werden von allen Generationen, wenn auch in variierten Formen, Vorstellungen von einer hohen Kultur, einer Kultivierung und Veredelung durch Kunst und Kultur getragen, obwohl der tatsächliche kulturelle Konsum häufig eher von „trivialen“ Geschmacksnormen geprägt ist.

Beeindruckend ist die Sicherheit, mit der sich durchweg alle Befragten aus allen Altersgruppen in kultureller Hinsicht dem Westen überlegen fühlen. Die Kultur der alten Bundesländer gilt durchweg als flach, geistlos, bedeutungslos und oberflächlich. Darin äußern sich vor allem Vorbehalte gegen Kommerzialisierungen in der Kultur, die als unmoralisch und entwürdigend, als kulturzerstörend gelten und selbst von Kritikern des alten SED-Re-

AB 1



laufende
Projekte

gimes mit dessen staatlicher Zensur gleichgesetzt werden. Bei allen Wandlungen innerhalb der Bevölkerung der neuen Bundesländer scheint sich in den Kulturbegriffen die traditionelle deutsche Unterscheidung von – moralisch guter – Kultur und – moralisch minderwertiger, westlicher – Zivilisation erhalten zu haben. Damit zeigen sich, wenn auch weniger ausgeprägt und mit einigen Verwerfungen, in den neuen Bundesländern im kulturellen Bereich ähnliche Modernisierungsrückstände wie im ökonomischen. Allerdings könnte diese Rückständigkeit auch Potentiale enthalten, die dem Westen verlorengegangen sind und die die Vereinigung möglicherweise wieder erkennbar macht.

Ein Abschluß des Projekts soll im Frühjahr 1997 mit anschließender Publikation in einer Difu-Reihe erfolgen (Göschel).

2.11 Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“

Nach entsprechenden Vorarbeiten wurde im Februar 1996 ein Antrag für die Durchführung des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) eingereicht, für den das Difu in Kooperation mit der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) Göttingen im Juni den Zuschlag erhielt. Die Difu-Arbeitsgruppe unter Federführung des AB 1 hat seit Juni die inhaltlichen Kriterien und die Zeitpläne für diesen Wettbewerb erarbeitet, die konstituierende Jurysitzung (26.9.1996) und eine Fachtagung im Januar 1997 vorbereitet und die Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Bis Mitte Dezember 1996 haben rund 400 Gemeinden und 200 Privatpersonen als Sprecher von Initiativen oder freien Verbänden die Wettbewerbsunterlagen in Verbindung mit telefonischen Beratungen angefordert und erhalten (Göschel, Böhme, Meyer, Schuleri-Hartje, Mittag [AB 4], Brühl [AB 5] Hoerkens [AB 6], Wenke-Thiem [Presse- und Öffentlichkeitsarbeit]).



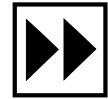
3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht

Das Projekt zielt auf die Vermittlung von Anwendungswissen. Mit dem Inkrafttreten der sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindenden Baurechtsnovelle werden die kommunalen Verwaltungen mit einer neuen Rechtslage konfrontiert. Das Difu will durch Vermittlung der konkreten Änderungen und praktischen Handlungsempfehlungen die betroffenen Aufgabenträger in den Kommunen bei der notwendigen Anpassung ihrer Praxis unterstützen. Dies soll durch die Erstellung von Arbeitshilfen und mittels Seminarveranstaltungen erfolgen. Dabei wird auf die im Rahmen des Planspiels zur BauGB-Novelle gewonnenen empirischen Grundlagen zurückgegriffen (Bunzel, Meyer).

3.2 Interkommunale Bauleitplanung

Das BauGB eröffnet mit den §§ 203-205 die Möglichkeit, gemeinsame Bauleitpläne für mehrere Kommunen aufzustellen. Freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen zu Planungsverbänden sind dennoch eher selten. Ihre Leistungsfähigkeit wird immer wieder auch



unter Hinweis auf die Schwerfälligkeit der Entscheidungsprozesse und die Schwierigkeiten bei der Konsensfindung der beteiligten Gemeinden in Frage gestellt.

Mit dem Projekt sollen die organisatorischen Strukturen sowie die Verfahren zur Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung in Planungsverbänden untersucht werden. Vergleichend hierzu sollen die Mechanismen interkommunaler Abstimmung bei Gemeinden erfaßt werden, die nicht in Planungsverbänden zusammengefaßt sind. Ziel ist es, Möglichkeiten zur Effektivierung aufzudecken und Beispiele mit Vorbildwirkung zu dokumentieren. Angestrebt ist die Untersuchung einer größeren Zahl von Fallbeispielen mit der Auswertung von Material, Interviews und gegebenenfalls einem Expertenworkshop.

Zielgruppen sind die Planungsverbände und die nicht in Planungsverbänden zusammengeschlossenen Städte und Gemeinden in gleicher Weise. (Bunzel, Rothäusler).

3.3 Haushaltskonsolidierung in der Kulturpolitik

Das Projekt soll als Evaluation von Maßnahmen der Verwaltungsreform und Haushaltskonsolidierung im Bereich der Kulturpolitik angelegt werden. Zwar ist das Volumen der Kulturausgaben in den Kommunen im Vergleich zu anderen Politikfeldern gering, so daß Einsparungen hier kaum zu einer tiefgreifenden Haushaltssanierung beitragen können, die besondere Stellung der Kulturaufwendungen als „freiwillige Pflichtaufgaben“ ohne definierbare Leistungsstandards hat diese kommunalen Aufwendungen jedoch als besonders geeignet für Modelle der Verwaltungsreform und Haushaltskonsolidierung erscheinen lassen (Beispiele: Dortmund, Bielefeld).

Konsequenzen von Reformversuchen werden einerseits in einer stärkeren Kommerzialisierung von Einrichtungen mit der Folge enger Benutzerselektion, andererseits im Verlust von Innovationsfreudigkeit und Qualitätsorientierung in den Einrichtungen und Verwaltungen gesehen. Man könnte unterstellen, daß durch die Maßnahmen der Verwaltungsreform und der Haushaltskonsolidierung Tendenzen der Privatisierung und eine langsame Anpassung an andere westeuropäische Länder mit geringeren öffentlichen Leistungsniveaus eingeleitet und vorbereitet werden.

An ausgewählten Fallstudien und durch internationale Vergleiche soll überprüft werden, ob diese Thesen zutreffen oder ob eine Tradition öffentlicher Kulturförderung, die gerade von Theater-, Orchester- und Museumsleitern und -leiterinnen verteidigt wird, eine derartige Anpassung an internationale Standards verhindert (Göschel).

3.4 Quartiersbildung und Differenzierung der Lebensstile in den neuen Bundesländern

Es wird vermutet, daß aus der deutschen Vereinigung für die neuen Bundesländer Disparitäten und Einkommensgefälle entstehen, die vorher unbekannt waren, und daß diese Ungleichheiten durch die Reformen des Sozialstaats und ökonomische Rahmenbedingungen nicht gemildert, sondern verschärft werden. Diese neue Ungleichheit wird sich zu einem nicht genau vorhersagbaren Zeitpunkt auch auf Einwohnerstrukturen unterschiedlicher Quartiere und Stadtteiltypen in Städten der neuen Bundesländer auswirken und dort zu Segregationen führen, wie sie in der DDR nicht bekannt waren. Aus diesen Segregationsvorgängen können Quartiere mit Konzentrationen nicht nur von Armutsbevölkerung, sondern

AB 1

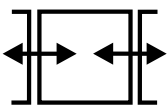


projektvorbereitende
Arbeiten

von „Vereinigungsverlierern“ entstehen, bei denen sich ökonomische Benachteiligung mit politischen Ressentiments gegen demokratische Institutionen und Entwicklungen verbinden kann.

In Quartiersanalysen, die auf ökonomische Bedingungen genauso eingehen sollen wie auf Fragen politischer Einstellungen und alltäglicher Verhaltensformen, soll geklärt werden, ob diese Befürchtungen zutreffen und welche Bevölkerungsgruppen involviert werden. Bisher vorliegende Studien, die von ähnlichen Hypothesen ausgegangen waren, scheinen zu früh durchgeführt worden zu sein, da die zahlreichen Überbrückungsmaßnahmen im Zuge der Vereinigung, Begrenzungen auf dem Wohnungsmarkt und fehlendes privates Vermögen bisher Segregationen auf Stadtteilebene verhindert haben. Bevor das Projekt begonnen wird, ist daher sehr sorgfältig zu prüfen, ob der Zeitpunkt richtig angesetzt ist.

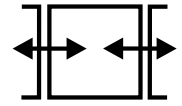
Die Studien zur Kulturpolitik, zum kulturellen Wandel und die Überlegungen in der Arbeitsgruppe „Umbau des Sozialstaats“ können als Vorbereitung der Untersuchung gelten. Da es sich eher um Grundlagenforschung handeln wird, sollen Förderungsmittel wissenschaftlicher Stiftungen eingeworben werden. Das Projekt muß wegen des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ verschoben werden (Göschel).



4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- Arbeitsbereich „Umwelt“
 - ▲ Referat „Wege zur Kostenminimierung im Verkehr. LCTP als Modell?“ Seminar „Die sparsame Stadt: Least Cost Planning im Verkehr“ im Rahmen des Projekts „Forum Stadtökologie“, am 2. und 3.12.1996 (Apel).
- Arbeitsbereich „Fortbildung“
 - ▲ 26. Interkommunaler Erfahrungsaustausch „Stadterneuerung und Sozialplanung“ vom 8.-10.5.1996 in Dresden (Sander [AB 5], Becker).
 - ▲ Vorbereitung und Durchführung des 27. Interkommunalen Erfahrungsaustauschs „Stadterneuerung – Sanierung und Sozialplanung“ am 28.11.1996 in Frankfurt am Main (Sander [AB 5], Becker).
 - ▲ Seminar „Neue Anforderungen an die Flächennutzungsplanung. Bessere Steuerung durch mehr Flexibilität“ vom 22.-25.1.1996 mit Vorträgen zu den Ergebnissen der Untersuchung des Difü sowie zur Berücksichtigung der Eingriffsregelung in der Flächennutzungsplanung (Sander [AB 5], Bunzel).
 - ▲ Seminar „Funktionsmischung und Dichte. Neue Möglichkeiten und alte Restriktionen für tragfähige Stadtstrukturen“ am 23.9.1996 mit einem Vortrag zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Strategie der Nutzungsmischung (Sander [AB 5], Bunzel).
 - ▲ Planspiel zum Stadtentwicklungsprogramm Rheine 2000, Konzeption und Durchführung zu jeweils einer mehrtägigen Veranstaltung mit der Verwaltungsspitze und mit dem Rat der Stadt Rheine (Sander [AB 5], Bunzel).
 - ▲ Seminar „Ziele kommunaler Kulturinitiative“, 29./30.4.1996 (Vorbereitung, kooperative Leitung, Eröffnungsreferat) (Göschel, Brühl [AB 5]).
 - ▲ Seminar „Anwohnerparken“ vom 4.-6.1.1996; Vorbereitung und Durchführung (Kühn [AB 5], Lehmbrock).

- ▲ Seminar „Wirtschaftsverkehr“ vom 21.-23.10.1996; Vorbereitung und Durchführung (Kühn [AB 5], Lehmbrock).
- ▲ Mitarbeit im Projekt „Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen“ (v. Kodolitsch [AB 5], Brühl [AB 5], Schuleri-Hartje).
- ▲ Mitarbeit im Regieprojekt zur Erschließung von Wohnraum für die dauerhafte Wohnversorgung von Obdachlosen (v. Kodolitsch [AB 5], Schuleri-Hartje)
- Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“
 - ▲ Profildienst „Alte Menschen“, Lieferung 15 (Schuleri-Hartje, Just).
 - ▲ Profildienst „Ausländer“, Lieferung 30 (Schuleri-Hartje, Just).



*Mitarbeit
in anderen
Arbeitsbereichen*

5. Andere Aktivitäten

- Herausgeber des „Handbuchs der kommunalen Verkehrsplanung“ mit Folkert Kiepe (DST), Peter Müller (Institut für Weiterbildung und Beratung im Umweltschutz – IWU), Helmut Holzapfel (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt) und Michael Lehmbrock (Apel).
- Mitglied des Beraterkreises „Region, Stadt und Verkehr“ bei Prof. Dr. H. Monheim, Universität Trier (Apel).
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim „Verkehrsclub Deutschland (VDC)“ (Apel).
- Vortrag „Möglichkeiten der Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung“, Ansprechpartnertreffen am 7.3.1996 in Dortmund (Apel).
- Referat „Möglichkeiten der Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung“ beim Beraterkreis „Region, Stadt und Verkehr“ am 15.11.1996 in Trier (Apel).
- Mitglied des „Stadtforums“ des Berliner Senators für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Becker).
- Mitglied und Moderation der „Entwicklungskommission Berlin-Nordostraum“ sowie Berichterstattung auf den „Steuerungskonferenzen Berlin-Nordostraum“ als Sprecherin der Entwicklungskommission (Becker).
- Teilnahme als Obergutachterin am konkurrierenden Gutachterinnenverfahren Quartier Magdeburger Anger/Berlin-Hellersdorf und Moderation des Obergutachterinnengremiums am 12.6.1996 in Berlin (Becker).
- Moderation des „Runden Tisches Innovatives Bauen“ (Veranstaltung der Entwicklungskommission Berlin Nordostraum und der Stadtverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie) am 23.1.1996 in Berlin (Becker).
- Teilnahme am Internationalen Workshop „Planung und Projekte“, Statement am 28.-30.3.1996 in Gelsenkirchen (Becker).
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion im Rahmen des Kongresses „Wohnungswirtschaft am Scheideweg“ am 4.9.1996 in Lübeck (Becker).
- Teilnahme an der Planungswerkstatt „Bauausstellung“ der Architektur-Werkstatt (Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr) am 14.10.1996 in Berlin (Becker).
- Mitglied des gemeinsamen Arbeitskreises Erschließungsbeitragsrecht des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (Bunzel).
- Mitglied des Arbeitskreises „Baurecht Ost“ des Deutschen Städtetages (Bunzel).
- Ständiger Gast in der Fachkommission Baurecht des Deutschen Städtetages (Bunzel).
- Ständiger Gast des Planungs- und Bauausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (Bunzel).
- Vortrag „Ergebnisse der Untersuchung zur Flächennutzungsplanung“, Ansprechpartnertreffen am 8.3.1996 in Esslingen (Bunzel).



AB 1



andere
Aktivitäten

- Vortrag „Anwendungspraxis städtebaulicher Verträge“ im Rahmen des Seminars „Städtebauliche Verträge“ des Volkshochschulwerks (VHW) Nordrhein-Westfalen am 22.5.1996 in Düsseldorf (Bunzel).
- Durchführung einer ganztägigen Fortbildungsveranstaltung „Städtebauliche Verträge“ der Fachhochschule für Verwaltung in Soest am 17.6.1996 in Soest (Bunzel).
- Vorträge zur Anwendungspraxis städtebaulicher Verträge und Vorhaben-Erschließungspläne im Rahmen einer Seminarveranstaltung des VHW Mecklenburg-Vorpommern am 4. und 5.9.1996 in Schwerin (Bunzel).
- Vortrag „Neue Anforderungen an die Flächennutzungsplanung“ beim Kurs „Städtebau und Recht“ des Instituts für Städtebau Berlin am 10.10.1996 in Berlin (Bunzel).
- Vorstandsmitglied in der „Kulturinitiative '89, Gesellschaft für demokratische Kultur e.V.“, Berlin (Göschel).
- Ständiger Gast im Kulturausschuß des Deutschen Städtetages (Göschel).
- Mitglied in der Sektion „Kultur und Bildung“ des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (Göschel).
- Mitglied der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Göschel).
- Mitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Göschel).
- Mitglied im wissenschaftlichen Beirat „Kultur und Medien“ der Heinrich-Böll-Stiftung (Göschel).
- Vortrag „Stadtteilkultur in Ost und West“ im Rahmen der öffentlichen Abschlußpräsentation des entsprechenden Projekts in Dortmund am 7.2.1996 (Göschel).
- Vortrag „Kulturelle Gegensätze im vereinten Deutschland“ in der Reihe „Themen der Zeit“ auf Einladung des Förderkreises „Unternehmer für die Kultur“, Wuppertal am 8.2.1996 (Göschel).
- Vortrag „Zwischen Pomp und Pump. Aktuelle Probleme der Kulturpolitik“ auf Einladung der Stadtratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Wuppertal am 9.2.1996 (Göschel).
- Workshop „Kulturpolitik“ für die Stadtratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Wuppertal am 10.2.1996 (Göschel).
- Vortrag „Grundlagen deutscher Kulturpolitik“ auf Einladung der „Kulturinitiative '89“, Berlin am 16.3.1996 (Göschel).
- Vortrag „Aktuelle Probleme der Kulturpolitik: Legitimation, Qualität, Urbanität“ auf der Frühjahrstagung der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Stuttgart am 29.3.1996 (Göschel).
- Vortrag „Konzeptionen von Kulturpolitik und ihre Folgen für Kulturmanagement“ auf der Tagung „Macht Kultur Gewinn“ der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 13.4.1996 (Göschel).
- Vortrag „Kulturpolitik in Zeiten kultureller Verunsicherung“ auf der „1. Kulturkonferenz des Kulturraumes Oberlausitz-Niederschlesien“, Hoyerswerda am 10.5.1996 (Göschel).
- Vortrag „Staat und Kommune in der deutschen Kulturpolitik“ zur Tagung „Verso una nuova legislazione per il cultura tra Stato e Regione“ des Goethe-Instituts Rom am 24.5.1996 (Göschel).
- Präsenzveranstaltung der Fernuniversität Hagen, Aktuelle Probleme der Kulturpolitik: Begründungen, Zielsetzungen, Instrumente und Organisationsformen auf dem Prüfstand, Berlin am 14./15.6.1996 (Göschel).
- Vortrag „Kulturfinanzierung“ zum Seminar „Kommunale Kulturpolitik. Fällt die Kultur ins Haushaltsloch?“ des Bildungswerks für Alternative Kommunalpolitik e.V., Berlin am 15.6.1996 (Göschel).
- Vortrag „Soziale Tatbestände und kulturelle Mentalität. Trends und Orientierungen im gesellschaftlichen Wandel“ zum Symposium „Kultur wohin? Wege ins nächste Jahr-



- tausend“ aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Ruhrfestspiele Recklinghausen am 18.6.1996 (Göschel).
- Vortrag „ Kulturpolitik im konservativ-liberalen Staat: Das Modell Deutschland“ zur Tagung „Krise des Wohlfahrtsstaates – Zukunft der Kulturpolitik“ der Evangelischen Akademie Arnoldshain am 29.6.1996 (Göschel).
 - Vortrag „Soziale und räumliche Besucherselektion von Kultureinrichtungen. Anmerkungen zur lokalen Identitätsbildung durch Dienstleistungen“ zum Workshop „Identitätsbildung in der Stadt“ des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner, am 29.8.1996 (Göschel).
 - Vortrag zur Programmdiskussion der Kulturpolitischen Gesellschaft, „Ziele von Kulturpolitik“, Remscheid am 13.9.1996 (Göschel).
 - Kurzvortrag zur Tagung „Soziale Integration als kulturelle Aufgabe“, Deutsch-Französisches Kulturgespräch des Frankreich-Zentrums der Uni Freiburg/i.Br. am 17.10.1996.
 - Vortrag „Dienstleistung KulturArbeit“ an der Fachhochschule Potsdam am 29.10.1996 (Göschel).
 - Vortrag „Kulturentwicklungsplanung“ in Greifswald am 6.11.1996 (Göschel).
 - Preisrichter zur Vergabe des Europäischen ÖPNV-Preises am 21.11.1996 in Freiburg/i.Br. (Lehmbrock).
 - Mitglied des Forums Mensch und Verkehr in der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (Lehmbrock).
 - Lehrveranstaltung an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Thema „Eine neue Verkehrspolitik“, vom 3.1.-19.12.1996 (Prof. Röber [ext.], Lehmbrock).
 - Lehrveranstaltung „Parkraumbewirtschaftung“ im Rahmen eines Umschulungskurses zum/zur Verkehrsentwicklungsplaner/in vom Büro für Umweltpädagogik (BUP) vom 22.-23.8.1996 in Göttingen (Lehmbrock).
 - Teilnahme und Statement auf dem Schnittstellenworkshop des Forschungsverbundes City:mobil vom 19.-20.6.1996 in Titisee (Lehmbrock).
 - Mitarbeit im Arbeitskreis „Parken in der Stadt“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen; vier Termine in Wiesbaden 1996 (Lehmbrock).
 - Vortrag „Parkraumabbau, Realisierungschancen restriktiver Parkraumpolitik“ auf dem Workshop des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) „Autofreie Altbauquartiere“ am 22.11.1996 in Dortmund (Lehmbrock).
 - Ständiger Gast in der Fachkommission „Stadtplanung“ des Deutschen Städtetages (Meyer).
 - Teilnahme an den Arbeitstreffen der Planungsverbände unter der Leitung des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (Meyer).
 - Mitglied im Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin (Preisler-Holl).
 - Vortrag bei der Sächsischen Akademie für Natur und Umwelt in Auerbach/Vogtland am 19.6.1996 über „Eingriffsregelung und Bauleitplanung mit Beispielen aus den Bundesländern“ (Preisler-Holl).
 - Vortrag bei der Ständigen Konferenz der Gartenamtsleiter beim Deutschen Städtetag über „Historisches Grün als Aufgabe des Denkmal- und Naturschutzes“ am 12.9.1996 in Augsburg (Preisler-Holl).
 - Referat „Neue Armut – Handlungsansätze der Kommunen“ in der Lutherstadt Wittenberg im Rahmen der Wittenberger-Vier-Abend-Gespräche am 5.3.1996 (Schuleri-Hartje).
 - Referat „Sozialpolitik und Versorgung im Alter“ auf der DRK-Tagung „Alter Baum im fremden Boden“ am 21.3.1996 in Berlin (Schuleri-Hartje).



6. Veröffentlichungen

6.1 Difu-Publikationen

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- Band 16: Apel, Henckel u.a., Flächen sparen, Verkehr reduzieren. Möglichkeiten zur Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, Berlin 1995.
- Band 18: Böhme, Preisler-Holl, Historisches Grün als Aufgabe des Denkmal- und Naturschutzes, Berlin 1996.
- Band 19: Preisler-Holl, Ammermann [ext.], Böhme, Henkel, Meyer, Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen, Berlin 1996.
- Band 21: Bunzel, Meyer, Die Flächennutzungsplanung – Bestandsaufnahme und Perspektiven für die kommunale Praxis, Berlin 1996.

Materialien

- 3/1996
Luise Preisler-Holl, Kathrin Ammermann, Christa Böhme, Michael J. Henkel, Ulrike Meyer., Fallbeispiele zum Projekt „Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen“, Berlin 1996.
- 8/1996
Heidede Becker, Martina Bollmann, Standards im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Ein deutsch-französischer Vergleich im EUROREX-Programm, Berlin 1996.

6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Dieter Apel, Dietrich Henckel, Möglichkeiten zur Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung – welche Bedeutung hat eine Reform der Grundsteuer?, in: Der Städtetag, 1996, H. 5, S. 321-324.
- Tim Pharoah, Dieter Apel, Transport concepts in european cities, Aldershot 1995.
- Arno Bunzel, Symposium „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen – Erfahrungen und Perspektiven“, am 13. und 14.7.1995 in Berlin. Dokumentation Rechtstatsachenuntersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung der Stadtbaurechtsnovelle 1997, Bonn 1996.
- Albrecht Göschel, Aktuelle Probleme der Kulturpolitik: Legitimation, Qualität, Urbanität, in: Birgit Brandner, Siegfried Mattl, Veronika Ratzenböck (Hrsg.), Kulturpolitik und Restrukturierung der Stadt. Materialien zum Workshop 9./10.11.1995 in Wien und Salzburg 1996, S. 1-24;
nachgedruckt in: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie, Jg. 11 (1996), S. 53-74.
- Albrecht Göschel, Kulturpolitik in Zeiten kultureller Verunsicherung, in: Dokumentation zur 1. Kulturkonferenz des Kulturräume Oberlausitz-Niederschlesien, 10.5.1996 in Hoyerswerda, hrsg. vom Kultursekretariat des Kulturräume Oberlausitz-Niederschlesien, S. 13-21.
- Albrecht Göschel, Soziale Tatbestände und kulturelle Mentalitäten. Trends und Orientierungen im gesellschaftlichen Wandel, in: Marlies Görner (Hrsg.), Kultur wohin? Wege ins nächste Jahrtausend, Düsseldorf 1996, S. 48-63.



- Albrecht Göschel, Die Kulturpolitik, die Kunst und das Fremde, in: Institut für Bildung und Kultur (Hrsg.), Gemeinsam erleben. Handreichungen zur interkulturellen Bildungsarbeit, Remscheid 1996, S. 311-326.
- Albrecht Göschel, Gemeinsinn, Kunst und Pluralität, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Jg. 19 (Februar 1996), S. 523-537.
- Michael Lehmbrock, Auf dem Weg zu einer neuen Stellplatznorm, in: Ulrich Smeddinck (Hrsg.), Umweltverkehr, Taunusstein 1996, S. 145 ff.
- Luise Preisler-Holl, Landschaftsplanung und Bauleitplanung, in: Natur und Landschaft, Jg. 71 (1996), Nr. 11, S. 482-484.
- Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Paul von Kodolitsch, Beschäftigungsmaßnahmen beim Wohnungsneubau, in: EXWOST-Informationen vom 13.3.1996, S. 15 f.

**ARBEITSBEREICH 2:
WIRTSCHAFT UND FINANZEN**

AB2

ARBEITSBEREICH 2: WIRTSCHAFT UND FINANZEN

AB 2

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dipl.-Geogr. Andreas Beecken (vom 19.9.1994 bis 18.9.1996)
Dr. phil. Matthias Eberling (seit 1.4.1996)
Dr. phil. Christian Engeli
Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Steffi Gaevert (seit 1.10.1996)
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Dr. rer. soc. Dietrich Henckel
Dipl.-Geogr. Beate Hollbach-Grömig
Dipl.-Volksw. Nizan Rauch (bis 30.9.1996)
Dipl.-Volksw. Michael Reidenbach

Sachbearbeitung

Christa Knopf

Sekretariat

Christina Blödorn (75 %)
Marlen Petukat



1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Halbjahresschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS)

- Themenheft 1/96: EDV und Stadtgeschichte
- Seit in den 70er Jahren Historiker über „Stadtgeschichte als historische Sozialwissenschaft“ zu diskutieren begannen, standen gleichzeitig Möglichkeiten und Grenzen der Quantifizierung sowie des Computereinsatzes als methodisches Rüstzeug zur Debatte. Das Themenheft vermittelt einen Eindruck darüber, wie weit die Entwicklung des EDV-Einsatzes in der Stadtgeschichtsforschung seither gediehen ist (Engeli).
- Themenheft 2/96: Hauptstadt und Hauptstädte
- Im föderalistischen System der Bundesrepublik üben neben der Bundeshauptstadt auch die Landeshauptstädte wichtige „Zentralfunktionen“ aus. Darin ist noch die deutsche Städtelandschaft des 18. und 19. Jahrhunderts erkennbar, die geprägt war von einer Vielzahl von Residenz- und Landeshauptstädten. Viele dieser Städte haben zwar inzwischen ihre Hauptstadtfunktion verloren, ihre kulturelle Funktion aber über die zentralistische Entwicklung des Weimarer und des NS-Staates hinweg zumindest teilweise behalten (Engeli).
- CD-ROM 25 Jahre „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ – IMS
- Die in Zusammenarbeit mit dem AB 7 produzierte CD-ROM bietet den Volltext aller zurückliegenden 51 Halbjahreshefte des Zeitraums 1970-1995, außerdem separate Datenbanken zu den einzelnen Rubriken der IMS (Berichte, Tagungen, Personalien, Stadtjubiläen, Sonderausstellungen, Lehrveranstaltungen, Rezensionen, Bibliographie). Von Interesse für potentielle Benutzer dürfte vor allem die mit Autoren-, Orts- und Sachregister erschlossene Bibliographie der neuen stadtgeschichtlichen Literatur (rund 12 000 Titel) sein (Engeli).

1.2 Halbjahresschrift „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (AfK)

In die Berichtszeit fiel die redaktionelle Betreuung der inzwischen erschienenen Halbjahresbände I/96 und II/96 sowie des in Vorbereitung befindlichen Bandes I/97 (Engeli).

1.3 Entscheidungsfelder städtischer Zukunft

Das Projekt „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ hatte eine Laufzeit von rund zwei Jahren und war als eine Reihe von sechs Workshops zu zentralen Handlungs- und Entscheidungsfeldern der Kommunen angelegt. Das Projekt wurde zusammen mit 14 Städten durchgeführt (Berlin, Bonn, Braunschweig, Bremen, Dresden, Erfurt, Frankfurt am Main, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg, Stuttgart). Die Workshops wurden vom Difu vor- und nachbereitet sowie unter Hinzuziehung externer Experten und mit Beiträgen der beteiligten Städte durchgeführt. Folgende sechs Themen wurden behandelt:

- Überregionale Verkehrszentralität,
- Zukunft des Produzierenden Gewerbes in der Stadt,
- Migration und soziale Probleme,
- Zukunft der Dienstleistungen in der Stadt,
- Kommunale Finanzen,
- Medienwirtschaft und Telekommunikation.

AB2



abgeschlossene
Projekte

Besonderes Gewicht wurde jeweils auf die kommunalen Handlungsmöglichkeiten gelegt. Jeder dieser Workshops ist mit den jeweiligen Beiträgen in der Materialienreihe des Difu in einer eigenen Publikation dokumentiert. Der Schlußbericht, der im Frühjahr 1997 in der Reihe „Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik“ erscheint, umfaßt einen Überblick über die sechs Themenfelder sowie zwei Querschnittsbeiträge zu den Folgen der Beschleunigung für die Städte und Kooperation als zentralem Handlungsansatz (Henckel, Floeting, Grabow, Hollbach-Grömig, Reidenbach; Neumann, Niemann, Usbeck [ext.]).

1.4 Zukunft des Produktionsstandortes Potsdam

Das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Potsdam hat u.a. als Grundlage für die Entwicklung wirtschaftspolitischer Leitlinien und eines Wirtschaftsförderungskonzepts ein Gutachten in Auftrag gegeben, das – vor dem Hintergrund eines extrem niedrigen Anteils an Beschäftigten im produzierenden Sektor – die Zukunft des produzierenden Bereichs und der daraus resultierenden Flächenanforderungen zum Thema machen sollte. Im Zuge der De-Industrialisierung in den neuen Bundesländern kommt dem Gutachten – trotz der Besonderheiten der Stadt Potsdam – eine exemplarische Bedeutung zu.

Im Laufe der Bearbeitung zeigte sich allerdings, daß dem Dienstleistungsbereich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden mußte, als ursprünglich vorgesehen, weil Aussagen über die wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale und die Gewerbeflächenpolitik nur im Zusammenhang sinnvoll sind. Re-Industrialisierungsanstrengungen, die auf die Akquisition großer Produktionsbetriebe setzen, erscheinen nicht empfehlenswert. Vielmehr geht es vor allem um eine intensive Bestandspflege und „Ergänzungsakquisitionen“ sowie eine Flächenpolitik, die sich von den Prinzipien „klein vor groß“ und „innen vor außen“ leiten läßt.

Im November wurden wesentliche Ergebnisse der Untersuchung in einem Workshop in Potsdam vorgestellt und mit Akteuren (kommunale Verwaltung, IHK, Räte, Unternehmen etc.) diskutiert. Der Bericht wird im Frühjahr 1997 in den Materialien des Difu erscheinen (Henckel, Grabow, Kühn).

1.5 Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren

Die Ergebnisse des Projekts geben einen Überblick über das, was in den 90er Jahren in der kommunalen Wirtschaftsförderung passiert, und über das, was diskutiert wird. Zum ersten Mal wurden, trotz aller nach wie vor bestehenden Unterschiede, Städte der alten und neuen Länder gleichermaßen befragt: Dabei ging es um neue Handlungsfelder, aktuelle Projekte und Konzepte in einer Vielzahl von Themenfeldern, aber auch um die Bedeutung von Wirtschaftsförderung innerhalb der Verwaltung und Ansatzpunkte zur Verbesserung der gewerbepolitischen Arbeit. Die „übergeordneten“ Aufgabenschwerpunkte der Wirtschaftsförderung haben sich in den letzten Jahren wenig verändert. Gewerbeflächenmobilisierung, also die Bereitstellung und Entwicklung von Gewerbeflächen, ist für mehr als 80 Prozent der Wirtschaftsförderer wichtigstes Tätigkeitsfeld. Beinahe ebenso wichtig sind die Beratung und Information von Unternehmen und, vor allem für die Städte der neuen Bundesländer, die Entwicklung und der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Wichtigste Zielgruppe der Wirtschaftsförderung sind die Unternehmen vor Ort. Wichtiger geworden ist „projektorientierte“ Wirtschaftsförderung. Vielfach realisiert sind bereits Projekte oder Konzepte zu Technologie- und Innovationszentren, zur Gewerbeflächenmobilisierung und



zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Unter den geplanten Vorhaben stehen die Themen Stadtmarketing, Güterverkehrskonzepte und Konversion an vorderer Stelle. Seit Ende November 1996 liegt die Publikation „Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren“ als Band 21 der Difu-Beiträge zur Stadtforschung vor (Hollbach-Grömig, Beecken).

1.6 Öffentliche Umweltschutzmaßnahmen und -ausgaben in den neuen Bundesländern

Das Projekt, das im Auftrag des Statistischen Bundesamtes durchgeführt wurde, hatte zum einen die Aufgabe, die Umweltschutzmaßnahmen des öffentlichen Bereichs im Zeitraum eines Jahres in den neuen Bundesländern darzustellen, Unterschiede zu den alten Bundesländern herauszuarbeiten und Vorschläge für eine künftige regelmäßige Erfassung der Umweltschutzausgaben zu machen. Zum anderen sollte ein methodisches Konzept erstellt werden, wie das öffentliche Umweltschutzvermögen in den neuen Bundesländern am 30.6.1990 zu bewerten ist, damit wie für die alten Bundesländer ein Ausgangspunkt für die jährliche Berechnung des Umweltschutzvermögens gefunden werden kann.

Im Ergebnis ist festzustellen, daß 1992 – wie in den alten Ländern – die höchsten Ausgaben auf die Abwasserbeseitigung entfielen. Andere Aktivitäten wie die Sanierung von Bodenverschmutzungen u.ä. erreichten ein relativ höheres Gewicht verglichen mit den alten Bundesländern. Von besonderer Bedeutung war, im Gegensatz zu den alten Bundesländern, die Mitfinanzierung von umweltschutzrelevanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Milliardenhöhe durch die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) und in Teilen durch Bund und Länder. Durch die starken organisatorischen Änderungen, insbesondere im Abwasserbereich (Kommunalisierung der ehemaligen Volkseigenen Betriebe [VEB] Wasserversorgung und Abwasserbehandlung [WAB]) ergaben sich aber erhebliche statistische Probleme, die zum Teil nur durch Schätzungen überbrückt werden konnten. Das Umweltschutzvermögen war Mitte 1990, bezogen auf Einwohner und verglichen mit den alten Ländern, nicht sehr hoch. Im wesentlichen sind im öffentlichen Bereich nur die Kanalisation und in Abstrichen die Kläranlagen zu beachten, alle anderen Anlagen blieben ohne Gewicht.

Der Endbericht der Studie wurde dem Statistischen Bundesamt übergeben, er wird im Frühjahr 1997 von diesem veröffentlicht (Reidenbach).

2. Laufende Projekte

2.1 Geschichte des brandenburgischen Provinziallandtages in der Weimarer Zeit

Das Projekt ist Teil eines größeren Forschungsvorhabens, das die Geschichte des Brandenburgischen Landtages im 19. und 20. Jahrhundert umfaßt und das am Historischen Seminar der Universität Potsdam angesiedelt ist. Auftraggeber ist das Landtagspräsidium. Wichtigste Quelle für die Darstellung sind die gedruckt vorliegenden Protokolle der jährlichen Provinziallandtags-Sitzungsperioden. Die Laufzeit des Projekts wurde wegen eines Wechsels unter den Bearbeitern um ein Vierteljahr verlängert; der Abschluß des Manuskripts ist für März 1997 geplant (Engeli).





2.2 Kommunale Zeitpolitik

Dieses von der Hans-Böckler-Stiftung und vier Fallstudienstädten (Bonn, Karlsruhe, Münster und Wolfsburg) finanziell geförderte Projekt stellt drei große Fragenkomplexe in den Mittelpunkt der Untersuchung:

- Wie geht die Kommune als großer Arbeitgeber mit der Ausgestaltung der Arbeits- und Betriebszeiten der eigenen Beschäftigten um?
- Wie reagiert die Kommune als Anbieter von Dienstleistungen und Infrastruktur auf die Veränderungen von Arbeits- und Betriebszeiten der ortsansässigen Betriebe?
- Gibt es Kooperationen zwischen ortsansässigen Betrieben und der Kommune zur koordinierten Ausgestaltung von Zeiten?

Das Projekt ist im Frühjahr 1996 angelaufen. Das Jahr 1996 war im wesentlichen durch die empirischen Arbeiten, die Durchführung der Expertengespräche in den Fallstudienstädten geprägt.

Die Untersuchung ist darüber hinaus eingebettet in einen Projektverbund unter dem Titel „Lebensstile, Arbeitsstile, Sustainability“, der vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) geleitet wird. Im Rahmen dieses Projektverbunds fanden drei Workshops der beteiligten Institute statt.

Die Vorlage des Endberichts ist für den Herbst 1997 vorgesehen (Eberling, Henckel).

2.3 Aktuelle Themen kommunaler Wirtschaftspolitik

Zielsetzung des Projekts ist es, die Handlungsansätze und Handlungsmöglichkeiten „moderner“ kommunaler Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung am Beispiel verschiedener aktueller Themenfelder aufzuzeigen. Diese Themenfelder wurden unter einem „Projektdach“ zusammengefaßt, um damit den Blick auf das unter den aktuellen Rahmenbedingungen relevante Spektrum zukunftsorientierter Aktivitäten zu richten.

Quer zu den einzelnen Themen werden jeweils verschiedene Aspekte angesprochen, wie z.B. die Handlungsorientierung der Wirtschaftsförderung oder die angemessenen Organisationsformen und die Kooperationsnotwendigkeiten.

Stadtmarketing

Daß Stadtmarketing für die meisten Städte und Gemeinden ein ausgesprochen aktuelles Thema ist, zeigt sich daran, daß die kommunalen Stadtmarketing-Aktivitäten erst in den letzten drei Jahren richtig „angelaufen“ sind: Drei Viertel aller Städte, die sich damit befassen, haben nach 1992 damit begonnen, jede Dritte davon sogar erst 1995. Mehr als 80 Prozent der größeren Kommunen betreiben heute Stadtmarketing oder planen dies zumindest. Die wichtigsten Ziele des Stadtmarketing sehen die Akteure darin, ihre Städte und Gemeinden attraktiver zu machen, ihnen im Städtewettbewerb ein eigenes Profil zu geben und Kooperationen zwischen Öffentlichen und Privaten zu fördern.

Dies sind Ergebnisse in über 300 deutschen Städten und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, die im Herbst 1995 durchgeführt wurde. Eine Übersicht über die Ergebnisse gibt eine Aktuelle Information des Difü, die im Februar 1996 erschienen ist.



Neben der Umfrage und den vorbereitenden Arbeiten für die Aktuelle Information ist eine Literaturübersicht erstellt worden, die in den Endbericht aufgenommen wird. Ein Profildienst „Stadtmarketing“ wurde im zweiten Quartal 1996 erstellt und im Juli an die Zuwanderstädte verschickt. Darin wurden vor allem Beiträge zusammengestellt, die sich mit der Funktion, den Inhalten und der Abgrenzung von Stadtmarketing befassen. Im Frühjahr 1997 wird ein weiterer Profildienst folgen, der sich vor allem auf Praxisbeispiele aus den Städten konzentrieren wird. Am Beispiel zweier untersuchter Fallstudien – Trier und Friedrichshafen – sollen einzelne Aspekte des Stadtmarketing am konkreten Beispiel illustriert werden. Der Endbericht zum Projekt wird im Frühsommer 1997 in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung erscheinen (Grabow, Hollbach-Grömig; Kaiser [ext.]).

Lokale und regionale Netzwerke

Bisher wurden eine Literaturübersicht und ein Arbeitspapier zur Typologie und den Charakteristika von Unternehmensnetzwerken erstellt. Es ist vorgesehen, den Projektbaustein im Frühsommer 1997 vorzulegen und in der Materialienreihe zu veröffentlichen (Henckel; Lembcke [ext.]).

Gewerbeflächenmobilisierung

Bislang erfolgte eine Zusammenstellung und Durchsicht aktueller Veröffentlichungen und eine Auswertung von Unterlagen laufender Projekte in den Kommunen. Im Rahmen des Gutachtens „Zukunft des Produktionsstandortes Potsdam“ wurden am praktischen Beispiel einer ostdeutschen Großstadt mögliche Herangehensweisen bei der Mobilisierung von Gewerbeflächen geprüft. Geplant ist, die Arbeiten im Frühjahr 1997 abzuschließen; eine Veröffentlichung soll in der Materialienreihe erfolgen (Kühn).

Wirtschaftsförderung und Steuern

Arbeiten zu diesem Baustein konzentrierten sich auf die Rolle der Gewerbesteuer in der Wirtschaftsförderung. Dabei geht es zum einen um branchenspezifische Gewinne und die Höhe des Nettoertrags nach Berücksichtigung eventueller Steuergewinne im kommunalen Finanzausgleich, zum anderen wird die Hebesatzpolitik der Städte und Gemeinden untersucht. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 1997 als „Aktuelle Information“ veröffentlicht werden (Reidenbach).

2.4 Telematiktransfer

Das Projekt, das zusammen mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ durchgeführt wird, befaßt sich mit:

- Telematikanwendungen und dem Beratungsbedarf bei informationsorientierten Dienstleistungsunternehmen,
- der Angebotsstruktur des öffentlich geförderten Technologie- und Wissenstransfers auf dem Gebiet der Telematik,
- regionalen Wirkungen des Telematikeinsatzes bei den informationsorientierten Dienstleistern und regionalspezifischen Problemlösungs- und Anwendungspotentialen der Telematik.

AB2



laufende
Projekte

In einem Vergleich der Räume Berlin und London wird den Fragen nach Effizienz, Synergien und regionalpolitischen Leitlinien der Transferangebote nachgegangen. Insbesondere die Gestaltung der Schnittstellen zwischen Transferangebot, betrieblicher Nachfrage und regionalspezifischen Anwendungsbedürfnissen wird untersucht. Bisher wurden „Übersichtsinterviews“ mit Akteuren im Transferbereich, eine schriftliche Kurzbefragung von Transfereinrichtungen und Unternehmensnachfragern nach Transferleistungen sowie vertiefende Interviews mit ausgewählten Unternehmensnachfragern in Berlin durchgeführt. Wegen organisatorischer Schwierigkeiten mußte der ursprünglich analog konzipierte Untersuchungsansatz für die Fallstudie London verändert werden: In London wurden Interviews mit Vertretern unterschiedlicher Akteursgruppen des Technologietransfers durchgeführt. Dabei wurde insbesondere die Angebotssituation untersucht. In einem zweiten Schritt sollen im 1. Quartal 1997 Interviews zur näheren Betrachtung der Nachfrageseite durchgeführt werden. Die Nachfrageseite kann aus zeitlichen Gründen anders als in der Berliner Fallstudie nicht durch detaillierte Unternehmensinterviews, sondern nur durch Übersichtsinterviews untersucht werden.

Die Fallstudie Berlin wird im Januar 1997 mit der Durchführung eines Workshops mit Vertretern der unterschiedlichen Akteursgruppen fortgesetzt. Die Ergebnisse der beiden Fallstudien werden vergleichend ausgewertet. Es werden Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Transfersituation an der Schnittstelle zwischen Transferangebot, -nachfrage und regionalspezifischen Anwendungen – als eine Komponente einer lokalen Technologiepolitik – erarbeitet.

Das Projekt wird im 1. Quartal 1997 abgeschlossen. Die Ergebnisse werden in einem Abschlußbericht veröffentlicht (Grabow, Floeting; Schulz [ext.]).

2.5 Kommunale Informations- und Dialogdienste

Mit dem Einsatz von luk-Technik hat man sich in den Kommunen bisher vor allem im Zusammenhang mit der EDV-Ausstattung der eigenen Verwaltung befaßt. Zwar wurde zu Beginn der 80er Jahre im Rahmen der Kabelpilotprojekte bereits der Aufbau von Bürgerfernsehen und interaktiven Diensten diskutiert, und einige Kommunen haben sich mit Angeboten im Bildschirmtext engagiert. Von einer weiten Verbreitung dieser Angebote ist man aber weit entfernt. Mit den neuen multimedialen Online-Angeboten (z.B. im World Wide Web des Internet) ergeben sich neue technische und gestalterische Möglichkeiten der Präsentation und Kommunikation. Das Forschungsprojekt untersucht aktuelle und zukünftige Trends der Anwendung neuer Informationstechniken und soll praxisnahe Lösungsansätze entwickeln. Dabei geht es besonders um bürgernahe Angebote kommunaler Dienstleistungen und die Informationsversorgung der mittelständischen Wirtschaft.

Die Projektarbeit begann im September 1996. Bisher wurde eine Sichtung vorhandener Materialien vorgenommen, eine erste Übersicht über Online-Angebote im WWW des Internet erarbeitet, eine geplante Städtebefragung vorbereitet und ein erster Zwischenbericht über den Stand der bisherigen Projektarbeiten fertiggestellt.

Die ersten Recherchen zeigen, daß über fast alle deutschen Großstädte sowie eine Reihe kleinerer Städte und Gemeinden bereits Informationen im World Wide Web des Internet oder über Online-Dienste angeboten werden. Bereits mehr als die Hälfte der deutschen Großstädte ist mit Informationsseiten direkt im Netz präsent. Während die Zahl der Städtepräsentationen im Bildschirmtext (jetzt T-Online) in den letzten Jahren abgenommen hat,



wächst die Zahl der Präsentationen im Internet kontinuierlich. In Städten wie Berlin, Köln oder München können die Nutzer bereits auf umfangreiche Datenbanken mit mehreren tausend Angebotsseiten zurückgreifen. Auch dialogische Komponenten wie E-Mail sind häufig Bestandteil der Dienste. Auf Stadtebene werden vor allem Informationen zu Sehenswürdigkeiten, Veranstaltungskalender, Adressen, Hotel- und Gaststättenverzeichnisse usw. angeboten. Der Schwerpunkt liegt bisher vor allem auf eher allgemeinen Informationsangeboten.

Das Projekt wird unterstützt von der Wissenschaftsförderung des Sparkassen- und Giroverbands und durch einen Lenkungsausschuß begleitet. Es wird im Juli 1997 abgeschlossen. Die Ergebnisse werden in einem Abschlußbericht veröffentlicht (Grabow, Floeting, Gaevert).

2.6 Gesamtwirtschaftliche kommunale Vermögens- und Ergebnisrechnung

Erstes Arbeitsfeld für dieses Projekt ist die Konzeption eines Systems, mit dessen Hilfe das kommunale Vermögen und das jährliche Ergebnis sowie deren Veränderungen gemessen werden können. Wie bei der doppelten Buchführung müssen Regeln aufgestellt werden, nach denen bisherige kameralistische in kaufmännische Buchungen umgesetzt werden können und Bewertungsregeln für das Vermögen gefunden werden. Hierzu kann zwar an Erfahrungen angeknüpft werden, die im Zuge der Einführung der doppelten Buchführung gemacht werden, bei den Vermögensbewertungen werden aber Modifikationen notwendig sein.

Ein zweites Arbeitsfeld ist die Beschaffung von Daten für die Durchführung der Berechnungen. Es wird eine Systematik erarbeitet, die Wege aufzeigen soll, wie die für die Vermögensrechnung benötigten Daten recherchiert werden können. Hauptproblem ist dabei derzeit, einen Überblick über den Vermögensbestand der Städte zu erhalten. Dabei sind Erfassung des Grundstücksbestands sowie der Beteiligungen der Kommunen von besonderer Bedeutung. Informationen über den Umfang dieser Vermögensbestände sind nur für die Großstädte in Ansätzen vorhanden, bei allen anderen kommunalen Gebietskörperschaften fehlen bisher bereits Grundinformationen. Viel wird von der Qualität der neuen Jahresabschlussstatistik abhängen, durch die eine Totalerfassung der öffentlichen Unternehmen erfolgt. Die Ergebnisse für das Jahr 1993 werden aber erst Mitte 1997 veröffentlicht (Reidenbach).

3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik in den Kommunen

Dieses Forschungsvorhaben wird sich mit den Ansatzpunkten, Instrumenten und Chancen, aber auch den Problemen einer ökologischen, an nachhaltiger Entwicklung orientierten Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene befassen. Zwar ist die Notwendigkeit einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft weitgehend unbestritten; tatsächlich verschärft sich jedoch in der gegenwärtigen kommunalen Finanzkrise der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie wieder. Ein Ziel der Untersuchung wird daher sein, zu prüfen,



AB2



projektvorbereitende
Arbeiten

wie dieser Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie abgemildert werden kann, wie die konsequente Anwendung ökologischer Ansätze auch ökonomische Vorteile bringen kann und umgekehrt. Im Mittelpunkt der Untersuchung werden vor allem die Akteure kommunaler Wirtschaftsförderung und -politik stehen.

Die Vorarbeiten waren zum einen durch eine erste Bestandsaufnahme der kommunalen Aktivitäten in diesem Themenfeld, zum anderen durch die Akquisition von Fallstudienstädten gekennzeichnet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden sich voraussichtlich fünf Städte an der Untersuchung beteiligen. Im Laufe des Jahres 1997 werden zwei Workshops mit den beteiligten Städten und die konkreten Untersuchungen in den Fallstudienstädten stattfinden (Hollbach-Grömig, Henckel, Reidenbach).

3.2 Lokale IuK-Politik

In verschiedenen Städten wird Telematik heute bereits als Instrument der Strukturpolitik, der Wirtschaftsförderung und/oder der Stadtentwicklung verstanden. Allerdings ist zur Zeit noch eine „chaotische Vorgehensweise“ auf dem Feld der Telematik typisch für die Politik der meisten Kommunen. Es gibt in der Regel keine gezielte, an Leitlinien orientierte Strategie; die Aktivitäten sind eher zufällig und hängen vom Engagement einzelner ab. Es erscheint dringend notwendig, den koordinierten und fokussierten Umgang mit den neuen Medien, den Informations- und Kommunikationstechniken und ihren Anwendungen als neues kommunales Politikfeld (IuK-Politik) und neue Querschnittsaufgabe der Städte und Gemeinden zu begreifen.

Im Rahmen des Projekts sollen Vorschläge zur Konzeption einer lokalen IuK-Politik gemacht werden. Dazu sollen Erkenntnisse über die wichtigsten Trends der Verbreitung der neuen Medien, der IuK-Techniken, deren Wirkungen auf die Stadt zusammengestellt werden. Darauf aufbauend geht es um die Gestaltungs- und Interventionsmöglichkeiten der Kommunen im Rahmen eines offensiven Umgangs mit den Themen Medien und Telematik. Ihre Relevanz im Hinblick auf verschiedene kommunalpolitische Zielsetzungen (Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Lebensbedingungen, Probleme der Stadtentwicklung, Partizipation ...) muß dabei im Vordergrund stehen. Schließlich sind Aussagen über mögliche Organisations- und Finanzierungsformen sowie die potentiellen Partner einer kommunalen IuK-Politik zu treffen.

Es ist beabsichtigt, die Ergebnisse am Beispiel und unter Beteiligung von etwa sechs Fallstudienstädten zu konkretisieren. Neben der Mitwirkung von Hannover und Braunschweig gibt es mit verschiedenen Städten Gespräche über eine Beteiligung. Erfahrungen aus abgeschlossenen (C.A.P.A.Cities - Telematikanwendungen in europäischen Städten, vgl. Aktuelle Information „Telematik, Teledienstleistungen und Kommunalpolitik“, Frühjahr 1996) und parallel laufenden Projekten (Kommunale Informations- und Dialogdienste, Forum „Telematische Städte“) werden in das Projekt einfließen.

Die Projektarbeiten werden im Frühjahr 1997 beginnen; als Laufzeit sind 18 Monate vorgesehen (Grabow, Floeting, Henckel, N.N.)



3.3 Telematikgestützte Regionale Netze

Derzeit sind in Europa diverse Initiativen zum Aufbau lokaler oder regionaler Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen zu beobachten. Diese Entwicklungen umfassen sowohl den Aufbau kleinräumiger, auf die besonderen Bedürfnisse einer Region zugeschnittenen Telekommunikationsnetze als auch die Entwicklung regionaler Online-Angebote. Diese telematikgestützten regionalen Netze (TRN) unterscheiden sich damit grundlegend von den bereits weit verbreiteten virtuellen Netzen, die sich unabhängig von geographischen Grenzen entwickelt haben.

Mit dem Aufbau dieser Angebote wird eine Reihe von spezifischen Zielen für die Stadt- und Regionalentwicklung verbunden, wie eine Verbesserung der Ausstattung mit wirtschaftsnaher Infrastruktur und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsposition von Städten und Regionen als Wirtschaftsstandort, die Unterstützung regionaler Beschaffungs- und Distributionsstrukturen oder die regionale Vernetzung von beispielsweise Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Bürgern.

Ziele der Untersuchung ist eine Bestandsaufnahme vorhandener regionaler Netze und regionsspezifischer Online-Angebote in Deutschland und Europa, die Ermittlung von Nutzungsmustern, die Darstellung der Inhalte mit Relevanz für die Regionalentwicklung und die Analyse von Auswirkungen auf die Regionalentwicklung.

Das Projekt ist gemeinsam mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) zur Förderung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ (Phase III) eingereicht und inzwischen bewilligt worden. Es wird im Spätsommer 1997 beginnen; die Laufzeit beträgt zwölf Monate (Grabow, Floeting; Kreibich, Oertel [IZT, ext.]).

3.4 Forum „Telematische Städte“

Telematik, Multimedia, neuer Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt: mit diesen und anderen Entwicklungen müssen sich die Städte aktiv auseinandersetzen. Dies zieht eine Vielzahl von Fragen nach sich, die sich den Kommunen im Hinblick auf die Optionen ihrer eigenen LuK-Politik stellen. Auch die generellen Leitlinien einer kommunalen LuK-Politik können nicht ohne intensiven Austausch der verschiedenen Konzepte der Städte und Gemeinden erstellt werden. Um auf dem Feld der LuK-Politik aktiv zu werden, gibt es in den Städten zur Zeit erheblichen Bedarf an Informationen und Orientierungshilfe; dieser Bedarf wird noch wachsen. Es gibt allerdings nicht nur einen erheblichen Bedarf an Informationsaustausch, sondern auch an gemeinsamen Aktivitäten und Entwicklungsanstrengungen von Städten.

Daher will das Difu, gemeinsam mit anderen Instituten, ein Forum zum Erfahrungsaustausch und ein interaktives Kommunikationsnetzwerk über Telematikanwendungen in den Städten initiieren. Für das Thema – LuK-Techniken, Telematikanwendungen – liegt die Form eines Online-Informationsaustauschs und von Online-Kooperationen nahe. Dazu sollen u.a. eine Informationsbörse, Softwarebörsen für kommunalspezifische Anwendungen, Diskussionsforen und Foren, in denen die Ergebnisse von entsprechenden Forschungsprojekten dokumentiert werden, gehören. Parallel zur Schaffung eines Online-Forum sollen „Face-to-face-Foren“ eingerichtet werden, d.h. regelmäßig stattfindende Veranstaltungen,

AB2



projektvorbereitende
Arbeiten

Workshops, Tagungen, auf denen neben dem allgemeinen Informationsaustausch jeweils Schwerpunktthemen diskutiert werden. Zentrales Anliegen ist dabei, diese Form des Internet-gestützten Austauschs auf der Basis einer möglichst intelligenten, nutzerorientierten und hochentwickelten Plattform zu realisieren (die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung [GMD] wird für diesen Aspekt zuständig sein).

Zur Diskussion des Konzepts mit kommunalen Akteuren und Interessenvertretern und Akquisition von Fördermitteln wurde eine Projektskizze erstellt, die inzwischen verschiedenen möglichen Geldgebern vorliegt. Im Frühjahr 1997 soll ein Workshop zur Vorstellung der Projektidee mit möglichen Beteiligten stattfinden (Grabow, Floeting; Sekretariat für Zukunftsforschung [ext.], GMD [ext.]).

3.5 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Multimedia-Anwendungen in den Städten“ des Forums Info 2000

Unter gemeinsamer Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) wurde Ende 1996 das Forum Info 2000 als zentrales Element des Aktionsplans der Bundesregierung für „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ ins Leben gerufen. Das Forum soll informieren, Anstöße geben, Leitmodelle entwickeln und vor allem eine Plattform für eine Diskussion schaffen, die sich mit den Chancen und Gefahren des Informationszeitalters auseinandersetzt.

Die Arbeit des Forums findet vornehmlich in Arbeitsgruppen statt. Eine davon trägt den Titel „Multimedia-Anwendungen in den Städten“. Die Beteiligung des Difu an dieser Arbeitsgruppe soll einerseits dazu beitragen, daß Erkenntnisse aus Difu-Projekten in den Arbeitsprozeß einfließen, andererseits den Erfahrungsaustausch im Zusammenhang mit den vorne genannten Projekten verstärken und damit Doppelarbeit im Sinne des Erkenntnisinteresses der Städte vermeiden helfen. Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen Ende 1997 vorliegen (Grabow).

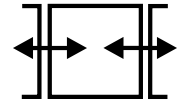
3.6 Zukunft der Arbeit in der Stadt

Diese Untersuchung ist als Grundlagenstudie angelegt, bei der wesentliche Fragen der Entwicklung des produzierenden Bereichs, der Dienstleistungen, der Rückwirkungen auf die Erwerbsarbeit, die informelle Arbeit und vor allem die kommunalen Handlungsmöglichkeiten untersucht werden sollen.

Die Vorarbeiten waren wesentlich durch die Akquisition von Fallstudienstädten geprägt. Fünf Städte beteiligen sich – auch finanziell – an der Untersuchung: Berlin, Hamburg, München, Stuttgart, Wien.

Für die sekundärstatistischen Analysen ist eine Kooperation mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) vorgesehen.

Im Laufe des Jahres 1997 sind mehrere Workshops mit den beteiligten Städten unter Hinzuziehung externer Experten vorgesehen (Henckel, Eberling, Grabow).



4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- IL
 - ▲ Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Workshops „Enterprise zones“ (Reidenbach).
- Arbeitsbereich Köln
 - ▲ Mitarbeit im Projekt „Urban governance“ für die OECD (Reidenbach)
- Arbeitsbereich Fortbildung
 - ▲ Referat zum Thema „Konsequenzen der Veränderung von Arbeitszeiten für Familienzeiten“ und Moderation der gleichnamigen Arbeitsgruppe beim Difu-Seminar „Familien- und kinderfreundliche Kommunalpolitik“ vom 4.-7.11.1996 (Frischmuth, Brühl [AB 5]), Eberling).
 - ▲ Moderation der Arbeitsgruppe 1: „Immaterielle Leistungsanreize“ beim Difu-Seminar „Bevor Reformwille in Lethargie umschlägt“ vom 18.-21.11.1996 (Frischmuth [AB 5], Eberling, Löhr [DST]).
 - ▲ Moderation der Arbeitsgruppe „Ökonomische Anforderungen und Investorenverhalten“ im Difu-Seminar „Funktionsmischung und Dichte“ am 24.9.1996 (Floeting, Sander [AB 5]).
 - ▲ Ko-Moderation des Difu-Seminars „Bürgermitwirkung“ vom 18.-21.3.1996 (von Kodolitsch [AB 5], Hollbach-Grömig).
 - ▲ Vorbereitung und Ko-Moderation des Difu-Seminars „Entwicklung der Innenstädte“ vom 9.-12.12.1996 (Kühn [AB 5], Hollbach-Grömig).
- Arbeitsbereich Information und Dokumentation
 - ▲ Profildienst Stadtmarketing (Grabow, Knopf)

5. Andere Aktivitäten

- Vortrag „Time Politics“ anlässlich der Tagung „Vivre la ville demain: Quels enjeux? Quels partenaires?“, veranstaltet vom „Centre Culturel International de Cerisy-la Salle“ in Paris vom 19.-24.9.1996 (Eberling).
- Vortrag „Städte im Netz - Möglichkeiten, Nutzen und Aufwand kommunaler Online-Angebote“ auf der Tagung „Kommunen Online“ der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages in Köln am 6.5.1996 (Floeting).
- Vortrag „Telematik-Transfer“ beim 4. Kolloquium im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Freiburg am 10.5.1996 (Floeting).
- Vortrag „Multimedia, informationstechnische Vernetzung und Regionalentwicklung“ beim Workshop „Regionale Erneuerung und Multimedia“ der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart in Baden-Württemberg am 20. 7. 1996 (Floeting).
- Vortrag „Weiche Standortfaktoren“ in der Seminarreihe des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) am 11.1.1996 in Mannheim (Grabow).
- Vortrag „Weiche Standortfaktoren und Stadtmarketing“ auf einer Veranstaltung des Marketing-Club Berlin am 15.1.1996 in Berlin (Grabow).



AB2



andere
Aktivitäten

- Vortrag „Stadtmarketing“ im Rahmen einer Auftakt-Veranstaltung zum Stadtmarketing am 1.3.1996 in Döbeln (Grabow).
- Vorstellung der Projekte und Vorhaben zum Thema „Lokale IuK-Politik“ und „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ bei den Ansprechpartnertreffen des Difu am 1.2. in Berlin, 7.3. in Dortmund und 8.3.1996 in Esslingen (Grabow).
- Vortrag „Stellenwert des Image für die Stadtentwicklung“ bei der Initiative „Pro Schwerin“ am 17.4.1996 in Schwerin (Grabow).
- Vortrag „Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten bei den Kommunen in Bezug auf das Internet“ beim Workshop „Kommunen und Internet“ im Rahmen des Kongresses/der Fachausstellung „digital & online“ am 9.5.1996 in Stuttgart (Grabow).
- Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Unternehmen und Kommunen: Ansätze einer partnerschaftlichen Kooperation“ bei dem Symposium „Wirtschaftsförderung: Dialog zwischen Kommunen und Wirtschaft“, veranstaltet von „wir.“ (Wirtschaftsinitiativen für Deutschland e.V.) und vom BMWi, 22.5.1996, Potsdam (Grabow).
- Mitwirkung an der Podiumsdiskussion „Ziele im Hinblick auf die Standortfaktoren in der Vermarktung der Stadt“ im Rahmen der 2. „WerkStadt Berlin“ am 19.6.1996 (Grabow).
- Teilnahme am Arbeitsgespräch zum Gutachten „Flächenbedarf, Standortanforderungen und Mobilität des produzierenden Gewerbes in Berlin“ bei der IHK Berlin am 14.8.1996 (Grabow).
- Teilnahme bei den „5. Deichmannsauer-Gesprächen“ zum Thema „Telematik und Raumentwicklung“ von Bundesbauminister Prof. Töpfer, 11.9.1996, Bonn (Grabow).
- Entgegennahme des August-Lösch-Preises der Stadt Heidenheim für die Studie „Weiche Standortfaktoren“ am 14.9.1996 in Heidenheim (Grabow, Henckel, Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Stadtmarketing-Strategien in Klein- und Mittelstädten“ bei der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStG) am 4.11.1996 in Waltershausen (Grabow).
- Teilnahme an der Arbeitsgruppe „Multimedia-Anwendungen in den Städten“ des Forums Info 2000 (Teil des Aktionsplans „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Federführung BMWi und BMBF) am 18.12.96 in Bonn (Grabow).
- Ständiger Gast im Ausschuß für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages (Henckel).
- Werkbank „Prioritäten“ im Rahmen des Stadtforums Berlin am 16.1.1996 (Henckel).
- Fachgespräch „Arbeitsstätten der Zukunft“ der Stadtentwicklungsbehörde zusammen mit der Hamburger Wirtschaft am 29.1.1996 in Hamburg (Henckel).
- Epilogue Meeting im Rahmen des C.A.P.A.Cities-Projekts am 31.1./1.2.1996 in Brüssel (Henckel).
- Treffen europäischer Spitzenverbandsnaher Forschungsinstitute, am 16.2.1996 in Den Haag (Henckel).
- Vortrag über „Grenzen der Beschleunigung“ bei der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, am 14./15.3.1996 in Schwerin (Henckel).
- Hearing zur Gewerbeflächensituation am 21.3.1996 in Bremen (Henckel).
- Hearing zur Entwicklungskonzeption des Frankfurter Osthafens am 19./20.4.1996 in Frankfurt/M. (Henckel).
- Kickoff-Meeting zur Delphistudie des BMBF am 24.4.1996 in Bonn (Henckel).
- Vortrag und Workshop zu „städtischen Rhythmen“ im Rahmen der Veranstaltung „Ökologie der Zeit“ der Zeitakademie Tutzing am 1.-5.5.1996 in Tutzing (Henckel).
- Vortrag „Auf dem absteigenden Ast? Die Region Stuttgart im Vergleich“, Städtebauliches Institut der Universität Stuttgart am 14.5.1996 (Henckel).



- Europasymposion: Die Rolle der Städte in einem Europa der Regionen, Vortrag „Globalisierung und Informationsgesellschaft: Die Auswirkungen auf die Städte“ und Moderation des Workshops „die Auswirkungen neuer Informations- und Telekommunikationstechnologien auf die Stadtentwicklung und kommunale Handlungsansätze“ am 23./24.5.1996 in München (Henckel).
- Vortrag „Zukunft der Flächeninanspruchnahme – Möglichkeiten der Steuerung“, Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft am 31.5.1996 in Bremen (Henckel).
- Hearing der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ zum Thema „Soziale Entwicklungen und Innovationen im Lebensbereich Bauen und Wohnen“ am 3./4.6.1996 in Bonn (Henckel).
- Vortrag „Zeit und Stadt – ein Arbeitsprogramm“ im Rahmen der 56. Sitzung des Stadtforums Berlin am 7.6.1996 (Henckel).
- Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der ÖTV-Tagung „Zeiten der Kommune“ am 6./7.9.1996 in Hamburg (Henckel).
- Vortrag „Zukunft der kommunalen Wirtschaftsförderung“ im Rahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages am 12.9.1996 in Friedrichshafen (Henckel).
- Vortrag „Tempi della città. Politica temporale nelle comuni in Germania“ im Rahmen der internationalen Konferenz „The Policies of Time in an European Perspective“ am 20./21.9.1996 in Aosta (Henckel).
- Vortrag „Zukunftstendenzen städtischer Entwicklung“ im Rahmen der Tagung „Zukunftspotentiale der Immobilienstandorte Leipzig und Dresden“ des Institute for International Research am 9.10.1996 in Leipzig (Henckel).
- Workshop „Ökologie der Zeit“ Schweisfurth-Stiftung/Evangelische Akademie Tutzing am 21./22.10.1996 in München (Henckel).
- Vortrag „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft – Projektergebnisse“ im Rahmen der 47. Sitzung der Fachkonferenz „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages am 24./25.10.1996 in Bremen (Henckel).
- Vortrag „Thesen zur Zukunft der Produktion in der Stadt“ im Rahmen des Fachgesprächs „Von der Gewerbeflächensicherung zur aktiven Gewerbeflächenpolitik“ der IHK, Berlin, am 5.11.1996 (Henckel).
- Workshop „Entscheidungsfelder regionaler Zukunft“ zusammen mit der Stadt Bonn und den Kreisen Ahrweiler und Rhein-Sieg am 7.11.96 in Bad Neuenahr (Grabow, Henckel, Reidenbach).
- Vortrag „Flächen sparen, Verkehr reduzieren“ im Rahmen des ARL-Arbeitskreises „Flächenhaushaltspolitik“ am 15.11.1996 in Hannover (Henckel).
- Gastprofessur am Fachbereich Architektur der TU Berlin für das Fachgebiet Stadtökonomie bis 30.9.1996 (Henckel).
- Vortrag „Aktuelle Anforderungen an die Akteure in Großstädten“, RWTH Aachen am 2.12.1996 (Henckel).
- Vortrag „Beschleunigung und Stadt“, Universität Stuttgart am 3.12.1996 (Henckel).
- Workshop „Zeiten der Stadt“, Angestelltenkammer Bremen am 10.12.1996 (Henckel).
- Geschäftsführung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hollbach-Grömig).
- Teilnahme am projektbegleitenden Ausschuß zum Forschungsauftrag „Mittelstandsförderung in Deutschland“ des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung [RWI], im Auftrag des BMWi am 12.4.1996 in Bonn (Hollbach-Grömig).
- Europasymposium: „Die Rolle der Städte in einem Europa der Regionen“, Vortrag „Veränderungen der Verkehrszentralität und der Standortfaktoren durch Hochgeschwindigkeitsverbindungen in Europa“, Moderation des Workshops „Mobilität und Transeuro-

AB2



andere
Aktivitäten

päische Netze – Anforderungen der Städte“ am 23./24.5.1996 in München (Hollbach-Grömig).

- Vorbereitung und Mitwirkung am Workshop „Nachhaltige Stadtentwicklung“ (gemeinsam mit dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. [IRS] und dem Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg [ISW]) am 6.6.1996 in Berlin (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Kommunale Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland“, Klausurtagung der PDS-Fraktion Potsdam am 10.8.1996 in Altruppin (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Überblick über die kommunale Forschungslandschaft“, Studiengang Public Management der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) und der Fachhochschule für Verwaltung und Recht (FHVR), 30.10.1996, Berlin (Hollbach-Grömig).



6. Veröffentlichungen

6.1 Difu-Publikationen

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- Band 21: Beate Hollbach-Grömig, Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren. Ergebnisse einer Umfrage, Berlin 1996.
- Band 22: Michael Reidenbach, Kommunale Standards in der Diskussion. Setzung und Abbau von Standards am Beispiel der Kindergärten, Berlin 1996.

Materialien

- 1/96
Busso Grabow (Hrsg.), Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“, Berlin 1996.
- 4/96
Michael Reidenbach (Hrsg.), Kommunale Finanzen. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“, Berlin 1996.
- 5/96
Holger Floeting (Hrsg.), Medien, Kommunikation und Stadtentwicklung. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“, Berlin 1996.

Aktuelle Information

- Busso Grabow, Werner B. Korte, Telematik, Teledienstleistungen und Kommunalpolitik, Berlin 1996.
- Claudia Kaiser (ext.), Stadtmarketing – eine Bestandsaufnahme in deutschen Städten, Berlin 1996.



6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Matthias Eberling, Beschleunigung und Politik. Zur Wirkung steigender Geschwindigkeiten des ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Wandels auf den demokratischen Staat, Frankfurt/M. 1996 (Sozialwissenschaften, Bd. 9).
- Holger Floeting, Busso Grabow, Medien, Kommunikation und Stadtentwicklung, in: Der Bayerische Bürgermeister, 1996, H. 3, S. 102-105.
- Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Standort Deutschland – WorkshopPaket. Handlungsfelder für kommunale Entscheider und mittelständische Unternehmer, Bonn 1996 (Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig mit verschiedenen anderen Autoren).
- Busso Grabow, Städte und Telematik – von der chaotischen Entwicklung zur fokussierten Strategie, in: Zukünfte, 1996, H. 17. S. 35-37.

**ARBEITSBEREICH 3:
UMWELT**

AB3

ARBEITSBEREICH 3: UMWELT

AB3

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dipl.-Ing. Angela Brockmann
Dr.-Ing. Annett Fischer
Dipl.-Pol. Beata Häfner
Dipl.-Pol. Carlo Kallen
Dipl.-Sozialökonom Jens Libbe
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

Sachbearbeitung

Doris Becker (50 %)
Eike Grottker (75 %)
Dipl.-Ing. FH Alexander Kern (50 %) (bis 31.5.1996)
Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß
Monika Stolina M.A.

Sekretariat

Katrin Adam (50 %)
Beatrixe Albrecht
Doris Becker (50 %)
Maria-Luise Hamann (75 %)



1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Informations- und Beratungsangebot für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern (Phase II)

Die positiven Ergebnisse des Projekts „Entwicklung eines Informations- und Beratungsangebots für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern“ (Phase I) und der weiterhin bestehende Beratungsbedarf der Kommunen in den neuen Bundesländern hatten das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt dazu veranlaßt, die Förderung des F+E-Vorhabens „Informations- und Beratungsangebot für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern“ (Phase II) fortzusetzen. Das Projekt wurde mitgetragen vom Deutschen Städtetag, Deutschen Städte- und Gemeindebund und Deutschen Landkreistag.

Aufbauend auf den in Phase I erarbeiteten Ergebnissen, wurden in der Projektphase II verstärkt verfahrensbezogene Aufgabenstellungen verfolgt, um damit den Kommunen Unterstützung bei der praktischen Umsetzung vermitteln zu können, z.B. durch Aufbereitung von Verfahrensabläufen und den Nachweis von beispielhaften Vorhaben.

Das Leistungsangebot der Projektphase II des Projekts umfaßte folgende Leistungen und Teilprojekte:

- Auskünfte zu Institutionen und Experten im Umweltschutz,
- Hinweise zur Organisation und Aufgabenentwicklung im kommunalen Umweltschutz,
- Leitfaden zum Aufbau eines Baumkatasters,
- Dokumentationen ausgewählter Umweltliteratur mit Einführung in die Themen:
 - ▲ Themenheft: Bodenschutz,
 - ▲ Themenheft: Kommunales Energiemanagement,
- Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Umweltschutz,
- Arbeitshilfe zu Grün- und Freiflächenanforderungen in der Landschafts- und Bauleitplanung,
- Fortschreibung des Leitfadens „Kommunale Umweltberichte“,
- Materialien zur umweltgerechten Gestaltung von Freizeit, Naherholung und Tourismus,
- Wanderausstellung „Stadt • Land • Fluß – Umweltschutz in der Kommune“ (Rösler, Brockmann, Kallen, Preuß, Stolina u.a.).

1.2 Förderung von Orientierungsberatungen für Kommunen in den neuen Bundesländern

Das Difu führte ab November 1991 ein im Interesse der Städte, Gemeinden und Kreise konzipiertes Förderprojekt mit Mitteln (12 Mio. DM) der Deutschen Bundesstiftung Umwelt durch. Den Kommunen in den neuen Bundesländern wurde bis Ende Oktober 1996 die Möglichkeit geboten, kompetente Umweltexperten zur Erarbeitung und Überprüfung von Lösungskonzepten für ihre örtlichen Umweltprobleme heranzuziehen.

Für eine Orientierungsberatung wurden Beratungskosten bis zu 4 000 DM angesetzt, wovon die Kommunen auf Antrag 85 Prozent erstattet bekamen. Antragsberechtigt waren alle Kommunen der neuen Bundesländer. Bis Ende 1996 wurde insgesamt für 2 742 Beratungen die Zuwendung von maximal 3 400 DM pro Beratung und Kommunen gefördert. Gefragt waren vor allem Beratungsleistungen zur Abwasserbeseitigung, Erfassung und Erst-

AB3



abgeschlossene
Projekte

bewertung von kommunalen Müllablagerungen, Altlastenerkundung, zum Energiesparen, für Konzepte zur ökologischen Ortsentwicklung und Landschaftsgestaltung, zum umweltverträglichen Fremdenverkehr, Gewässerschutz und -sanierung sowie bei ökologischen Fragen zu Flächennutzungsplänen, Freiflächen- und Landschaftsplanung. Zusätzlich wurde eine modellhafte Beratung in größerem Umfang zur Berücksichtigung energetischer Aspekte bei der Sanierung denkmalgeschützter Gebäude für die Stadt Wernigerode durchgeführt.

Zur Beurteilung der Auswirkungen des Beratungsprogramms wurde eine Kurzumfrage bei den Kommunen durchgeführt. Ziel der Umfrage war es, Informationen über den Umsetzungs- und Durchführungsprozeß der in den Beratungen vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen zu erhalten. Insgesamt sind 1 180 Kommunen zu den vier Themenbereichen Abwasser, Abfall/Altlasten, Energie und Landschaftsplanung/Ortsentwicklung/Naturschutz befragt worden, von denen sich 509 (= 43 Prozent) an der Umfrage beteiligt haben.

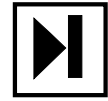
Die Auswertung der Umfrage ergab, daß die Orientierungsberatungen für die Kommunen wichtige Entscheidungsprozesse herbeigeführt haben. Insbesondere sind für die Hauptnachfrager des Programms, die kleinen Gemeinden unter 1 000 Einwohnern, über den „orientierenden“ Charakter hinausgehende Lösungsansätze und deren Umsetzung initiiert worden. Bei mehr als zwei Drittel der Kommunen haben die Beratungen erste Lösungsvorschläge sowie fast in jeder Kommune konkrete Planungsgrundlagen geliefert. Ebenfalls wurden in zwei Drittel der Fälle bereits Umsetzungsmaßnahmen, z.B. Planungen zum Bau von Kläranlagen oder der Ortsentwässerung, Heizungsumbau, Wärmedämmmaßnahmen oder die Warmwasseraufbereitung durch Solarenergie durchgeführt. Etwa die Hälfte der Kommunen hat aufgrund der Beratung Fördermittel beantragt, von denen ein Drittel bereits bewilligt wurde.

Zum Abschluß des Projekts hat am 11. und 12.11.1996 im Difu ein zweitägiger Erfahrungsaustausch mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und den Projektträgern der gesamten Orientierungsberatungsprogramme für die Kommunen, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die Gewerkschaften stattgefunden. In dem Gespräch wurde über die Ergebnisse der Beratungsprogramme sowie speziell über das Thema „Rationelle Energieverwendung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“ informiert und diskutiert (Brockmann, D. Becker, Fischer, Kern, Preuß).

1.3 Kommunale Klimaschutzprogramme (Phase II): Leitfaden für die Erarbeitung kommunaler Programme zur Verminderung von CO₂- und anderen Treibhausgasemissionen

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sowie das Umweltbundesamt (UBA) beauftragten das Difu, einen Leitfaden zum kommunalen Klimaschutz zu erstellen. Das Projekt Kommunale Klimaschutzprogramme hatte eine Laufzeit von Januar 1994 bis Dezember 1996.

Die Bearbeitung erfolgte in einem zweistufigen Verfahren. Als Zwischenergebnis wurde die Broschüre „Kommunaler Klimaschutz in der Bundesrepublik Deutschland“ für das BMU erstellt, die auf dem Berliner Klimagipfel durch Bundesministerin Angela Merkel präsentiert wurde. Für die wichtigsten Themen wurden darin von Experten „Bausteine“ entwickelt, die Darstellungen und Anleitungen für die kommunale Praxis vorstellen. Zu dieser Aufsatzsammlung haben 32 Experten aus wissenschaftlichen Instituten, Verbänden und



der kommunalen Praxis Beiträge geleistet. Sie wird in der Reihe „Umweltpolitik“ des BMU bundesweit und international (auch in englischer Übersetzung) vertrieben.

In der zweiten Stufe erfolgte die Entwicklung des Leitfadens „Klimaschutz in Kommunen“ in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Praxis. Hierzu wurde eine Reihe von kommunalen Workshops und Gesprächsrunden organisiert und durchgeführt. Der Dialog mit Städten und Gemeinden, die ihre Möglichkeiten der CO₂-Minderung ausschöpfen wollen, verdeutlichte den Bedarf nach einem konstruktiven fachlichen Austausch sowie nach konkreten Handlungsempfehlungen. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Städten und Gemeinden beteiligten sich an der Konzeption und Ausarbeitung des im Rahmen des Projekts erstellten Leitfadens.

Der Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ wird im Februar 1997 in einer Erstauflage von 2 000 Exemplaren in der Difu-Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ veröffentlicht. Er bietet den Kommunen umfangreiche Fachinformationen sowie Praxisbeispiele zur Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen Klimaschutzprogrammen. Über die Konzepterstellung hinaus werden zentrale Umsetzungsinstrumente wie die Stadtplanung, Öffentlichkeitsarbeit oder Finanzierung behandelt. Spezifische Ansätze und Klimaschutzmaßnahmen für die wichtigsten Handlungsfelder Energie, Verkehr sowie Abfall und Abwasser werden ausführlich dargestellt. Diese Neuerscheinung wird unter anderem auf der UTECH-Veranstaltung „Klimaschutz konkret“ im Februar 1997 in Berlin präsentiert (Mäding, Fischer, Kallen, Stolina u.a.).

1.4 Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern (Pilotphase)

Gemeinsam mit dem Institut für Organisationskommunikation (IFOK), Bensheim, führte das Difu die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Pilotphase der „Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ durch. Das Ziel dieser Pilotphase bestand darin, das Instrument „Energie-Tische“ grundsätzlich auf seine Anwendbarkeit zu testen, um es in einer anschließenden Projektphase mehreren bundesdeutschen Städten zur Verfügung stellen zu können. Hierzu wurden zunächst in drei Städten – Bensheim, Dessau und Heidelberg – Energie-Tische eingerichtet. Die Mitwirkung des Difu bezog sich auf die fachliche Betreuung der Energie-Tische.

Als Ergebnis jedes Energie-Tischs wurden Projekte angestrebt, in denen die am Tisch vertretenen Institutionen bzw. Personen aktiv mitwirken. In Heidelberg erarbeiteten die Energie-Tisch-Akteure eine Konzeption für ein gemeinsames Vorgehen aller bei Bauvorhaben, damit zukünftig Standardreparaturen und Sanierungen im Gebäudebestand gleichzeitig für Maßnahmen zur Energieeinsparung und CO₂-Minderung genutzt werden. In Bensheim führen die Energie-Tisch-Akteure mehrere Projekte durch, um die Bürger für Energiesparmaßnahmen sowohl im Neubau- als auch im Altbaubereich zu sensibilisieren, so z. B. durch einen Wettbewerb für Sanierungskonzepte, Informationsveranstaltungen für Bürger oder die Konzeption eines Fördermittelprogramms. Am Energie-Tisch Dessau beschäftigte man sich mit Energiesparmöglichkeiten in privaten Haushalten. Hier entstand eine Konzeption für ein Energieberatungszentrum, welches im Rahmen eines Senior-Expert-Services von einzelnen Energie-Tisch-Akteuren aktiv unterstützt wird. In allen drei Städten haben sich im Anschluß an die Energie-Tisch-Runden Gruppen gebildet, die an den verschiedenen Themen zur CO₂-Minderung in ihrer Stadt weiterarbeiten werden (Mäding, Fischer, Kallen).

AB3



abgeschlossene
Projekte

1.5 Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas (Phase II) – Fortführung in Tschechien und Ungarn, Erweiterung auf Bulgarien

Seit nunmehr vier Jahren engagiert sich das Difu für demokratische Verwaltungsstrukturen in Mittel- und Osteuropa im Rahmen des Transformprogramms der Bundesregierung. Dem Projekt „Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas“ (MOE-Projekt) liegt die Idee zugrunde, daß die seit der Vereinigung Deutschlands in den neuen Bundesländern gesammelten Erfahrungen im kommunalen Umweltschutz aufgrund ähnlicher Ausgangsbedingungen auch für die demokratische Umgestaltung in Mittel- und Osteuropa von Nutzen sind. 1996 wurde die zweite Phase des Projekts abgeschlossen, in der elf Arbeitshilfen auf bulgarisch, tschechisch und ungarisch zu folgenden Themen fertiggestellt wurden:

- Tschechien
 - ▲ Umweltatlas. Leitfaden mit Praxisbeispielen für die Erarbeitung kommunaler Umweltatlanten
 - ▲ Themenheft „Naturschutz“
 - ▲ Themenheft „Gewässerschutz“
 - ▲ Leitfaden zur umweltfreundlichen Beschaffung in Kommunen
 - ▲ Materialien zur kommunalen Umweltverträglichkeitsprüfung
- Ungarn
 - ▲ Themenheft „Naturschutz“
 - ▲ Themenheft „Gewässerschutz“
- Bulgarien
 - ▲ Querschnittsheft „Abfallwirtschaft/Gebühren“
 - ▲ Materialien zur kommunalen Umweltverträglichkeitsprüfung
 - ▲ Querschnittsheft „Abwasserbehandlung/Gebühren“
 - ▲ Themenheft „Gewässerschutz“

Damit liegen nun (zusammen mit Phase 1) insgesamt 26 Veröffentlichungen in vier Sprachen vor, die an die leitenden Mitarbeiter für Umweltschutz in den Stadtverwaltungen Tschechiens, Bulgariens, Ungarns sowie der Slowakei (nur erste Projektphase) verteilt wurden.

In der zweiten Phase des Projekts wurden insgesamt fünf Seminare zu den Themen

- „Abfallwirtschaft“ am 25./26.10.1994 in Balatonfüred, Ungarn,
- „Abwasserbehandlung/Gewässerschutz“ am 6./2.1995 in Prag, Tschechien,
- „Naturschutz“ am 23./24.3.1995 in Gödöllő, Ungarn,
- „Naturschutz“ am 11.5.1995 in Prag, Tschechien,
- „Abfallwirtschaft“ am 21./22.6.1995 in Sofia, Bulgarien

durchgeführt. Insgesamt fanden bisher zehn Seminare in Mittel- und Osteuropa statt. Für einen breiten Leserkreis in der Bundesrepublik (Zuwender des Difu, Städte mit Partnerschaften in Mittel- und Osteuropa, Ministerien, andere Behörden und Institutionen sowie private Interessenten) wurden Berichte zur Umweltsituation in Tschechien und Ungarn herausgegeben, die ausgehend von den Erfahrungen des Projekts Basisinformationen zu kommunalen Strukturen und zur Umweltsituation aus erster Hand anbieten (Sander [AB 5], Häfner, Grottker).



2. Laufende Projekte

2.1 Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse

Die Funktion des Difu als Mittler zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis war 1991 Anlaß für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), das Institut für die Organisation, Strukturierung und Begleitung seiner Forschungsförderung auf dem Gebiet der Stadtökologie zu gewinnen. Seit dieser Zeit wurde das Förderkonzept „Ökologische Konzeptionen für Städte (Stadtökologie)“ vom Difu betreut. Mit dem im September 1995 begonnenen Projekt „Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse“ wird diese Arbeit fortgeführt.

Die Arbeit des Difu im Rahmen des „Forum Stadtökologie“ soll wissenschaftliche Erkenntnisse über stadtökologische Zusammenhänge aufzeigen, Lösungsansätze der kommunalen Praxis vermitteln und Handlungsempfehlungen breit streuen. Gleichzeitig werden die Reaktionen zu den BMBF-Forschungsaktivitäten aus der Praxis abgerufen und an die entsprechenden Auftragnehmer des BMBF weitergegeben. Übertragbare Grundsätze und Vorgehensweisen sollen im Prozeß des Erfahrungsaustauschs zwischen Wissenschaft und Praxis sowie des Lernens voneinander entwickelt werden. Die Initiierung dieses Lernprozesses über verschiedenartige Methoden des Wissenstransfers ist als zentrale Aufgabe des Vorhabens zu sehen.

Im Rahmen des gesamten Projekts wird ein deutlicher Schwerpunkt auf den Einsatz elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologie gelegt. Ein sogenanntes Online Forum Stadtökologie gibt Informationen unter anderem über relevante Literatur zum Thema und über die BMBF-Projekte, dient aber auch als allgemeine Nachrichten- und Mitteilungsbörse. Ein besonderer Schwerpunkt besteht im Aufbau einer „Gute Beispiele Sammlung“, in der in Kurzform innovative Projekte im Internet präsentiert werden. Das Projekt Stadtökologie ist seit Mai 1996 über folgenden E-Mail bzw. Internetanschluß zu erreichen: stadtoekologie@difu.de
<http://www.difu.de/stadtoekologie>

Zum zielgruppengerechten Aufbau des Datennetzwerks wurden begleitend unterstützende Maßnahmen ergriffen: Zu Beginn des Jahres wurde eine Kurzumfrage zur Nutzung von Online-Informationen zum Thema Stadtökologie in den Ämtern für Stadtentwicklung/Stadtplanung und für Umwelt durchgeführt. Die Umfrageergebnisse geben uns einen Überblick über die technische Ausstattung der Ämter, bestehende Online-Zugänge sowie über die Planungen für derartige Systeme. Das Ergebnis zeigte auch, daß im Laufe der nächsten zwei Jahre voraussichtlich rund zwei Drittel der befragten Ämter einen Online-Anschluß haben werden und bezogen auf Informationsarten und Dialogformen die Präsentation von Praxisbeispielen mit Modellcharakter sowie der Nachrichtenaustausch und die Kommunikation zwischen Kommunen besonders gewünscht wird.

Ferner wurden zwei Informations- und Demonstrationsveranstaltungen zum Difu-Internetdienst für die Kommunen im Difu am 30.8.1996 sowie beim Deutschen Städtetag am 11.10.1996 in Köln für kommunale Anwenderinnen und Anwender durchgeführt.

Des weiteren werden während der Laufzeit des Projekts Stadtökologie-Seminare sowie Workshops veranstaltet. Hinzu kommen mehrere Vor-Ort-Seminare in deutschen Städten. Der Erfahrungsaustausch mit Kommunen hat neben der Präsentation vorliegender For-

AB3



laufende
Projekte

schungsergebnisse zum Ziel, Anregung und Kritik rückzukoppeln und eventuell weiteren Forschungs- und Entwicklungsbedarf zu identifizieren. Erwartungen bzw. Bedarfe, die seitens der Kommunen an die laufenden Projekte gerichtet werden, dienen der laufenden Überprüfung der Forschungsziele. 1996 wurden folgende Themen bearbeitet:

- Verkehrsentwicklung in Stadtregionen. Auswirkungen räumlicher und ökonomischer Trends, Handlungsansätze, 26.-27. Juni (Kühn [AB 5]),
- Flächensteuerung in Großstadtregionen – Ansätze für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, 28.-29. Oktober (Sander [AB 5]),
- Die sparsame Stadt: Least-Cost Planning im Verkehr, 2.-3. Dezember (Libbe).

Alle Veranstaltungen waren ausgebucht. Entsprechend dem Ziel des Projekts, einen Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltung/Politik herzustellen, nahmen jeweils Vertreterinnen und Vertreter aus den relevanten Gruppierungen teil. Die Ergebnisse werden nachbereitet und in der Reihe „Forum Stadtökologie“ veröffentlicht.

Als dritter Schwerpunkt des Transfers konnte 1996 dreimal der neue Informationsdienst „Forum Stadtökologie“ über das Forschungsfeld herausgegeben werden. Dort wurde unter anderem über die oben genannten Veranstaltungen in Kurzform berichtet, das Online Forum vorgestellt sowie die Ergebnisse der genannten Umfrage ausführlich präsentiert. Gleichzeitig stellten einige der im Förderschwerpunkt involvierten Forschungsnehmer ihre Arbeitsergebnisse vor. Der Informationsdienst wurde als Anlage zu den „Difu-Berichten“ jeweils breit gestreut.

Das Gesamtprojekt hat eine Laufzeit bis Februar 1999 (Sander [AB 5], Libbe u.a.)

2.2 TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb

Im Rahmen des Projekts wurde der inhaltliche und methodische Rahmen für ein Wettbewerbsverfahren zur ökologisch orientierten und nachhaltigen Entwicklung in Gemeinden bis 10 000 Einwohner der neuen Bundesländer entwickelt. Ziel des Projekts ist es, beispielhafte umweltverträgliche Vorhaben ausfindig zu machen, die gleichzeitig ökonomische oder soziale Bedeutung haben. Vor diesem Hintergrund wird jährlich bis zum Jahr 2000 ein Wettbewerb ausgelobt und eine Auszeichnung von bis zu fünf Gemeinden oder Initiativen aus Gemeinden durchgeführt (Vorprüfung, Jurierung, Preisverleihung).

Am 9. Juni 1996 fand die zweite Preisverleihung des Wettbewerbs im Bürgerschaftssaal der Hansestadt Wismar statt. Ausgezeichnet wurden die Gemeinden Ahrenshagen (Mecklenburg-Vorpommern), Breitenhain (Thüringen), Gerswalde (Brandenburg) und Mölbis (Sachsen) sowie die Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Ökodorf e.G. Groß Chüden (Sachsen-Anhalt). Die Preisträger erhielten neben einer Urkunde eine Buchdokumentation und einen Videofilm, die ausführlich über den jeweiligen „TAT-Ort“ und die prämierten Vorhaben informieren. Anlässlich der Preisverleihung wurde auch eine Ausstellung über die Wettbewerbsgewinner 1996 präsentiert.

Der Sinn des „TAT-Orte“-Wettbewerbs liegt zum einen in der öffentlichen Anerkennung der vorbildlichen Beispiele. Die Herstellung von Öffentlichkeit weckt dabei nicht nur Interesse an den erfolgreichen Vorhaben weit über die Region hinaus, Erfahrungsaustausch und Bekräftigung des Selbstwertgefühls durch Anerkennung sind oft auch Ausgangsbasis



für neue Ziele und Erfolge. Zum anderen liegt der Sinn darin, daß die prämierten Beispiele Schule machen. Die Buchdokumentation und das Video dienen auch dazu, andere Gemeinden und Initiativen zu inspirieren und damit Mut zu eigenen Aktivitäten zu machen. Zu diesem Zweck wurde auch ein Jahreskalender 1997 mit Bildmotiven der Preisträger 1996 entwickelt.

Die mehrjährige Durchführung des Projekts wird im Jahr 2000 als Längsschnittanalyse der ökologisch orientierten Entwicklung von Gemeinden aufbereitet. Nach drei Wettbewerben wird eine Ausweitung des Projekts auf die alten Bundesländer geprüft (Rösler, D. Becker, Brockmann, Preuß, Stolina u.a.).

2.3 Lokale Agenda 21. Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse in deutschen Städten

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde die wechselseitige Abhängigkeit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung weltweit anerkannt. Die dort formulierte Agenda 21, in der Teilnahme und Mitarbeit der Kommunalverwaltungen hervorgehoben werden, enthält wichtige Grundsätze einer umweltgerechten, zukunftsfähigen Entwicklung.

Zahlreiche Aktivitäten in vielen kommunalen Handlungsfeldern haben bereits zur Verbesserung der Umweltqualität beigetragen und neue Umweltschäden verhindert. Die Zielsetzungen einer umweltgerechten Entwicklung in den deutschen Städten existieren also nicht erst seit Rio – neu ist jedoch die Herangehensweise. Die Kommunen stehen auf ihrem Weg zu einer Lokalen Agenda 21 nicht erst am Anfang. Sie sind nun gefordert, ihre Handlungsvorschläge zu einer vorsorgenden Umweltpolitik im Dialog mit der Öffentlichkeit weiterzuentwickeln und umzusetzen.

Ziel des Projekts ist es, die Kommunen bei der Weiterentwicklung vorhandener Ansätze durch die Auswertung der aktuellen Erfahrungen in den Städten zu unterstützen und die Ergebnisse für den kommunalen Erfahrungsaustausch aufzubereiten. Da bisher noch kein umfassender Überblick über die Aktivitäten deutscher Städte zur Lokalen Agenda 21 vorlag, wurde zu Beginn des Jahres 1996 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag (DST) eine Umfrage bei den unmittelbaren Mitgliedstädten des DST durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs präsentiert, der am 29.4.1996 mit rund 100 Vertretern der deutschen Städte in Köln stattfand. Der Erfahrungsaustausch wurde in der Veröffentlichungsreihe „Umweltberatung für Kommunen“ dokumentiert. Um den Entwicklungsprozeß der Lokalen Agenda 21 in den deutschen Städten bilanzieren zu können, ist eine zweite Umfrage im Januar 1997 geplant. Der zweite interkommunale Erfahrungsaustausch ist dann für den 24./25.4.1997 im Deutschen Institut für Urbanistik vorgesehen (Rösler, D. Becker, Fischer, Kallen, Preuß).

2.4 Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas (Phase III) – Fortführung in Tschechien, Ungarn und Bulgarien

Das Projekt „Arbeitshilfen für den kommunalen Umweltschutz in den Ländern Mittel- und Osteuropas“ (MOE-Projekt) hat 1996 eine dritte Projektphase begonnen (vgl. 1.5.), die bis 1998 konzipiert ist. Sie sieht die Fortführung des Transfers von Erfahrungen des kommunalen Umweltschutzes in drei Länder (Bulgarien, Tschechien, Ungarn) vor. Um der gestiegenen Nachfrage Rechnung zu tragen, werden in Tschechien und Ungarn aktualisier-

AB3



laufende
Projekte

te Nachauflagen herausgegeben und neben weiteren Themenheften ausführlichere Materialienbände zu einem speziellen Umweltthema vorbereitet:

- Ungarn
 - ▲ Überarbeitung der Hefte zum Thema „Abwasser“ sowie „Abfall“
 - ▲ Arbeitshilfe „Kommunales Energiemanagement“
 - ▲ Arbeitshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“
 - ▲ Materialienband „Bausteine für kommunale Klimaschutzkonzepte“
- Tschechien
 - ▲ Überarbeitung der Hefte zum Thema „Altlasten“ sowie „Abfall“
 - ▲ Arbeitshilfe „Bodenschutz“
 - ▲ Arbeitshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“
 - ▲ Materialienband „Revitalisierung von Industrieflächen“
- Bulgarien
 - ▲ Arbeitshilfe „Umweltatlas“
 - ▲ Arbeitshilfe „Kommunales Energiemanagement“
 - ▲ Materialienband „Getrennte Sammlung/Recycling“

Die Fachveranstaltungen sind als nachfrageorientierte Seminare, Workshops und Kolloquien zu konkreten Problemen der Stadtverwaltungen in Mittel- und Osteuropa konzipiert. Um dieses Programm durchzuführen, werden die Kooperationsstrukturen des Projekts ausgebaut und insbesondere Städtepartnerschaften für den Erfahrungsaustausch zu Umweltfragen sensibilisiert. 1996 wurden zwei Seminare durchgeführt:

- „Kommunaler Klimaschutz“ am 24./25.6.1996 in Gödöllö, Ungarn, und
- „Umweltfreundliche Beschaffung“ am 28./29.11.1996 in Prag, Tschechien,

sowie die Arbeit an den bis 1999 geplanten Publikationen in Angriff genommen (Häfner, Grottker).

2.5 Wissenschaftliche Begleitung sowie Unterstützung der modellhaften Erarbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 im Berliner Bezirk Köpenick

Seit Januar 1996 wird das Projekt im Auftrag des Umweltbundesamts als Teilvorhaben im Rahmen des Modellprojekts „Forum Umwelt und Entwicklung Köpenick“ – („Köpenicker Modell“) bearbeitet. Im Vordergrund steht hierbei die Unterstützung des Umweltamts (und ggf. der anderen Ämter) bei der konkreten Erarbeitung der Lokalen Agenda 21 durch Vermittlung von projektbezogenen, fachlichen Informationen und Weiterbildungsangeboten.

In Zusammenarbeit mit dem Bezirk wird geklärt, welche sektoralen Fachplanungen und Zuständigkeiten einen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele leisten können. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme erarbeitet, um auf dieser Grundlage präzise Vorschläge für ein geeignetes Vorgehen zur verwaltungsinternen Bearbeitung des Themas Lokale Agenda 21 in Köpenick zu entwickeln. Auf der Basis einer Stärken-Schwächen-Analyse wurden dem Bezirksamt im Frühjahr 1996 Vorschläge unterbreitet, die einen vorläufigen Arbeitsplan für die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe umfaßten. Abgesehen von der Bestandsaufnahme wurde unter anderem in Kooperation mit dem ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg, ein Seminar zum Energiemanagement für Mitarbeiter des Bezirksamts veranstaltet. Die Mitarbeiter der Projektgruppe „Lokale Agenda 21“ des Bezirksamts Köpenick wurden in den kommunalen Erfahrungsaustausch zum Klimaschutz und zur Agenda 21 eingebunden (z. B. Teilnahme an den Difu-Veranstaltungen auf der Umwelttechnologie-Messe UTECH 1996, Berlin).

86 Das Difu wurde eingeladen, moderierend den verwaltungsinternen Prozeß der Erarbeitung



der Lokalen Agenda 21 im Bezirk Köpenick zu unterstützen. Vom Umweltamt wurde zu diesem Zweck offiziell zu einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Lokale Agenda 21 in Köpenick“ eingeladen. Ausgangspunkt der Arbeitsgruppe war ein erster Entwurf zur Lokalen Agenda 21, der seit September 1996 in Köpenick öffentlich diskutiert wird. Auf der ersten vom Difu moderierten Sitzung der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe im November 1996 konnte eine abteilungsübergreifende Einigung über das weitere Vorgehen erzielt werden. In weiteren regelmäßigen Arbeitssitzungen soll bis Mitte 1997 ein abgestimmter Entwurf entstehen (Kallen, Fischer).

2.6 Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand: Analyse und Erarbeitung eines Leitfadens zur Nutzung des Potentials an Umweltschutzmaßnahmen (Vorstudie)

Mit einer Vielzahl von Umweltschutzmaßnahmen können nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Vorteile erschlossen werden. Unter den Stichworten „Öko-Audit“ oder „Öko-Controlling“ ist in jüngerer Zeit eine Reihe kommunaler Aktivitäten zu verzeichnen (Städte-Pilotprojekte, Forschungs-, Modellvorhaben usw.), deren Ziel es ist, in der Privatwirtschaft bewährte Verfahren des betrieblichen Umweltmanagements auf Bereiche der kommunalen Verwaltung oder ihrer Dienstleistungsbetriebe zu übertragen. Darüber hinaus liegen zahlreiche Arbeitsmaterialien zu Einzelfragen des Umweltmanagements wie z. B. umweltfreundliche Beschaffung, Energie- und Wassereinsparung in Gebäuden oder Abfallvermeidung vor. Eine umfassende Einführung von Umweltmanagement-Systemen (bzw. Umweltcontrolling-Systemen) in die Bereiche der öffentlichen Hand ist jedoch noch nicht zu verzeichnen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik und das ÖKOTEC-Institut für angewandte Umweltforschung, Berlin, wurden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Umweltbundesamt damit beauftragt, bis Mitte 1997 eine Vorstudie zum Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand durchzuführen. Ziel des Projekts ist insbesondere die Analyse der vorhandenen systematischen Ansätze zur Anwendung von Umweltmanagement-Instrumenten in öffentlichen Einrichtungen bei Bund, Ländern und Gemeinden. Aufgrund dieser Erfahrungen soll geprüft werden, ob die Erstellung eines Leitfadens zum Thema „Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand“ sinnvoll ist. Im Rahmen des Projekts werden zentrale Handlungsfelder untersucht, in denen Umweltentlastungseffekte erzielt werden können: Abfall, Beschaffung, Energieverbrauch, Wasserverbrauch, Abwasserentsorgung sowie Fuhrpark/Mobilität. Ein besonderer Schwerpunkt der Vorstudie besteht in der Ermittlung von Größenordnungen ökologischer und ökonomischer Einsparpotentiale in diesen Handlungsfeldern.

Die Einführung von Umweltcontrolling-Systemen bedeutet die Verknüpfung und Anwendung von Umweltmanagement-Instrumenten mit dem Ziel, ökonomische und zugleich ökologische Einsparpotentiale zu erschließen und deren Umsetzung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang kann eine Reihe von zum Teil bewährten Instrumenten zum Einsatz kommen, wie z.B. Umweltverträglichkeitsprüfung, umweltfreundliche Beschaffung, Energiemanagement in öffentlichen Gebäuden, rationelle Wassernutzung, Abfallvermeidung in öffentlichen Einrichtungen, Mobilitätsmanagement (Fuhrpark und Fahrverhalten), Umweltkennzahlensysteme, Umweltinformationssysteme, umweltorientierte Kosten- und Investitionsrechnungen, Öko-Bilanzen sowie Öko-Audit-Projekte. Während bezüglich der Aktivitäten und Konzepte im kommunalen Bereich eine Fülle von Material vorliegt, sind aus Bundes- oder Landeseinrichtungen erst vereinzelte Aktivitäten bekannt. Aus diesem

AB3



laufende
Projekte

Grunde wurde ein zweiseitiger Fragebogen für Bundes- und Landeseinrichtungen entwickelt, der kurzfristig und ohne umfangreiche Recherchen oder hausinterne Abstimmungen beantwortet werden kann.

Das Vorhaben ist an der Praxis orientiert. Von Anfang an sollen Fachleute aus den Verwaltungen in die Arbeiten einbezogen werden. Dazu wurde ein Fachbegleitkreis mit Vertreterinnen und Vertretern aus öffentlichen Verwaltungen eingerichtet, eine Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch der Fachleute ist zum Abschluß der Vorstudie geplant. Die im Zusammenhang mit diesem Projekt ermittelten Praxis-Erfahrungen sollen gegebenenfalls in einen Leitfaden einfließen. Über die Erstellung des Leitfadens wird nach der sechsmonatigen Vorstudie entschieden (Kallen, Libbe und Externe).



3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Bundesweite Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern (Hauptphase)

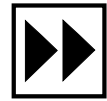
Aufgrund der positiven Erfahrungen der Pilotphase (vgl. 1.4) wird der Kreis der Modellstädte im Rahmen der „Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ erweitert. In der von der Deutschen Bundesstiftung bewilligten Hauptphase des Projekts werden sogenannte Energie-Tische in etwa 20 bundesdeutschen Städten durchgeführt.

An den Energie-Tischen prüfen Experten, Multiplikatoren und Bürger der jeweiligen Kommune Möglichkeiten zu eigenverantwortlichem Handeln zur CO₂-Reduzierung in ihrer Stadt. Als Ergebnis werden Projekte angestrebt, in denen die am Tisch vertretenen Institutionen bzw. Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Somit können die Energie-Tische als eine Möglichkeit der Partizipation der Bürger – als Ansatz zur Umsetzung der Anforderungen der Agenda 21 an Kommunen – betrachtet werden.

Um unverbindliche Diskussionen am Energie-Tisch zu vermeiden, wird in Abstimmung mit den Kommunen ein für die Stadt spezifisches Thema vorgegeben, um so die Energieanwendungsbereiche mit großem CO₂-Minderungspotential zu erschließen. An den Energie-Tischen beteiligen sich etwa 25 Bürgerinnen und Bürger bzw. Vertreterinnen und Vertreter einzelner Institutionen, die als Multiplikatoren in der Stadt wirken. Sie erarbeiten unter Leitung von Moderatoren und unterstützt durch den fachlichen Input von Expertinnen und Experten Lösungsvorschläge für ihre Stadt. Dabei sollen sie vor allem nach eigenverantwortlichen Handlungsmöglichkeiten der Bürgerschaft bzw. der Institutionen suchen und konkrete Projekte gemeinsam planen und umsetzen. An den Energie-Tischen wird durchschnittlich einmal pro Monat getagt. Für die Arbeit steht etwa ein Zeitraum von etwa sechs Monaten zur Verfügung. Zwischen diesen Sitzungen arbeiten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Arbeitsgruppen.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem Institut für Organisationskommunikation, Bensheim, durchgeführt. Das Difu betreut die Energie-Tische fachlich. Hierzu werden sowohl Beispielprojekte aus anderen Kommunen als auch wissenschaftliche Forschungser-

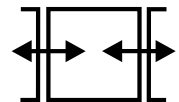
gebnisse verständlich aufbereitet und Experten zu einzelnen Detailfragen vermittelt. Darüber hinaus steht das Difu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Energie-Tische für Anfragen zur Verfügung. So können lokale Klimaschutzprojekte einerseits angeregt und andererseits durch Beratung unterstützt werden (Fischer, D. Becker, Kallen, Stolina).



projektvorbereitende
Arbeiten

4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- Arbeitsbereich „Fortbildung“
Mitwirkung am Seminar „Lärmschutz in der Stadt – Kommunale Strategien gegen den Lärm“ vom 26.-28.2.1996 (Rösler).



5. Andere Aktivitäten

- Vortrag „Grünfestsetzungen in Bebauungsplänen“ im Rahmen der Beratungen der Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege des Ministeriums für Landwirtschaft und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern am 16.4.1996 in Schwerin (Brockmann).
- Mitwirkung am Koordinationstreffen „Evaluierung der Orientierungsberatungsprogramme“ bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am 4.9.1996 in Osnabrück (Brockmann).
- Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung „Klimaschutz als lokale Gemeinschaftsaufgabe“ im Rahmen der UTECH Berlin am 29.2. und 1.3.1996 in Berlin (Fischer, Kallen)
- Vortrag „Energie-Tische als Ansatz zur CO₂-Minderung“ im Rahmen eines Seminars der „Arbeitsgruppe Energie und Ressourcen“ des Forums Köpenick am 6.3.1996 in Berlin (Fischer).
- Vorstellung der „Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ beim Netzwerk Klimabündnis Niedersachsen am 13.3.1996 in Hannover (Fischer).
- Vortrag „Runder Tisch Energie – Erste Erfahrungen einer bundesweiten Kampagne“ beim Norddeutschen Klimakongreß, der 4. Klima-Bündnis-Konferenz am 30./31.5.1996 in Hannover (Fischer).
- Vortrag „Energie-Tische zur CO₂-Verminderung“ auf dem Internationalen Symposium „Global Denken – Lokal Handeln. Umwelt braucht Partner“, 1.-7.6.1996, Trier (Fischer).
- Vortrag „Handlungsleitfaden für den kommunalen Klimaschutz – ein Überblick“ im Rahmen des Seminars „Kommunaler Klimaschutz“ der Sächsischen Akademie für Natur und Umwelt am 2.9.1996 in Dresden (Fischer).
- Vorstellung der Difu-Projekte zum kommunalen Klimaschutz auf der Umweltamtsleiterkonferenz am 2.10.1996 in Berlin (Fischer, Kallen).



AB3



andere Aktivitäten

- Vorbereitung, Durchführung und teilweise Moderation des 2. Fachkongresses der Energiebeauftragten am 7. und 8.10.1996 in Potsdam (Fischer, Kallen).
- Vortrag „Energie-Tische als Möglichkeit der freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ im Rahmen des Seminars „Energieeinsparen und Effizienzsteigerung. Rolle der Kommunen und Möglichkeiten der Ost-West-Zusammenarbeit“ der Grünen Liga am 8. und 9.10.1996 in Ostritz (Fischer).
- Vortrag „Kommunale Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz“ auf einem verwaltungsinternen Workshop der Stadtverwaltung Jena am 9.10.1996 in Jena (Fischer).
- Vortrag „Möglichkeiten energiesparender Urbanistik – Erfahrungen aus Deutschland“ und Mitwirkung an der Podiumsdiskussion auf der Veranstaltung des Ökoinstituts Südtirol „Energiesparen in der urbanistischen Planung“ am 25.10.1996 in Brixen (Fischer).
- Vortrag „Partizipatorische Instrumente im Klimaschutz am Beispiel der Energie-Tische“ auf dem vierten Erfahrungsaustausch „Orientierungsberatungen im Umweltschutz“ am 11. und 12.11.1996 in Berlin (Fischer).
- Moderation der 1. Sitzung der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Lokale Agenda 21 im Bezirk Köpenickin Berlin am 28.11.1996 (Fischer, Kallen).
- Stellungnahme zur Diskussion über ein Energiekonzept für die Stadt Dessau am 11.12.1996 (Fischer, Kallen).
- Moderation des Seminars „Ziele und Aufgaben der Kommunalverwaltung im Bereich des Umweltschutzes“ für leitende Mitarbeiter polnischer Kommunen am 17. und 19.6.1996 bei der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) (Häfner).
- Vortrag „Partizipation in der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik“ auf der Veranstaltung „Klimaschutz als lokale Gemeinschaftsaufgabe“ im Rahmen der UTECH Berlin am 1.3.1996 in Berlin (Kallen)
- Vortrag „Local Climate Protection and its Contribution to Clean Air Policy in Germany“ beim EU/COST-Workshop des Umweltbundesamts, 30. und 31.5.1996, Berlin (Kallen).
- Vortrag „Local Agenda 21 and Climate Protection Activities in German Cities“ auf der internationalen Konferenz „From Town to Town: Local Authorities as Transnational Actors and their Significance for Peace, Environment and Development“ in Kiel vom 23.-25.6.1996 (Kallen).
- Grußwort anlässlich der Abschlußveranstaltung Energie-Tisch-Heidelberg, 12.7.1996 (Kallen).
- Vortrag „Umweltfreundliche Energieversorgung in ländlichen Gemeinden“ beim kommunalen Erfahrungsaustausch des TAT-Orte-Projekts am 9.8.1996 in Schkölen (Kallen).
- Mitwirkung an der Arbeitsgruppe zum kommunalen Umweltwettbewerb 1997 der Deutschen Umwelthilfe zum Thema „Klimaschutz“ am 20.8.1996 im Umweltamt Frankfurt a. M. (Kallen).
- Vortrag „Fördermöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen und Energiedienstleistungsangebote im Gebäudesektor“ am 16.9.1996 beim Energie-Tisch Offenburg (Kallen) .
- Teilnahme auf der Beiratssitzung zum UBA-geförderten ICLEI-Projekt zur „Umweltwirksamkeit kommunaler Agenda 21 – Pläne zur nachhaltigen Entwicklung“ am 24.9.1996 in Köln (Kallen).
- Pressekonferenz zum 2. Fachkongreß der Energiebeauftragten am 7.10.1996 in Potsdam (Kallen).
- Mitwirkung an der internationalen Expertenrunde (Planning Workshop) „Improving Environmental Decision-Making: Lessons from Germany and USA“ vom 17.-19.10.1996 in Knoxville, Tennessee (USA) (Kallen).
- Vortrag „Nachhaltige Entwicklung durch Energiemanagement in Kommunen und Gewerbebetrieben“ auf dem vierten Erfahrungsaustausch „Orientierungsberatungen im Umweltschutz“ am 11.11.1996 in Berlin (Kallen).



- Mitwirkung am Workshop „Probleme der Vermittlung in Praxis, Politik und Öffentlichkeit“, BMBF-Förderschwerpunkt Stadtökologie, 20.-21.5.1996, Winterscheid (Libbe).
- Mitglied im Arbeitskreis für sozialwissenschaftliche Umweltforschung Berlin-Brandenburg (Libbe).
- Vorbereitung und Vortrag „Nachhaltige Stadtentwicklung – Leitbilder und kommunale Handlungsfelder“ des Workshops „Nachhaltigkeit“, gemeinsam mit dem Institut für Stadtentwicklung und Wohnen (ISW) und dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), am 6.6.1996 im Difu (Libbe).
- Teilnahme an der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises „Schutz des Naturhaushalts“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 18.11.1996 in Bonn (Libbe).
- Teilnahme am BMBF-Abschlußkolloquium „Bewertung anthropogener Stadtböden“, am 21.11.1996 in der Universität Hohenheim (Libbe).
- Teilnahme am Workshop „Business and Municipality – A common challenge: Cooperation for Sustainability“, veranstaltet von der Hansestadt Bremen, Senator für Frauen, Gesundheit, Soziales und Umwelt am 25.11.1996 in Bremen (Libbe).
- Mitwirkung am Workshop „Systemtheorie und Probleme der Modellbildung“, BMBF-Förderschwerpunkt Stadtökologie, am 29. und 30.11.1996 in Frankfurt/Main (Libbe).
- Vortrag „Bedeutung und Perspektive der TAT-Orte als kommunale Initiativen in den neuen Bundesländern“ und Moderation der Tagung „Siedlungs- und Regionalkonzept Ökodorf“ des Ökodorf-Projektzentrums Groß Chüden am 31.8.1996 in Salzwedel (Preuß).
- Ständiger Gast der Fachkommission „Umwelt“ des Deutschen Städtetages und Mitwirkung am 19.1.1996 in Köln (Rösler).
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Engagiert, nominiert, prämiert – Wettbewerbe unter der Lupe“ am 24.1.1996 auf der „Grünen Woche“ in Berlin (Rösler).
- Mitglied des Beratergremiums zur Lokalen Agenda 21 der Hansestadt Hamburg, Tagungen und Foren am 26.1.1996, 16./17.2.1996, 12./13.4.1996, 31.5./1.6.1996 und 12.11.1996 in Hamburg (Rösler).
- Mitglied des Beirats zum Projekt „Umweltschutzprojekte in Städtepartnerschaften“ des Bundesumweltministeriums, des Umweltbundesamtes und des Instituts für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit, Tagung am 30.1.1996 in Bonn (Rösler).
- Mitarbeit an der Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte am 22./23.4.1996 in Weimar und an der der Großstädte am 25./26.4.1996 in Essen (Rösler).
- Vortrag „Umweltschutz in Gemeinden. Erfahrungen aus dem TAT-Orte-Wettbewerb“ am 14.3.1996 auf dem Fachkongreß „Dorferneuerung – Dorfentwicklung“ anlässlich der Fachmesse DEBAL '96 in Rostock (Rösler).
- Vortrag „Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten“ im Rahmen des ersten Erfahrungsaustauschs zur Lokalen Agenda 21 am 29.4.1996 beim Deutschen Städtetag in Köln (Rösler).
- Vortrag „Umweltschutzprojekte in Gemeinden. Beispiele aus den neuen Bundesländern“ am 4.5.1996 anlässlich des Fachseminars „Lokale Ökonomie – Entwicklungschance für die Zukunft“ im Ökospeicher Wulkow (Rösler).
- Jurymitglied „Demonstrationsvorhaben zur ökologisch orientierten Siedlungsplanung“ bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, 26./27.6.1996, Osnabrück (Rösler).
- Vortrag „Kommunale Umweltberichte im Kontext zur Lokalen Agenda 21“ anlässlich der internationalen Tagung „Kommunale Umweltplanung“, 28.6.1996, Münster (Rösler).
- Mitglied der Expertenrunde des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung zur Strukturierung eines neuen Forschungsfeldes im Bereich des Experimentellen Woh-

AB3



andere Aktivitäten

nungs- und Städtebaus „Städte der Zukunft – Strategien und Maßnahmen nachhaltiger Stadtentwicklung“ am 28.8.1996 in Bonn (Rösler).

- Moderation und Organisation der Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte am 1./2.10.1996 im Difu in Berlin (Rösler).
- Teilnahme an der „Second European Conference on Sustainable Cities and Towns“ vom 5.-8.10.1996 in Lissabon, Portugal (Rösler).
- Mitglied der Expertenrunde zur Vorbereitung der hessischen Konferenz „Sustainable development – Rio hat etwas bewegt“ am 11.10.1996 in Frankfurt am Main (Rösler).
- Mitwirkung bei der Anhörung der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages zum Thema „Kommunen und nachhaltige Entwicklung – Beiträge zur Umsetzung der Agenda 21“, 18.11.1996, Bonn (Rösler).
- Mitwirkung an der „Nationalen Koordinierungskonferenz zur Lokalen Agenda 21“ am 6.12.1996 beim Deutschen Städtetag in Köln (Rösler).



6. Veröffentlichungen

6.1 Difu-Publikationen

- Cornelia Rösler, Angela Brockmann, Thomas Preuß, Monika Stolina u.a., TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb – Die Preisträger 1996, Berlin 1996.

Forum Stadtökologie

- Jens Libbe, Susanne Plagemann, Online-Nutzung zum Thema Stadtökologie. Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik, in: Forum Stadtökologie, 1996, H. 2, S. 4-7.
- Gerd Kühn (Hrsg.), Verkehrsentwicklung in Stadtregionen. Auswirkungen räumlicher und ökonomischer Trends, Handlungsansätze. Dokumentation eines Seminars des Deutschen Instituts für Urbanistik am 26. bis 27. Juni 1996, Berlin 1996 (Tagungsdokumentation Forum Stadtökologie).

Umweltberatung für Kommunen

- Cornelia Rösler (Hrsg.), Lokale Agenda 21. Dokumentation eines Erfahrungsaustauschs, Berlin 1996.

Archiv für Kommunalwissenschaften

- Cornelia Rösler, TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb, in: Band I (1996), S. 116-119.

6.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Angela Brockmann, Thomas Preuß, Cornelia Rösler, Monika Stolina und Externe, Beiträge über Fallbeispiele aus dem Projekt „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“, in: Peter Dehne und Rudolf Schäfer (Hrsg.), Aktuelles Planungshandbuch zur Stadt- und Dorferneuerung. Bd. 2, Berlin 1996.



- Annett Fischer und Carlo Kallen, Erweiterung des Handlungsspielraums durch Kooperation – Anforderungen an die kommunale Verwaltung bei der Umsetzung kommunaler Klimaschutzkonzepte, in: Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.), 2. Sächsisches Umweltseminar – Klimaschutz. Global denken – regional handeln. Tagungsband der Veranstaltung am 14.6.1996 in Dresden, Dresden 1996, S. 37 ff.
- Annett Fischer, Ohne Partizipation läuft nichts im kommunalen Klimaschutz, in: Norddeutsche KlimabündnisKoordination (Hrsg.), KlimabündnisRundbrief Nr. 7, Lüneburg 1996, S. 15.
- Astrid Hoffmann und Carlo Kallen, Energieeinsparung in Schulen. Änderung des Nutzerverhaltens – ein Pilotprojekt in Hannover, in: Der Städtetag, 1996, H. 2, S. 103-106.
- Carlo Kallen, Kommunale Klimaschutzprogramme in Deutschland. Handlungsansätze, Ergebnisse und Erfolge im Überblick, in: Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung e. V. (Hrsg.), Energie und Kommune. Dokumentation der 10. Kommunalen Umweltgespräche am 11.10.1995 in Brandenburg, Hamburg 1996, S. 79 ff.
- Carlo Kallen, Kommunaler Klimaschutz – ein Beitrag zur vorsorgenden Umweltpolitik, in: Bürgermeister Handbuch aktuell. Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen. Aktualisierungs- und Ergänzungslieferung Februar 1996, Stadtbergen 1996, S. 43 ff.
- Carlo Kallen, Klimaschutzkonzepte und Finanzierungsmöglichkeiten, in: Bürgermeister Handbuch aktuell. Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen. Aktualisierungs- und Ergänzungslieferung, Mai 1996, Stadtbergen 1996, S. 75 ff.
- Carlo Kallen, Berichtswesen und Erfolgsbedingungen im kommunalen Klimaschutz, in: Bürgermeister Handbuch aktuell. Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen. Aktualisierungs- und Ergänzungslieferung Mai 1996, Stadtbergen 1996, S. 89 ff.
- Thomas Preuß, Orientierungsberatungen im Umweltschutz für Kommunen in den neuen Bundesländern, in: Wissenschaftsladen Gießen e.V., Perspektiven kommunaler Umweltberatung: Ein praxisorientiertes Forschungsprojekt, Frankfurt/M. 1996, S. 85 ff.
- Cornelia Rösler, Difu-Umfrage zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21: Städte sind aktiv geworden, in: Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Europa kommunal, 1996, H. 4, S. 181.

**ARBEITSBEREICH 4:
ABTEILUNG KÖLN**

AB4

ARBEITSBEREICH 4: ABTEILUNG KÖLN

AB4

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

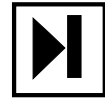
Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter
Dr. phil., Dipl.-Ing. Werner Heinz
Dipl.-Psych. Klaus Mittag
Dipl.-Soz. Carola Scholz (bis 28.2.1996)

Sachbearbeitung

Dipl.-Geogr. Ester Maniecki (bis 31.7.1996)
Dipl.-Geogr. Thomas Franke (ab 1.8.1996)

Sekretariat

Margot Eisenreich
Kristin Schultz-Coulon M.A. (60%)



1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Public Private Partnership (PPP) als Instrument kommunaler Aufgaben- und Leistungserfüllung

Ziel der vom Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MSKS) des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Volksheimstättenwerk e.V. (vhw) initiierten und finanzierten Studie war es, bereits realisierte, größere städtebauliche PPP-Projekte in nordrhein-westfälischen Städten in bezug auf einige Fragestellungen zu untersuchen, die für diesen Kooperationsansatz von Bedeutung sind: von der projektadäquaten Organisation über die Projektfinanzierung bis zu Fragen der Vertragsgestaltung und Kompetenzverteilung zwischen den Partnern.

Ihrem Gegenstand, der Auseinandersetzung mit komplexen Verfahrensabläufen und spezifischen Handlungsstrategie entsprechend standen bei der Untersuchung qualitativ orientierte Erhebungen im Vordergrund.

Zentrale Ergebnisse waren:

- Die Initiative für PPP-Projekte ging in allen Fällen von der öffentlichen Hand aus. Maßgebliche Akteure waren hier die jeweiligen Kommunalverwaltungen und deren Spitzen oder von diesen hierfür speziell eingerichtete Gesellschaften mit intermediären Funktionen.
- Kooperationspartner auf privater Seite waren die Immobilientöchter der Montanindustrie, Immobiliengesellschaften großer Mischkonzerne und bei kleineren Projekten in den Nicht-Ruhrgebietsstädten private Bauunternehmen.
- Zwischen Struktur und Problemintensität eines Standorts und dem Umfang öffentlicher Subventionsleistungen besteht ein eindeutiger Zusammenhang. Die mit Partnerschaftsprojekten von kommunaler Seite erwartete Entlastung ihrer Haushalte resultiert oft in erster Linie aus der Bereitstellung von Fördermitteln durch andere öffentliche Gebietskörperschaften und nur zu einem geringen Teil aus der Aktivierung privaten Kapitals.
- Für die Form öffentlich-privater Zusammenarbeit gibt es keine verbindlichen Vorschriften. Das Spektrum der untersuchten Kooperationsformen reicht von informellen „Handschlag-Partnerschaften“ über vertraglich geregelte Ansätze bis zur Einrichtung gemeinsamer öffentlich-privater Entwicklungsgesellschaften.
- Von Ausnahmen abgesehen, kam es in den Untersuchungsstädten zu einer relativ klaren Aufgaben- und Funktionsverteilung zwischen öffentlichen und privaten Partnern. Die Privaten fungieren als Projektentwickler und Bauherren; zu den zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand zählen neben einer Verfahrensbeschleunigung die Schaffung von Planungsrecht, die Herstellung politischer und öffentlicher Akzeptanz und die Akquisition öffentlicher Fördermittel des Landes und/oder der Europäischen Union und deren Transfer an die Projektentwickler.
- Anders als die Befragten der Verwaltung betrachten Kommunalpolitiker öffentlich-privater Kooperationsvorhaben häufig mit Skepsis. Verfahrenstransparenz und demokratische Kontrollmöglichkeiten sind danach bei diesen Projekten oft reduziert, da wichtige vertragsrechtliche und finanzierungstechnische Absprachen in der Regel der Geheimhaltungspflicht unterworfen sind.



- Öffentlich-private Kooperation bei größeren städtebaulichen Vorhaben (mit gemischter Nutzung) trifft gegenwärtig auf ungünstige Rahmenbedingungen, die dazu führen, daß das Interesse des Privatsektors an größeren Vorhaben zur Stadterneuerung und Stadtentwicklung merklich zurückgeht. Dieser Rückgang ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem allgemeinen Rückgang öffentlich-privater Kooperationsprojekte. Er bedeutet nur eine Verlagerung der Aktivitäten auf andere, für private Akteure gegenwärtig rentablere Leistungen und Aufgabenfelder der öffentlichen Hand (Heinz, Scholz).

Die Untersuchungsergebnisse wurden Ende 1996 als Band 23 in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung veröffentlicht (Heinz, Scholz).

1.2 Metropolis-Projekt: Internationaler Erfahrungsaustausch über die kommunalen Auswirkungen zunehmender Migration

Dieses Projekt war offiziell noch nicht begonnen worden; die Projektvorbereitung hat allerdings viel Zeit und Arbeit in Anspruch genommen. Ein Hinweis auf den Projektausstieg scheint daher angezeigt.

Das Projektvorhaben wurde von der kanadischen Regierung initiiert und hat einen mehrjährigen multinationalen Erfahrungsaustausch über die Auswirkungen zunehmender Migration auf relevante Sektoren und Aufgabenfelder kommunaler Politik zum Ziel. Projektbeteiligte Länder sind neben Kanada, Australien, die USA, Israel, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Das Projekt war über das Bundesministerium des Innern und den Deutschen Städtetag an das Difu herangetragen worden. Voraussetzung einer Difu-Projektteilnahme war allerdings von Anfang an die Bereitstellung externer Fördermittel. Umfangreiche akquisitorische Bemühungen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene ließen zwar bei der Mehrzahl der Adressaten - vor allem auf kommunaler Ebene und bei einigen Landesressorts - großes Interesse erkennen; die von einigen Seiten avisierten Projektfördermittel waren jedoch nur gering.

Nicht ausreichende Fördermittel und die Tatsache – dies war eigentlich der ausschlaggebende Grund –, daß im Gegensatz zu den anderen projektbeteiligten Ländern, die bei allen relevanten projektvorbereitenden Schritten durch Regierungsmitarbeiter vertreten waren, von seiten der deutschen Bundesregierung eine aktive Beteiligung nicht zu erwarten war, führten Ende Juli 1996 zur Einstellung aller Projektaktivitäten (Heinz).

1.3 Umfrage zum Angebot und Bedarf an Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder in nordrhein-westfälischen Kommunen

Die von der Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege NRW initiierte und vorbereitete Umfrage wurde 1995 – exemplarisch für die unterschiedlichen Stadt- und Siedlungsstrukturen Nordrhein-Westfalens – in den kreisfreien Städten Dortmund und Düsseldorf, den kreisangehörigen Städten Neuss, Paderborn und Düren sowie den Kreisen Neuss, Paderborn und Düren durchgeführt.

Die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW geförderte statistische Analyse umfaßte Strukturdaten von 136 Kindertageseinrichtungen sowie eine schriftliche Be-



fragung von Eltern, die diese Tageseinrichtungen bereits nutzten (rund 2 500), und von Eltern eines auf der Warteliste der Einrichtungen angemeldeten Kindes (rund 1 000). Zentrale Analysefragestellungen waren insbesondere die Ermittlung der „Nachfrage-Altersstaffelung“, des Betreuungsbedarfs der einrichtungsnutzenden Eltern, des unterschiedlichen Nachfrageverhaltens zwischen Nutzer- und Wartelisteneltern sowie der Versorgungssituation besonders belasteter Nachfragezielgruppen (z.B. Alleinerziehender).

Nach der Vorlage einer Ergebniskurzfassung, einer Zusammenstellung ausgewählter Daten und Übersichten und einer Grundauswertung im Jahr 1995 wurde das Projekt 1996 mit einer kommentierten Zusammenfassung der Auswertungen abgeschlossen. Die Umfrageergebnisse, die allen Jugendämtern Nordrhein-Westfalens zugestellt wurden, lieferten Planungsinformationen für die Expertenberatungen und Empfehlungen des Deutschen Städtetags zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (Mittag, Maniecki).

1.4 Umfrage über Bestand und Bedarf an Tageseinrichtungen für Kinder in der Bundesrepublik Deutschland

Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte schriftliche Umfrage bei den 16 Landesverbänden des Deutschen Städtetages sowie den 746 Jugendämtern der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und der Landkreise sollte bundesweite Vergleichsdaten über das im Zuge des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz erforderliche Betreuungsangebot sowie die aufgewendeten Investitions- und Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen liefern.

Die im 1. Quartal 1996 – nach verzögertem, nur knapp 50 Prozent umfassendem und qualitativ beeinträchtigtem Rücklauf – beendete Umfrage wurde mit einer Synopse der Einrichtungsvorgaben und landesrechtlichen Regelungen zur Kapazitätsbemessung, personellen Besetzung und Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder sowie einer verfahrenskommentierten statistischen Auswertung der entsprechenden Infrastrukturdaten der Jugendämter abgeschlossen.

Der beabsichtigte bundesweite Datenvergleich auf Jugendamtsebene war wegen der unzureichenden statistischen Datenbasis nur eingeschränkt möglich (Mittag, Maniecki).

2. Laufende Projekte

2.1 Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte

Ziel des Forschungsprojekts ist die Bestandsaufnahme und Analyse der Praxis der privaten Modernisierungsförderung in drei ostdeutschen Städten unterschiedlicher Bundesländer. Ausgewählt wurden Städte verschiedener Größenordnung der Bundesländer Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen (Naumburg, Zwickau, Erfurt).

Im Verlauf der Untersuchung trat die Zielgruppe der „kleinen“ privaten Eigentümer mit tendenziell hoher emotionaler Objektbindung und lokaler Identität in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Die Zukunftsperspektive dieser Kernzielgruppe wird von den Experten





mehrheitlich positiv eingeschätzt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung eines differenzierten Instrumentensets zielgruppengerechter Motivierungs-, Förderungs- und Betreuungsangebote zeigte sich, daß ideelle Gründe für die Motivierung der „kleinen“ privaten Hauseigentümer ausschlaggebend sind und die Beratung durch die Dienststellen der Stadtverwaltung, der Sanierungsträger und der Haus- und Grundeigentümerversammlungen für diese Gruppe eine wesentliche Hilfe darstellt, sowie die Verstärkung der Förderung (z.B. der Mittel der Städtebauförderung, des Städtebaulichen Denkmalschutzes und des KfW-Programms) zu empfehlen ist.

Abschließend wurde eine Anpassung der Projektergebnisse an neuere politische, wirtschaftliche, soziale und bauliche Entwicklungstrends, die für die private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte entscheidend sind, vorgenommen:

- verschlechtertes politisches Klima im Hinblick auf Transfer- und Förderleistungen für die neuen Länder,
- problematische wirtschaftliche Entwicklung in den östlichen Ländern (schwaches Wirtschaftswachstum, geringe Produktivität, minimaler Exportanteil, steigende Arbeitslosigkeit, Krise der Bauwirtschaft),
- unsichere Prognose der Revitalisierung der ostdeutschen Innenstädte (z.B. durch Schwächung des Einzelhandels, Abwanderung von Bürodienstleistungen an die städtische Peripherie, ÖPNV-Defizite, abgebremste Sanierungs- und Modernisierungsfortschritte),
- schwer kalkulierbare Wohnungsmarktkonkurrenz modernisierter innerstädtischer Altbauten gegenüber Eigenheimen im städtischen Umland, preiswerten Plattenbauwohnungen und nach westdeutschen Standards errichteten Neubauwohnungen.

Nach einer durch andere Aktivitäten verursachten Projektpause ist für das erste Quartal 1997 die Erstellung des Abschlußberichts geplant, der in der Materialien-Reihe veröffentlicht werden soll (Echter, Mittag).

2.2 Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen

Der Handlungsdruck für die Kommunen hinsichtlich der Versorgung von finanziell und sozial benachteiligten Haushalten mit Wohnraum nimmt zu. Ein Großteil der kommunalen Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich liegt in der Bereitstellung und Belegung von Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Andere kommunale Steuerungsmöglichkeiten wie der von der Expertenkommission vorgeschlagene Erwerb von Belegungsrechten werden gegenwärtig für die Versorgung von Wohnungsnotfällen wenig genutzt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die gezielte Unterstützung bedürftiger Haushalte und der Sicherung ausgewogener Bewohnerstrukturen ist die Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der verschiedenen Facetten der kommunalen Belegungspolitik Ziel des Projekts.

Im ersten Halbjahr 1996 wurde die vorliegende Literatur zu Fragen der „sozialen“ Belegungspolitik und des Stellenwerts dieses Instruments innerhalb der Wohnungspolitik aufgearbeitet, Expertengespräche mit Vertretern von Länderministerien (u.a. Sachsen und Brandenburg), Städten und Forschungsinstituten durchgeführt und ein Kurzgutachten zu den Themen „Belegungssteuerung in Großsiedlungen“ und „Fehlbelegungsabgabe in Sozialwohnungen“ für die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie erarbeitet.



Erkenntnisse zur Zunahme der sozialen Segregation und der Entmischungstendenzen in Städten, zur Problematik der dauerhaften Wohnungsversorgung von Obdachlosen und zur besonderen Bedeutung einer modifizierten Fehlbelegungsabgabe erbrachte die Mitwirkung bei der Vorbereitung von „Habitat II“ und bei Diskussionen zur Reform des Wohnungsbaurechts im Rahmen von Fachtagungen und Sitzungen der Fachkommission „Wohnungswesen“ des Deutschen Städtetages.

Als nächster Arbeitsschritt sind Experteninterviews mit Vertretern städtischer Ämter und Wohnungsunternehmen in drei westdeutschen und zwei ostdeutschen Fallstudienstädten geplant: München, Köln, Frankfurt, Dresden und Potsdam (Echter, Brühl [AB 5]).

2.3 Formen intraregionaler Zusammenarbeit – ein internationaler Vergleich (unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter EU-Staaten)

Zunehmende Relevanz des Themas und praktische Projektaktivitäten standen 1996 in einem gegenläufigen Verhältnis. Eine kontinuierliche Projektbearbeitung wurde durch eine Vielzahl anderer Aktivitäten und die zeitintensiven Auswirkungen einiger personeller Veränderungen im Arbeitsbereich verhindert. Die Projektarbeit beschränkte sich daher auf nur wenige, für den weiteren Projektfortgang jedoch relevante Projektbausteine:

- Sichtung und Auswertung vorliegender einschlägiger Materialien, Zusammenstellung in Form eines Profildienstes (vgl. dazu 4.),
- Auseinandersetzung mit aktuellen Reorganisations-Überlegungen in den Regionen Rhein-Main (Regionalkreis) und Hannover (Region Hannover) sowie Gespräche mit den Initiatoren dieser Überlegungen,
- Durchführung einer Fragebogenaktion in den Regionen Stuttgart, Frankfurt und Hannover zu den jeweiligen politisch-administrativen Strukturen, Zuständigkeitsregelungen, Finanzausstattungen etc. (vgl. dazu im einzelnen 2.4),
- Kontaktaufnahme zu potentiellen deutschen und ausländischen Teilnehmern eines internationalen Erfahrungsaustauschs zum Thema „Intraregionale Kooperation“.

Die Durchführung dieses Erfahrungsaustauschs, bei dem aus- und inländische Experten auf der Grundlage eines differenzierten Frageleitfadens ihre jeweiligen Erfahrungen mit intraregionalen Kooperationsansätzen vortragen sollen, wurde aus den o.g. Gründen in das Jahr 1997 verschoben (Heinz, Franke).

2.4 Urban Governance, OECD-Projekt zu Fragen der politischen Regulierung und Steuerung verstädterter Gebiete

Im 1. Quartal 1996 hat die OECD-Stadtentwicklungskommission (Group on Urban Affairs) ein Projekt mit zweijähriger Laufzeit zum Thema „Urban Governance“ (d.h. zur politischen Regulierung und Steuerung verstädterter Räume) beschlossen. Auf Ersuchen des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ist das Difu an diesem multinationalen Projekt in zweierlei Form beteiligt: Mitarbeit im Steering Committee der OECD, praktische Projektarbeit auf deutscher Seite.

Ziel des Projekts ist es, der Frage nachzugehen, mit welchen (innovativen) öffentlichen Programmen und Politiken (von Bund/Zentralstaat, Ländern sowie Städten und Gemeinden) in OECD-Staaten versucht wird, politisch-administrative Strukturen und Strategien in Stadt-



regionen (metropolitan areas) aktuellen Herausforderungen entsprechend zu verbessern (von der Globalisierung der Wirtschaft bis zu demographischen und sozialen Veränderungen). Im einzelnen sollen dabei vier von der OECD als vordringlich erachtete Fragestellungen näher untersucht werden:

- politisch-administrative Strukturen und Kompetenzregelungen,
- öffentliche Finanzen und innovative Finanzierungsstrategien,
- Stärkung von Bewohnerengagement und lokaler Identität sowie
- städtische Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext.

Ein erster Schritt zur Realisierung dieses Vorhabens war die Erstellung eines umfangreichen, nach diesen Fragestellungen gegliederten Fragebogens und dessen Versand an drei bis fünf „Metropolitan Area Authorities“ in den projektbeteiligten Ländern. Adressaten der deutschen Fragebogenaktion waren der Verband Region Stuttgart, der Umlandverband Frankfurt sowie der Kommunalverband Großraum Hannover.

Gleichzeitig mit der inzwischen abgeschlossenen und zur Auswertung bei der OECD vorgesehenen Fragebogenaktion wurde mit der Erstellung von Fallstudien (Case Studies) zur anschaulichen Vermittlung länderspezifischer Erfahrungen und Strategien begonnen. Diese Fallstudien sollen sich auf jeweils ein bis zwei der oben genannten Politikfelder konzentrieren. Von deutscher Seite wurden die Rhein-Main Region und der Umlandverband Frankfurt als Gegenstand einer Fallstudie – mit dem Schwerpunkt: politisch-administrative Strukturen und Zuständigkeitsregelungen – ausgewählt. Erste Ergebnisse wurden Mitte Dezember anlässlich der 29. Sitzung der Group on Urban Affairs in Paris vorgestellt.

Für eine vertiefte Diskussion der Fragebogenergebnisse und der Fallstudien hat die OECD eine Reihe von Workshops geplant, die im Juni 1997 – mit Schwerpunkt auf den beiden erstgenannten Politikfeldern – in Stockholm beginnen soll (Heinz, Franke, Reidenbach).

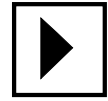
2.5 Umfrage zu den EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden

Im Juni 1991 wurde vom Deutschen Städtetag bei seinen Mitgliedstädten eine Umfrage zum Thema „Die Städte und die Europäische Gemeinschaft“ durchgeführt. Ziel dieser Umfrage war es, herauszufinden, an welcher Stelle und mit welchem Umfang „EG-Angelegenheiten“ in den einzelnen Stadtverwaltungen bearbeitet werden und welcher Informations- und Erfahrungsstand dort vorliegt.

Diskussionen in der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages und mit Mitarbeitern der deutschen Sektion des RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) haben dazu geführt, diese Fragebogenaktion erneut – vor einem anderen kommunalen Erfahrungshintergrund und unter veränderten Rahmenbedingungen – durchzuführen.

In Zusammenarbeit mit dem RGRE wurde daher im Herbst 1996 ein neuer Fragebogen mit vier Fragekomplexen konzipiert: personelle und organisatorische kommunale Zuständigkeiten für EU-Angelegenheiten, vorliegende Erfahrungen mit EU-Programmen und -Fördermitteln, besondere Probleme und Defizite und daraus resultierende kommunale Bedarfe, Anforderungen an mögliche externe Hilfestellungen.

Der Fragebogenentwurf wurde in einem Pretest im Arbeitskreis der EU-Förderreferenten des RGRE und bei einigen Mitgliedern der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“



des Deutschen Städtetages zur Diskussion gestellt. Deren Anregungen wurden inzwischen eingearbeitet, die Endversion des Fragebogens wird Anfang 1997 an etwa 70 ausgewählte Städte verschickt (Heinz, Franke).

2.6 Befragung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland

1996 wurde der vom Bundesministerium für Wirtschaft 1993 dem Deutschen Institut für Urbanistik erteilte Auftrag, eine Erhebung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen für die Jahre 1992 bis 1996 zu erstellen, unter der Projektleitung des AB 4 zunächst mit der Vorlage des Zwischenberichts für das Jahr 1995 fortgeführt. Abweichend von den Zwischenberichten der Vorjahre wurde erstmalig eine Hochrechnung des Gesamtbestands an Spielhallen und Geldspielgeräten in der Bundesrepublik aus dem Befragungsrücklauf erstellt.

Auf Wunsch des Bundesministeriums für Wirtschaft wurde die zum Jahresende 1996 geplante Abschlusserhebung zur Jahresmitte vorgezogen, um aktuelle Planungsdaten für eine im Bund-Länder-Ausschuß „Gewerberecht“ zu beratende Änderung der Spielverordnung – zwecks Vermeidung von Arbeitsplatzverlusten in der Automatenwirtschaft und von Steuerausfällen – zu erhalten. Zur Sitzung des Bund-Länder-Ausschusses im Oktober 1996 konnte eine kommentierte Vorauswertung der Abschlusserhebung vorgelegt werden, die im Zwischenbericht für das Jahr 1996 komplettiert wurde.

Ergänzend zur laufenden Projektarbeit mußte ein statistisches Kurzgutachten zur Bestandsermittlung der Spielhallen und Geldspielgeräte in Spielhallen in Nordrhein-Westfalen erstellt werden, die der Arbeitskreis gegen die Spielsucht durchgeführt hatte, deren Ergebnisse jedoch von den Verbandsvertretern der Automatenwirtschaft angezweifelt wurden. Der Datenabgleich zwischen den Erhebungen des Difu und des Arbeitskreises erbrachte jedoch keine signifikanten Abweichungen.

Das Umfrageprojekt wird mit dem die Entwicklung der Spielhallen in den Jahren 1992 bis 1996 zusammenfassenden Abschlußbericht im 1. Quartal 1997 beendet (Mittag, Maniecki).

2.7 Kommunale Schulentwicklungsplanung zwischen bildungspolitischer Neuorientierung und Haushaltskonsolidierung

Ziel des Projekts ist die Neuorientierung und methodische Anpassung der kommunalen Schulentwicklungsplanung im Spannungsfeld wachsender und teils neuartiger bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischer Anforderungen einerseits und der Sachzwänge der kommunalen Haushaltskonsolidierung andererseits.

Das Forschungsinteresse konzentriert sich auf die mögliche Bündelung landeshoheitlicher und kommunaler Sparmaßnahmen sowie die Operationalisierung eines übergeordneten Sparziels, das die Förderung der Haushaltskonsolidierung mit einer gleichzeitigen Funktionsstärkung des lokalen Schulsystems verbindet.

1996 wurden die Literatur- und Sekundäranalyse fortgesetzt und Experteninterviews durchgeführt.

AB4



laufende
Projekte

Im 1. Quartal 1997 ist in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag ein Expertenkolloquium vorgesehen, in dem die Forschungsfragestellung im Kontext der aktuellen Schulreformansätze (z.B. in der Denkschrift der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ beim Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen) und des Neuen Steuerungsmodells (also z.B. der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung) diskutiert werden soll.

Die Abfassung des Projektberichts erfolgt im 2. Quartal 1997 (Mittag).



3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Deutsche Städte in Zeiten fortschreitender Globalisierung

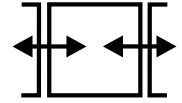
Städte sind Orte, in denen sich abstrakte gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, Widersprüche und Konflikte konkretisieren. Zwischen der tatsächlichen räumlichen Entwicklung und ihren je unterschiedlichen Erscheinungsformen und den abstrakten Entwicklungsprozessen besteht jedoch kein einfaches Ableitungs-, sondern ein kompliziertes Wechselverhältnis, in dem die konkreten Bedingungen vor Ort (städtebauliche Strukturen, Akteure, soziale Verhältnisse und Auseinandersetzungen etc.) eine maßgebliche Rolle spielen.

In der aktuellen Globalisierungsdebatte wird dieses Wechselverhältnis oft nur unzureichend berücksichtigt. Globale Entwicklungen und Veränderungen erscheinen als alleinbestimmend, lokale Gegebenheiten als abhängig-veränderlich. Als alleinige Triebkräfte städtischer Entwicklung werden unter sich verschärfenden globalen Wettbewerbsbedingungen transnational operierende Konzerne und ihre Standortentscheidungen sowie technologische, die räumliche Ungebundenheit dieser Entscheidungen beschleunigende Innovationen und deregulierte Finanzmärkte gesehen. „Ortlose Macht“ organisiert sich dabei um „machtlose Orte“ (Castells). Die Tatsache, daß Städte stets in einem „widersprüchlichen und komplexen Spannungsfeld von globalen Entwicklungsprozessen, nationalen Politiken und Strategien sowie spezifischen lokalen Konstellationen und Konflikten“ (Schmid) stehen, gerät dabei oft aus dem Blickfeld.

Ziel des Projekts ist es, zu untersuchen,

- auf welche konkreten Voraussetzungen und Bedingungen und damit auch Potentiale globale Veränderungen und Entwicklungen in deutschen Städten treffen,
- ob, wie und unter welchen Voraussetzungen diese Potentiale im Sinne aktiver Entwicklungssteuerung eingesetzt werden können und
- welche Rolle deutsche Städte (differenziert nach Struktur, Größe und Lage) im Rahmen fortschreitender Globalisierungs- und Urbanisierungsprozesse künftig spielen werden.

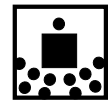
In einem ersten Schritt wurden einschlägige Materialien und Veröffentlichungen gesichtet und ausgewertet. Das Ergebnis dieser Arbeit wird im ersten Quartal 1997 als Profildienst erscheinen und als Grundlage für das weitere Vorgehen – Konkretisierung der Projektbeiträge, Akquisition von Fördermitteln – dienen (Heinz, Franke).



4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

- Arbeitsbereich Fortbildung
 - ▲ Seminar „Neue Fundamente für die Wohnungspolitik“ vom 15.4.-17.4.1996; Mitarbeit bei Planung, Vorbereitung, Gesamtleitung und Durchführung (Brühl [AB 5], Echter).
- Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“
 - ▲ Profildienst „Intraregionale Kooperation“, Lieferung 2 (Heinz, Franke, Lubitz).

5. Andere Aktivitäten



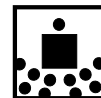
- Ständige Mitarbeit – in Vertretung von Herrn Prof. Mäding – im Exekutiv-Ausschuß des Deutschen Nationalkomitees „Habitat II“ im BMBau am 19.1., 22.2. und 18.4.1996 in Bonn (Echter)
- Ständige Mitarbeit – in Vertretung von Herrn Prof. Mäding – im Deutschen Nationalkomitee „Habitat II“ im BMBau am 5.3., 7.5. und 27.9.1996 in Bonn (Echter).
- Mitarbeit in der Vorbereitungsgruppe zur Durchführung der Jahrestagung der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des Deutschen Städtetages am 25./26.2.1996 in Konstanz (Echter).
- Kontinuierliche Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Denkmalschutz“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen, u.a. am 24.4.1996 in Krefeld und 28.11.1996 in Hattingen/Ruhr (Echter).
- Mitwirkung an der Diskussion der InWIS e.V. „Neukonzeption der Wohnungsbauförderung“ am 30.4.1996 in Bonn (Echter).
- Ständiger Gast bei den Sitzungen der Fachkommission „Wohnungswesen“ des Deutschen Städtetages, u.a. am 2./3.5.1996 in Nürnberg (Echter).
- Mitarbeit an der 1. Sitzung des Gesprächskreises „GroßstadtDenkmalpflege“ am 19.5.1996 in Hamburg (Echter).
- Vertretung des Deutschen Städtetages bei der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Kiel vom 10.-13.6.1996 (Echter).
- Mitwirkung am Kolloquium „Reform des Rechts des Sozialen Wohnungsbaus“ im Institut für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft der Universität zu Köln am 24.6.1996 (Echter).
- Mitwirkung am 6. Kongreß „Städtebaulicher Denkmalschutz“ des BMBau am 26./27.8.1996 in Quedlinburg (Echter).
- Mitwirkung an der Jahrestagung 1996 der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des Deutschen Städtetages am 25./26.9. und 28.9.1996 in Konstanz (Echter).
- Mitwirkung am Wohnungspolitischen Kolloquium „Demographischer Wandel – Herausforderungen für die kommunale Wohnungspolitik“ des Deutschen Städtetages und der Schader-Stiftung am 24.9.1996 in Hagen (Echter).
- Mitwirkung am Expertenkolloquium „Historische Parks und Gärten“ des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz im Rahmen der Denkmal '96, der Europäischen Fachmesse für Denkmalpflege und Stadterneuerung in Leipzig vom 30.10.-1.11.1996 (Echter).

AB4



andere Aktivitäten

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Reform des Wohnungsbaurechts“ der Fachkommission „Wohnungswesen“ des Deutschen Städtetages am 9.12.1996 in Köln (Echter).
- Gast bei der 47. Sitzung der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages am 24./25.10.1996 in Bremen (Franke).
- Ständiger Gast in der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages (Heinz).
- Ständiger Gast bei der Konferenz von Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung des Städtetages Nordrhein-Westfalen (Heinz).
- Lehrauftrag im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main zum Thema „Stadtentwicklungsplanung: Kommunales Steuerungsinstrument oder beliebig ausfüllbare Leerformel?“ im WS 1995/96 (Heinz).
- Mitwirkung am „Second Planning Meeting“ des Metropolis-Projekts der Kanadischen Regierung vom 15.-17.2.1996 in Brüssel (Heinz).
- Kurzvorträge vor einer Arbeitsgruppe der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages zum Thema „Europäische Städtenetzwerke“ und „Intraregionale Kooperation“ am 18.3.1996 in Köln (Heinz).
- Vortrag „Zur Zukunft einer auf kooperatives Handeln ausgerichteten öffentlichen Planung“ und Teilnahme am Internationalen Workshop über „Stand und Wandel der Planungskulturen“ des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich vom 28.-30.3.1996 in Gelsenkirchen (Heinz).
- Vortrag „Present trends in the development of German cities“ beim „Liveable Cities Symposium“ in Toronto im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Frankfurt meets Toronto“ des Goethe-Instituts und der Städte Frankfurt/M. und Toronto vom 22.-25.4.1996 (Heinz).
- Mitwirkung am 28. SCUPAD-Kongreß (Salzburg Congress on Urban Planning und Development) „Regions on the rise?“ vom 7.-10.6.1996 in Salzburg (Heinz).
- Mitwirkung bei der Konferenz „Neue Wege der privaten Finanzierung von Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsaufgaben“ von BMBau und Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik am 26.6.1996 in Berlin (Heinz).
- Mitwirkung bei der Konferenz der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main „World Economy and Nation-State between Globalization and Regionalization“ vom 28.-29.6.1996 in Frankfurt am Main (Heinz).
- Vortrag vor einer Arbeitsgruppe des RGRE zum Thema „Deutsche Kommunen und EU-Angelegenheiten“ am 12.11.1996 in Herne (Heinz, Franke).
- Vortrag „Major-Cities and their Peripheries; Frankfurt and the Rhine-Main Area“ anlässlich der 29. Sitzung der OECD-Group on Urban Affairs vom 16.-17.12.1996 in Paris (Heinz).
- Moderation und Einführungsreferat beim Seminar des Deutschen Volksheimstättenwerks „Public Private Partnership – Städtebauliche Entwicklungsprojekte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit“ am 19.12.1996 in Bonn (Heinz).
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Fachtagungen Jugendhilfe“ des Vereins für Kommunalwissenschaften. Vorlage einer Literaturdokumentation zum Tagungsthema „Kinder in der Stadt“ anlässlich der vorbereitenden Besprechung am 2.2.1996 in Berlin (Mittag).
- Gemeinsame Vorbereitung, Moderation und Nachbereitung des jährlichen Erfahrungsaustauschs süddeutscher Jugendhilfeplaner/innen (Thema: Hilfen zur Erziehung; Kooperation mit freien Trägern) am 25.4.1996 in Wiesbaden (Kunert-Schroth [AB 7], Mittag).
- Fortsetzung der Beratung des Jugendamtes der Stadt Leverkusen beim Ausbau und bei der Konsolidierung der Jugendhilfeplanung. Gegenstand der im Verlaufe des Jahres 1996 punktuell erfolgten Beratung waren die statistische Analyse und planerische Verwertung einer repräsentativen Elternbefragung zur Kindertagesbetreuung, die wissenschaftliche



Vorbereitung, Durchführung und Analyse einer repräsentativen Jugendbefragung, die Bedarfsermittlung im Bereich Jugendsozialarbeit sowie Organisationsfragen der Jugendhilfeplanung (Mittag).

- Methodische Beratung im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung, Analyse und statistischen Bewertung von Kurzumfragen des Deutschen Städtetages zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz in ausgewählten Mitgliedstädten im 1. Halbjahr 1996 (Mittag).

6. Veröffentlichungen

6.1 Difu-Publikationen

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- Band 23: Werner Heinz und Carola Scholz, Public Private Partnership im Städtebau. Erfahrungen aus der kommunalen Praxis. Acht Fallbeispiele aus nordrhein-westfälischen Städten, Berlin 1995.

Occasional Papers

- Werner Heinz, Major Cities and their Peripheries: Frankfurt and the Rhine-Main Area, Berlin 1996.

Projektberichte

- Klaus Mittag (unter Mitarbeit von F. Beulcke [ext.], E. Maniecki), Verfahrenserläuterungen, Ergebniskommentierung und Grundausswertung der Umfrage der Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen zum Angebot und Bedarf an Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder in nordrhein-westfälischen Kommunen, Köln 1996.
- Klaus Mittag, Ester Maniecki, Auswertung und Synopse der Angaben der Landesverbände im Rahmen der Umfrage der Kommunalen Spitzenverbände über Bestand und Bedarf an Tageseinrichtungen für Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996.
- Klaus Mittag (unter Mitarbeit von F. Beulcke [ext.], E. Maniecki, B. Stockdreher, [ext.]), Grundausswertung der Daten der Jugendämter im Rahmen der Umfrage der Kommunalen Spitzenverbände über Bestand und Bedarf an Tageseinrichtungen für Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996.
- Klaus Mittag (unter Mitarbeit von H.-G. Just, E. Maniecki, C. Rothäusler), Zwischenbericht 1995 der Befragung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996.
- Klaus Mittag (unter Mitarbeit von Th. Franke, H.-G. Just, C. Rothäusler), Kommentierte Vorauswertung der Befragung und Analyse zur Entwicklung der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland zur Jahresmitte 1996, Köln 1996.
- Klaus Mittag (unter Mitarbeit von F. Beulcke [ext.], H.-G. Just, C. Rothäusler), Zwischenbericht 1996 der Befragung und Analyse der Spielhallen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996.
- Klaus Mittag (unter Mitarbeit von E. Maniecki), Kurzgutachten zur Bestandsermittlung der Spielhallen und Geldspielgeräte in Spielhallen in Nordrhein-Westfalen durch den Arbeitskreis gegen die Spielsucht e.V., Köln 1996.



AB4



Veröffentlichungen

6.2. Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Claus-Peter Echter, Die Messestadt Riem und aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung und Stadtplanung, in: Christian Gögger, Heinz Schütz, Kunst in der Messestadt Riem, München 1996, S. 169-173.
- Werner Heinz, Stadtentwicklungsplanung, in: Martin Wentz (Hrsg.), Stadtentwicklung, Frankfurt/Main, New York 1996, S. 38-45.
- Thomas Franke, Tagungsbericht „Neue Wege im sozialen Wohnungsbau“, Bonn 1996 (Wirtschaftspolitische Diskurse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 90).

**ARBEITSBEREICH 5:
FORTBILDUNG**

AB5

ARBEITSBEREICH 5: FORTBILDUNG

AB5

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl
Dr. oec. Birgit Frischmuth
Dr. phil. Paul von Kodolitsch
Dr. rer.nat. Gerd Kühn
Dipl.-Soz. Robert Sander

Sekretariat

Eva Alber
Rosa Hackenberg
Ursula Kuhn (50 %)

1. Zur Situation des Arbeitsbereichs

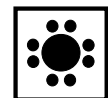


Trotz der weiterhin höchst angespannten finanziellen Lage vieler Städte hielt die Nachfrage nach den Fortbildungsangeboten des Difu unvermindert an. Der bereits seit mehreren Jahren erkennbare Trend der Konzentration dieser Nachfrage auf eine begrenzte Zahl von Themenfeldern setzte sich auch 1996 fort. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei Verwaltungsmodernisierung, Haushaltskonsolidierung, städtebauliche und planungsrechtliche sowie verkehrsplanerische Fragen. Die Absicht, für Kommunalbedienstete der neuen Bundesländer eigene Seminare anzubieten, wurde nicht umgesetzt. Zwar besteht hier sicherlich nach wie vor spezifischer Fortbildungsbedarf, aber Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer bekunden übereinstimmend, daß sie Difu-Veranstaltungen in erster Linie als Plattform zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalverwaltungen der alten Bundesländer betrachten.

Bewährt haben sich Veranstaltungen im Verbund mit anderen Einrichtungen. Der Arbeitsbereich Fortbildung wird daher künftig auf entsprechende Kooperationsangebote, die immer häufiger an uns herangetragen werden, offener zu reagieren als bisher. Voraussetzung bleibt natürlich, daß sich dies jeweils mit der Fortbildungskonzeption des Difu vereinbaren läßt.

Das verstärkte Projektengagement des Arbeitsbereichs Fortbildung konnte zwar beibehalten werden, steht aber nach wie vor in einem starken Spannungsverhältnis zu den Fortbildungsaktivitäten.

2. Fortbildungsaktivitäten



Der Arbeitsbereich Fortbildung hat 1996 insgesamt 26 Veranstaltungen (1995: 24) durchgeführt und damit 1 220 Teilnehmer (1995: 1 311) erreicht. Bei den Veranstaltungen handelt es sich um 19 Berlin-Seminare (darunter fünf Wiederholungen) und sieben weitere Veranstaltungen.

2.1 Berlin-Seminare

- Neue Anforderungen an die Flächennutzungsplanung. Bessere Steuerung durch mehr Flexibilität (Wiederholung)
22.-25.1.1996 (Sander)
- Budgetierung konkret. Umsetzung und Konsequenzen des neuen Verfahrens (Wiederholung)
29.-31.1.1996 (Frischmuth, von Kodolitsch)
- Lärmschutz in der Stadt. Kommunale Strategien gegen den Lärm
26.-28.2.1996 (Sander, Rösler)
- Anwohnerparken. Ruhender Verkehr in Innenstadtquartieren (Wiederholung)
4.-6.3.1996 (Kühn, Lehmbrock)
- Bürgermitwirkung. Mehr Verantwortung für die Bürger?
18.-21.3.1996 (von Kodolitsch, Hollbach-Grömig)

AB5

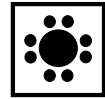


Fortbildungs-
aktivitäten

- Budgetierung konkret. Umsetzung und Konsequenzen des neuen Verfahrens (Wiederholung)
27.-29.3.1996 (Frischmuth, von Kodolitsch)
- Neue Fundamente für die Wohnungspolitik?
15.-17.4.1996 (Brühl, Echter)
- Kommunale Abfallwirtschaft. Alte Probleme – neue Herausforderungen
22.-25.4.1996 (Kühn)
- Stadtteil- und Quartiersplanung. Strategien und Maßnahmen sozialer Stadtentwicklung
6.-9.5.1996 (Brühl)
- Effizienzsteigerung durch ein neues Rechnungswesen? Zur Verbesserung der Transparenz städtischen Handelns
20.-23.5.1996 (Frischmuth, von Kodolitsch)
- Verwaltungsführung. Wirksamer steuern durch weniger Eingriffe?
25.-27.8.1996 (v. Kodolitsch, Frischmuth)
- Effizienzsteigerung durch ein neues Rechnungswesen? Zur Verbesserung der Transparenz städtischen Handelns (Wiederholung)
9.-12.9.1996 (Frischmuth, von Kodolitsch)
- Der „schlanke Staat“. Verwaltungsmodernisierung in Bund, Ländern und Gemeinden
16.-18.9.1996 (von Kodolitsch, Frischmuth)
- Funktionsmischung und Dichte. Neue Möglichkeiten und alte Restriktionen für tragfähige Stadtstrukturen
23.-26.9.1996 (Sander)
- Die moderne Sozialverwaltung. Probleme, Konflikte und Erfahrungen
7.-10.10.1996 (Brühl)
- Güterverkehr in der Stadt
21.-24.10.1996 (Kühn, Lehmbruck)
- Familien- und kinderfreundliche Kommunalpolitik. Handlungsmöglichkeiten trotz finanzieller Engpässe?
4.-7.11.1996 (Frischmuth, Brühl)
- Bevor Reformwille in Lethargie umschlägt. Zur Motivation der Mitarbeiter in städtischen Verwaltungen
18.-21.11.1996 (Frischmuth, Löhr [DST])
- Entwicklung der Innenstädte. Probleme und Handlungspotentiale
9.-12.12.1996 (Kühn, Hollbach-Grömig)

2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Symposien

- Chancen und Grenzen neuer kleinräumiger Funktionsmischung in Berlin. Experten-Workshop im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Berlin
17.1.1996 (Sander, Becker, Baasner [ext.])
- Die modernisierte Kommunalverwaltung – fähig zur Haushaltskonsolidierung?
19.-20.1.1996 in Goslar (Frischmuth, v. Kodolitsch, Mäding)
- Ziele kommunaler Kulturpolitik. Zielfindung und Umsetzung des kommunalen Kulturauftrags
29.-30.4.1996 (Brühl, Göschel)



- 26. Interkommunaler Erfahrungsaustausch Stadterneuerung (in Zusammenarbeit mit der Stadt Dresden)
8.-10.5.1996 (Sander, Becker)
- Perspektiven für das Städtische – Zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa. Städtebauliches Symposium mit der Wüstenrot-Stiftung
13.-14.6.1996 (Sander, Becker)
- Verkehrsentwicklung in Stadtregionen. Auswirkungen räumlicher und ökonomischer Trends, Handlungsansätze
26.-27.6.1996 (Kühn)
- Flächensteuerung in Großstadtregionen – Ansätze für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung. Seminar im Rahmen des Projekts „Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
28.-29.10.1996 (Sander)

3. Entwicklung der Nachfrage



Mit den 26 durchgeführten Veranstaltungen erreichte der Arbeitsbereich 1996 insgesamt 1 220 Teilnehmer. Dies sind 91 weniger als 1995, weil in diesem Jahr nicht zwei, sondern nur eine größere Veranstaltung durchgeführt wurde. 68 Prozent der Teilnehmer entfielen auf die 19 Berlin-Seminare als dem Standard-Angebot der Difu-Fortbildung.

Die 843 Teilnehmer der Berlin-Seminare (einschließlich einer Sonderveranstaltung zur Kulturpolitik) setzten sich zusammen aus:

- 638 Teilnehmern aus den Zuwerderstädten des Difu, das sind 75,7 Prozent aller Teilnehmer (1995: 70,7 Prozent),
- 665 Teilnehmer aus Kommunalverwaltungen, das sind 78,9 Prozent aller Teilnehmer (1995: 77,1 Prozent),
- 107 Ratsmitgliedern, das sind 16,1 Prozent der kommunalen Teilnehmer (1995: 14,7 Prozent),
- 323 leitenden Mitarbeiter (Verwaltungschefs, Dezernenten, Amtsleiter), das sind 48,6 Prozent der kommunalen Teilnehmer (1995: 60,3 Prozent),
- 160 Teilnehmer aus Städten aus den neuen Bundesländern, das sind 24 Prozent aller kommunalen Teilnehmer (1995: 29,1 Prozent).

Der Anteil der Teilnehmer aus den neuen Bundesländern ist leicht zurückgegangen. Von den 139 Zuwendern des Difu entsandten drei Viertel (104) Teilnehmer zu den Berlin-Seminaren.



4. Projektarbeit

4.1. Stand der Einführung der Budgetierung in Stadtverwaltungen

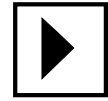
Im Rahmen des Projekts wurde 1995 eine Umfrage in Städten ab 50 000 Einwohner zum Stand der Arbeit mit dem Verfahren durchgeführt. Zu den Ergebnissen erschien im Januar 1996 die Aktuelle Information „Budgetierung in deutschen Städten – Stand der Einführung: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage“. Ausgehend von den Ergebnissen und einzelnen Fallbeispielen zur Anwendung des Verfahrens wurden im Dezember 1995, im Januar 1996 und im März 1996 dreitägige Seminare für Zuwanderstädte in Berlin angeboten, die jeweils ausgebucht waren. Die Schlußfolgerungen aus diesem Erfahrungsaustausch wurden als Projektzwischenbericht im Difu-Materialienband 2/96 „Budgetierung konkret – Umsetzung und Konsequenzen des neuen Verfahrens“ veröffentlicht. Darauf aufbauend fanden im Mai und September 1996 viertägige Seminare unter der Überschrift „Effizienzsteigerung durch ein neues Rechnungswesen?“ statt. Die Ergebnisse des Projekts wurden darüber hinaus in mehreren Vor-Ort-Veranstaltungen in Zuwanderstädten referiert und im DST-Arbeitskreis der Leiter von Großstadtkämmereien vorgestellt und diskutiert. In der Fachzeitschrift „Der Gemeindehaushalt“ 11/96 erschien zum Projekt ein Aufsatz. Das Projekt soll im III. Quartal 1997 abgeschlossen werden (Frischmuth).

4.2 Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen

Im Rahmen des ExWoSt-Programms des BMBau führt das Difu im Auftrag des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) die Projektforschung zum Berliner Modellprojekt in Altglienicke durch. Dort errichtet die städtische Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO einen im 1. Förderweg des sozialen Wohnungsbaus finanzierten Neubau (77 WE, davon 23 für obdachlose Familien). Modellhaft ist dabei in erster Linie die Refinanzierung des Eigenanteils der DEGEWO an den Baukosten durch den Verkauf von Besetzungsrechten an Bezirkssozialämter. Da sich der Baubeginn – wegen zusätzlicher Schwierigkeiten beim Grunderwerb und aufgrund von Auseinandersetzungen um die Finanzierung und deren Modalitäten – um insgesamt 15 Monate verzögerte und die Projektforschung das Vorhaben infolgedessen während der Laufzeit des ExWoSt-Programms nicht mehr bis zum Bezug der Wohnungen begleiten konnte, wurde sie Ende Oktober vorzeitig beendet. Das Difu legte seinen Abschlußbericht deshalb Mitte Dezember 1996 vor (von Kodolitsch/Brühl/Schuleri-Hartje [AB 1]).

4.3 Der Sanierungstreuhandträger des Sozialpädagogischen Instituts (SPI) Berlin als Regieprojekt zur Wohnraumbeschaffung für besondere Bedarfsgruppen

Im Rahmen des ExWoSt-Programms des BMBau „Dauerhafte Wohnungsversorgung von Obdachlosen“, in dem das Difu die Projektforschung zum Berliner Modellprojekt durchführt (Vgl. 4.2), wurden Sondergutachten zu drei Regieprojekten erstellt. Das Difu wurde mit einer Gesamtevaluation des SPI als dem (Mit-)Träger des Regieprojekts Berlin beauftragt. Das Sondergutachten analysiert die „Vorgeschichte“ des SPI als treuhänderischen Sanierungsträger, die Formen der Wohnraumbeschaffung durch diesen Träger, die Rollenverteilung und die Kooperation in dessen Projekten, deren Finanzierung und deren Auswirkungen auf die Wohnungsversorgung von Obdachlosen sowie von Wohnungsnotfällen in Berlin. Das Gutachten wurde im August 1996 vorgelegt und wird in der Reihe des BMBau veröffentlicht (von Kodolitsch, Schuleri-Hartje [AB 1]).

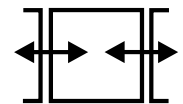


4.4 Planspiel zum Stadtentwicklungsprogramm Rheine 2000

Im Auftrag der Stadt Rheine führte das Difu ein Planspiel mit der Verwaltung und dem Rat zum Stadtentwicklungsprogramm Rheine 2000 durch. Ziel war es, im Rahmen von zwei mehrtägigen getrennten Klausuren ein konsensfähiges Leitbild für die Stadtentwicklung in Rheine zu erarbeiten, das als Grundlage für einen breit angelegten Dialog mit den Bürgern über die langfristige Stadtentwicklungspolitik in Rheine dienen soll.

In einem vom Difu moderierten Diskussionsprozeß haben Rat und Verwaltung der Stadt Rheine damit begonnen, Bausteine für ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln, das als Leitlinie für die langfristigen planerischen und sonstigen Aktivitäten der Stadt dienen kann. Auf der Basis einzelner Leitziele (z.B. zu Wirtschaft und Arbeit, Umwelt, Natur und Landschaft, Kultur und Bildung, Verkehr, zur regionalen Kooperation und zur sozialen Verantwortung) wurde folgendes Leitbild formuliert, das sich vor allem an nachhaltigen Zielvorstellungen, wie sie auch in der Lokalen Agenda 21 niedergelegt sind, orientiert: „Rheine auf dem Weg zu einer dauerhaft tragfähigen Stadtentwicklung: ökonomisch stabil und ökologisch verträglich, sozial verantwortlich, offen und regional bewußt, aktiv für Bildung und Kultur“. Die als „Leitziele“ erarbeiteten Bausteine dieses Leitbildes dienen der weiteren handlungs- und umsetzungsorientierten Konkretisierung. Das Projekt wurde im Oktober 1996 abgeschlossen (Sander, Bunzel [AB 1]).

5. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen



- Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht
 - ▲ Planspiel „BauGB-Novelle 1997“ (Löhr, Bunzel, Sander,)
 - ▲ Städtebauliche Leitbilder – Symposium, Experten-Workshop und Veröffentlichung (Sander, Becker)
 - ▲ Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde (Göschel, Böhme [AB 1]) Brühl [AB 5], Hoerkens [AB 6]), Plagemann [AB 7], Rothäusler, Schuleri-Hartje [AB 1], Wenke-Thiem [Presse- und Öffentlichkeitsarbeit])
 - ▲ Entwicklung neuer Funktionsmischung in Berlin, Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin (Sander, Becker)
- Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen
 - ▲ Zukunft des Produktionsstandortes Potsdam, Gutachten im Auftrag der Stadt Potsdam (Henckel, Kühn, Grabow)
 - ▲ Bausteine kommunaler Wirtschaftspolitik (Grabow, Kühn, Reidenbach, Hollbach-Grömig)
- Arbeitsbereich Umwelt
 - ▲ Praxistransfer stadtökologischer Forschungsergebnisse im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Sander, Kühn, Libbe)
- Arbeitsbereich Köln
 - ▲ Kommunale Belegungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen (Echter, Brühl)
- Arbeitsbereich Information und Dokumentation
 - ▲ Profildienst Wohnungspolitik, 16. Lfg. (Brühl)



6. Andere Aktivitäten

- Stellungnahme zu Verwahrlosungstendenzen in Neubaukomplexen „Belegungssteuerung in Großsiedlungen und zur Problematik der ‘Fehlbelegungsabgabe’ in Sozialwohnungen“ für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin, Juli 1996 (Brühl).
- Vorsitz des Betriebsrats (Frischmuth).
- Referat „Budgetierung in deutschen Städten – Ergebnisse einer Umfrage“ im Difu-Seminar „Budgetierung konkret“ Berlin, 29.1.1996 und 27.3.1996 (Frischmuth).
- Referat „Stand der Einführung der Budgetierung“ beim DST-Arbeitskreis der Leiter von Großstadtkämmereien, Rostock, 25./26.4.1996 und Frankfurt/a.M. 10./11.10.1996 (Frischmuth).
- Referat „Budgetierung als Basis eines modernen Haushaltsmanagementsystems“ im Rahmen des 10. Remstaler Software-Forums der Firma DOGRO, 11.7.1996 (Frischmuth).
- Referat „Von der Bürgerbeteiligung über die Bürgermitwirkung zum Total Quality Management (TQM) – Stationen und Ergebnisse der Diskussion um das Verhältnis der Bürger zur Kommunalverwaltung“ im Difu-Seminar „Bürgermitwirkung“, Berlin, 18. 3.1996, (von Kodolitsch).
- Referat „Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung“ beim 62. und 63. Referendarlehrgang des Instituts für Städtebau, Berlin, 18.4.1996 und 18.11.1996 (von Kodolitsch).
- Referat „Die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung – Herausforderungen durch das Neue Steuerungsmodell“ im Rahmen des Informationsseminars der Stadt Kiel für Mitglieder der Ratsversammlung und der Ausschüsse, 6.9.1996 (von Kodolitsch).
- Referat „Bürgerbedürfnisse“ im Rahmen des Seminars der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg für Bedienstete der Stadtverwaltungen „Kommunalbehörden im Wandel – Bürgerorientierte Verwaltungen“ Bad Urach, 8.10.1996 (von Kodolitsch).
- Referat „Prognose über die Entwicklung der Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland“ im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre Beiräte und Ortsämter in der Stadt - Gemeinde Bremen, 14.12.1996 (von Kodolitsch).
- Vorbereitung und Durchführung des Workshops „Ausweitung der Ladenöffnungszeiten – einheitlich oder räumlich differenziert?“ im Auftrag des BMBau, Berlin, 14.5.1996 (Kühn, Löhr).
- Vorbereitung und Durchführung des Experten-Workshops „Neue Stadtteile in Europa – Leitbilder“ im Rahmen des Projekts „Städtebauliche Leitbilder“ der Wüstenrot Stiftung, Berlin, 21.6.1996 (Becker, Sander).
- Vorbereitung und Durchführung des Symposiums „Perspektiven für das Städtische“ im Rahmen des Projekts „Städtebauliche Leitbilder der Wüstenrot Stiftung, Berlin, 13.-14.6.1996 ((Becker, Sander).
- Vorbereitung und Durchführung des Experten-Workshops „Aktuelle Pläne und Projekte für Stadtentwicklung und Städtebau – Leitbildorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland“ im Rahmen des Projekts „Städtebauliche Leitbilder“ der Wüstenrot Stiftung, Berlin, 28.6.1996 (Becker, Sander).
- Vorbereitung und Durchführung des Experten-Workshops „Planung und Umsetzung nutzungsverflochtener Stadtstrukturen“ im Rahmen des Projekts „Städtebauliche Leitbilder“ der Wüstenrot Stiftung, Berlin, 5.7.1996 (Sander, Becker).
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010“ am 7.5.96 in Heidelberg (Sander).



7. Veröffentlichungen

7.1 Difu-Publikationen

Materialien

- 2/96
Birgit Frischmuth (Hrsg.), Budgetierung konkret – Umsetzung und Konsequenzen des neuen Verfahrens, Berlin 1996.

Forum Stadtökologie

- Gerd Kühn (Hrsg.) Verkehrsentwicklung in Stadtregionen. Tagungsband, Berlin 1996.

Aktuelle Information

- Birgit Frischmuth, Budgetierung in deutschen Städten. Stand der Einführung: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Berlin 1996.

7.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Hasso Brühl, „Magisches Fünfeck“ – Handlungsfelder einer familien- und kinderfreundlichen Kommunalpolitik, in: Der Gemeinderat, 1996, Nr. 10.
- Birgit Frischmuth, Budgetierung – Stand und Probleme der Arbeit mit dem Verfahren, in: Der Gemeindehaushalt, 1996, H. 19, S. 250 ff.
- Paul von Kodolitsch, Die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung – Herausforderungen durch das „Neue Steuerungsmodell“, in: Christoph Reichard, Hellmut Wollmann (Hrsg.), Kommunalverwaltungen im Modernisierungsschub?, Basel 1996, S. 169 ff.
- Paul von Kodolitsch, Sven Olbermann, Porträts zur Verwaltungsmodernisierung in den Städten, in: Sven Olbermann, Städte auf dem Reformweg. Materialien zur Verwaltungsreform, Köln 1996, S. 7 ff. (DST-Beiträge zur Kommunalpolitik, Reihe A, H. 22).
- Robert Sander, Stellungnahme zum Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010, in: Stadt Heidelberg (Hrsg.), Diskussionsentwurf Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010. Dokumentation der Podiumsdiskussion, Heidelberg 1996, S. 94f. (Schriften zur Stadtentwicklung, Heidelberg).

**ARBEITSBEREICH 6:
VERÖFFENTLICHUNGEN**

AB6

ARBEITSBEREICH 6: VERÖFFENTLICHUNGEN

AB6

Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens

Sachbearbeitung

Erika Huber
Isabell Stade
Waltraud Holtorf (10%)

Sekretariat

Gisela Koßmann

Vertrieb

Dagmar Dietrich (60%)
Gerda-Luise Elbin (40%)



1. Entwicklung der Nachfrage

1996 betragen die Gesamteinnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen 229164 DM. Sie lagen damit rund 10 000 DM über dem Vorjahresergebnis und auf der gleichen Höhe wie 1994.

Die Kohlhammer-Erträge beliefen sich 1996 auf 39658 DM – im Vorjahr auf 35945 DM. In dieser Größenordnung werden die Erträge etwa bleiben, wenn das Institut neben dem Loseblattwerk „Die Gemeindeordnungen und Kreisordnungen in der Bundesrepublik Deutschland“ einen weiteren – gutgehenden – Band herausbringt.

Trotz der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte erhöhte sich die Zahl der verkauften Exemplare aus der institutseigenen Produktion gegenüber dem Vorjahr um elf Prozent. Hierbei ist erwähnenswert, daß etwa ein Viertel der 1996 herausgebrachten Neuerscheinungen – aufgrund ihres spät im Jahr liegenden Erscheinungstermins – erst 1997 richtig auf dem Markt nachgefragt werden kann.

Die Daten der Tabelle für die Jahre 1994 bis 1996 lassen erkennen, daß der Anteil der Freixemplare am gesamten Absatz gestiegen ist. Die Zahl der insgesamt abgesetzten Exemplare ist jedoch gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Daß die Einnahmen 1996 dennoch leicht steigen konnten, hängt damit zusammen, daß in diesem Jahr der verkaufte Anteil der (teureren) Difu-Beiträge deutlich höher war als im Vorjahr.

So läßt sich in diesem Jahr das Fazit des Vorjahres wiederholen: Die Entwicklung könnte als Hinweis auf „eine gewisse Nachfragestabilität auch bei unterschiedlichen Schwerpunkten in der Veröffentlichungstätigkeit der beiden Vergleichsjahre gewertet werden“.

Absatz von Publikationen aus dem Eigenverlag im Vergleich (1994-1996)						
	1994		1995		1996	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Freiexemplare	8630	61	8865	61	9334	65
gegen Rechnung	5637	39	5625	39	5029	35
Insgesamt	14267	100	14900	100	14363	100

Insgesamt sind 1996 in der Schriftenreihe eine Veröffentlichung (1995: zwei Titel), in den Difu-Beiträgen zur Stadtforschung acht Titel (1995: drei Titel), in den Dokumentationsserien drei Titel (1995: drei Titel), in der Materialien-Reihe acht Titel (1995: 17 Titel) sowie eine Arbeitshilfe (1995: ein Titel) erschienen. In der Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ wurden zwei Titel (1995: ein Titel) herausgebracht. Hinzu kommen zwei Halbjahresbände des „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (Redaktion: Engeli), zwei Hefte der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (Redaktion: Engeli), drei Ausgaben der „Aktuellen Information“ (1995: ein Titel) sowie drei Ausgaben des neuen Info-Letters „Forum Stadtökologie“ und ein Band der Tagungsdokumentationen des „Forum Stadtökologie“.



2. Veröffentlichungen 1996

Titel/Ersch.-Monat	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Seiten
Schriften des Difu (Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag)			
Bd. 47 Die Gemeindeordnungen und die Kreisordnungen in der Bundesrepublik Deutschland 22. Lfg., 1996	Schmidt-Eichstaedt/ Stade/Borchmann	1 100 Ex.	366
Difu-Beiträge zur Stadtforschung			
Bd. 16 Flächen sparen, Verkehr reduzieren. Möglichkeiten zur Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung Dezember 1995 (im Jahresbericht 1995 noch nicht erwähnt)	Apel/Henckel/ Bunzel u.a.	1 200 Ex.	297
Bd. 17 Entwicklungsplanung in ostdeutschen Städten – Suche nach eigenen Wegen Februar 1996	Heinz/Scholz	870 Ex.	295
Bd. 18 Historisches Grün als Aufgabe des Denkmal- und Naturschutzes Juni 1996	Böhme/Preisler-Holl/ Taubert	1 050 Ex.	212
Bd. 19 Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen Oktober 1996	Preisler-Holl/ Ammermann/ Böhme u.a.	995 Ex.	220
Bd. 20 Die Flächennutzungsplanung – Bestandsauf- nahme und Perspektiven für die kommunale Praxis November 1996	Bunzel/Meyer	1 225 Ex.	236
Bd. 21 Kommunale Wirtschaftsförderung in den 90er Jahren. Ergebnisse einer Umfrage November 1996	Hollbach-Grömig	880 Ex.	130
Bd. 22 Kommunale Standards in der Diskussion. Setzung und Abbau von Standards am Beispiel der Kindergärten Dezember 1996	Reidenbach	911 Ex.	170
Bd. 23 Public Private Partnership im Städtebau. Erfahrungen aus der kommunalen Praxis. Acht Fallbeispiele aus nordrhein-westfäli- schen Städten Dezember 1996	Heinz/Scholz	997 Ex.	275



Titel/Ersch.-Monat	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Seiten
Materialien			
1/96 Die Zukunft des Dienstleistungssektors in der Stadt. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ am 22. und 23. Juni 1995 in Mannheim März 1996	Grabow (Hrsg.)	500 Ex.	181
2/96 Budgetierung konkret – Umsetzung und Konsequenzen des neuen Verfahrens Dokumentation der Difu-Seminare Winter 1995 und Frühjahr 1996 Juni 1996	Frischmuth (Hrsg.)	650 Ex.	193
3/96 Fallbeispiele zum Projekt „Planerische Vorsorge für Ausgleich und Ersatz in Bauleitplänen“	Preisler-Holl/ Ammermann/Böhme u.a.	600 Ex.	336
4/96 Kommunale Finanzen. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ am 16. und 17. November 1995 in Bonn Juli 1996	Reidenbach (Hrsg.)	600 Ex.	246
5/96 Medien, Kommunikation und Stadtentwicklung. Dokumentation eines Workshops im Rahmen des Projekts „Entscheidungsfelder städtischer Zukunft“ am 18. und 19. Januar 1996 in Karlsruhe August 1996	Floeting (Hrsg.)	500 Ex.	165
6/96 Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik. Umfrageergebnisse 1996 Dezember 1996	Bretschneider	400 Ex.	112
7/96 Verwaltungsreform – Auswirkungen im Jugendhilfe- und Sozialbereich. Tagungsdokumentation des 9. Jahrestreffens der Jugendhilfeplaner am 9. Mai 1995 in Mainz Dezember 1996	Kunert-Schroth (Hrsg.)	400 Ex.	130
8/96 Standards im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Ein deutsch-französischer Vergleich im EUROREX-Programm Dezember 1996	Becker/Bollmann	400 Ex.	132



Titel/Ersch.-Monat	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Seiten
Arbeitshilfen (AH)			
AH Städtebaurecht: Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans. Erste Auflage unter Berücksichtigung des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes Mai 1996	Taft/Wallraven-Lindl	800 Ex.	187
Umweltberatung für Kommunen (Ufk)			
Naturschutz. Einführung und Wegweiser zu Adressen, Zeitschriften, Literatur Februar 1996	Ranneberg/Stern/Brockmann	450 Ex.	151
Lokale Agenda 21. Dokumentation eines Erfahrungsaustauschs Juli 1996	Rösler (Hrsg.)	900 Ex.	102
Aktuelle Information			
Budgetierung in deutschen Städten. Stand der Einführung: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage Januar 1996	Frischmuth	1 500 Ex.	10
Stadtmarketing – eine Bestandsaufnahme in deutschen Städten Februar 1996	Kaiser	1 500 Ex.	12
Telematik, Teledienstleistungen und Kommunalpolitik März 1996	Grabow/Korte	1 500 Ex.	14
Forum Stadtökologie			
Verkehrsentwicklung in Stadtregionen. Auswirkungen räumlicher und ökonomischer Trends, Handlungsansätze. Dokumentation eines Seminars des Deutschen Instituts für Urbanistik am 26. bis 27. Juni 1996 Dezember 1996	Kühn (Hrsg.)	600 Ex.	271
Dokumentationen			
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung (Herstellung AB 7) Heft 1, Juli 1996 Heft 2, Dez. 1996	Bretschneider/Fuchs	604 Ex. 585 Ex.	157 162
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen August 1996	Rarisch	510 Ex.	158



2.1 Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK)

Nach der Absatzstatistik hatte das AfK im Dezember 1996 703 zahlende Bezieher; zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 642. Dazu kommen rund 100 Freiabonnements.

Themen der beiden Halbjahresbände 1996 sind folgende:

Band I

- Der Weg zur Stadt der kurzen Wege – versperrt oder nur lang? Zur Attraktivität eines Leitbildes
- Komplexitätsverarbeitung in der Planung (Stadt-, Regional- und Landesplanung) – am Beispiel der Regionalplanung
- Exmissionen und Obdachlosenwohnungen. Die kommunale Fürsorge für obdachlose Familien in der Weimarer Republik
- Regionale Kommunalverbände: Herkunft und Wandel
- Bedingungen einer erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Kommunen
- Zukunftsaufgabe Kommunale Gesundheitsberichterstattung
- Neue Zentrenstrukturen in den USA. Eine Perspektive für Dezentrale Konzentration in Deutschland?

Band II

- Standorttendenzen und kommunale Standortpolitik im Dienstleistungssektor
- Sparstrategien auf der Suche nach ihrem Gegenstand. Die staatliche Finanzkrise als Herausforderung an Rechts- und Verwaltungswissenschaft
- Rechtsprobleme bei Stromversorgungsübernahmen
- Strategien für den sozialen Ausgleich. Handlungsspielräume im Stadtstaat Hamburg

2.2 Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)

Die Zahl der Abonnenten betrug zum Jahresende 1996 764 (im Vorjahr 783), davon waren 458 Abonnements gegen Rechnung (im Vorjahr 472).

Themenschwerpunkte der beiden Halbjahresbände 1996 sind folgende:

- EDV und Stadtgeschichte (I/96) sowie
- Hauptstadt und Hauptstädte (II/96)

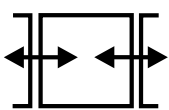
AB6



3. Veröffentlichungen in Vorbereitung

Über die genannten Titel hinaus waren im Jahr 1996 weitere in Vorbereitung; sie erscheinen im Laufe des Jahres 1997. Nachfolgend werden Veröffentlichungen aufgeführt, die derzeit in Vorbereitung oder in Herstellung sind:

Titel	Autor(en)/Hrsg.
Schriftenreihe	
Bd. 88 Stadtbaukultur – Verständigungsprozesse zur Gestaltung der Stadt	Becker
Bd. 90 Entscheidungsfelder städtischer Zukunft	Henckel u.a.
Bd. 47 Die Gemeindeordnungen und die Kreisordnungen in der Bundesrepublik Deutschland 23. Lfg., 1996, erscheint 1997	Schmidt-Eichstaedt/ Stade/Borchmann
Materialien	
Wahrnehmung von Stadtproblemen (Arbeitstitel). Gemeinschaftsveröffentlichung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und des Deutschen Instituts für Urbanistik	Bretschneider
Wohnumfeldorientierte Parkraumplanung Berlin-Prenzlauer Berg	Lehmbrock
Umweltberatung für Kommunen	
Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen Klimaschutzprogrammen	Fischer/Kallen (Hrsg.)



4. Mitarbeit in anderen Arbeitsbereichen

Arbeitsbereich 3: Redaktionelle Betreuung des Projekts „Stadtökologie“.
Arbeitsbereich 1: Redaktionelle Betreuung des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“.

**ARBEITSBEREICH 7:
INFORMATION UND DOKUMENTATION**

AB7

ARBEITSBEREICH 7: INFORMATION UND DOKUMENTATION

AB7

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dr.-Ing., Dipl.-Volksw. Michael Bretschneider
Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth (63 %)
Susanne Plagemann, M.A.

Sachbearbeitung

Renate Christian
Jürgen Federau (bis November 1996, 75 %)
Christel Fuchs (70 %)
Norbert Gietzen (50 %)
Christine Grabarse (75 %)
Rita Gräber
Waltraud Holtorf (80 %)
Rita Rabe
Klaus M. Rarisch
Jörg Schumacher
Christiane Walter

Studentische Hilfskräfte

Andreas Schäfer (25 %)
Benjamin Pannier (25 %)

Sekretariat

Gerda-Luise Elbin (60 %)

1. Zur Situation des Arbeitsbereichs



1996 war für den Arbeitsbereich Information und Dokumentation gekennzeichnet durch Umbrüche, die neue Arbeitsfelder und Kooperationen hervorbrachten, aber auch bestehende auflösten.

Erfreulich entwickelten sich die Internet-Aktivitäten des Arbeitsbereichs, die sich 1996 als fester Bestandteil der AB 7-Aufgaben etablierten. Mit der Technischen Universität Berlin (TUB) wurde ein Internet-Zugang geschaffen, über den auch das Internet-Angebot des Deutschen Städtetages (DST) angeboten wird.

Die Kooperation mit dem Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau (IRB) wurde zum Dezember 1996 durch das IRB beendet. Dies bedeutete Einbußen sowohl finanzieller Art wie auch auf der ORLIS-Inputseite. Der Arbeitsbereich hat hierauf mit einem neuen Inputkonzept reagiert. Die Aufkündigung der Zusammenarbeit verändert auch die bundesweite Informationsversorgung auf dem Themengebiet „Raumordnung, Wohnungswesen, Städtebau“.

Stärker als bisher wird das Difu seine Datenbank ORLIS der Fachöffentlichkeit zugänglich machen, um die Versorgung mit kommunalen Literaturinformationen zu gewährleisten, da dieses Gebiet in Zukunft durch das IRB nicht mehr in gewohntem Umfang abgedeckt wird.

2. Datenbankproduktion und -betrieb



2.1 Literaturdatenbank ORLIS

Die Datenbank hat zum 31.12.1996 einen Bestand von 186 561 Literaturnachweisen. Der Zuwachs betrug im Jahr 1996 11 541 Einheiten:

- 4 729 durch Difu-Produktion,
- 3 092 durch Übernahme und Bearbeitung von Daten der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR),
- 3 720 durch Übernahme von IRB-Daten (letztmalig).

Hauptlieferanten der Zeitschriftenaufsätze waren IRB, DST und BfLR, während das Difu überwiegend die monographische bzw. Graue Literatur dokumentiert.

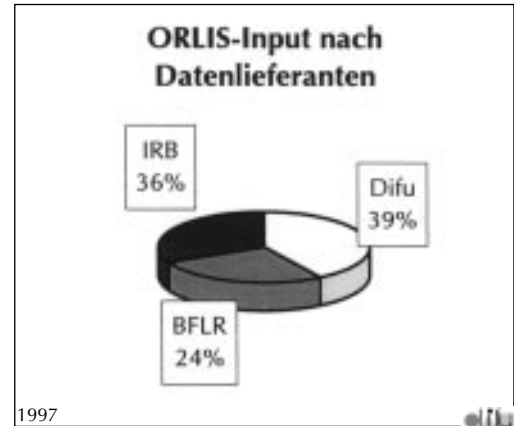
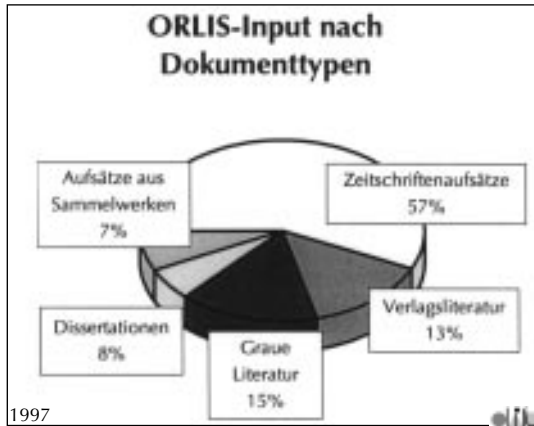
Die Kündigung der Kooperation durch das IRB hat zur Folge, daß ab 1997 durchschnittlich 3500 bisher vom IRB zugeliessene Zeitschriftennachweise wegfallen. Um die Qualität und Quantität von ORLIS weiterhin aufrechtzuerhalten, wurde ein neues Input-Konzept ab 1997 entwickelt. Es sieht vor, daß das Difu selbst in großem Umfang (Fach-)Zeitschriften dokumentiert. Um diese Menge zu bewältigen, wurden umfangreiche interne Änderungen der Arbeitsabläufe festgelegt und die DST- und BfLR-Datenübernahmen optimiert.

AB7



Datenbank-
produktion
und -betrieb

Außerdem ist eine stärkere Focussierung auf kommunale Themen (z.B. Verwaltung, Wirtschaftsfragen, Soziales oder Bevölkerung) als bisher geplant. Der Arbeitsbereich will so ORLIS als *die* kommunale Fachliteratur-Datenbank Deutschlands ausbauen. (Plagemann, Christian, Fuchs, Gräber, Holtorf, Kunert-Schroth, Rabe, Rarisch, Walter, Schumacher)



2.2 Umfragedatenbank DEMOS

Die DEMOS-Datenbank enthielt zum Jahresende 1996 Beschreibungen von 1075 kommunalen Umfragen, der Zugang betrug 72 weitere Umfragen. Im Jahre 1996 sind 126 Recherchen in der Datenbank durchgeführt worden, um externe Anfragen zu beantworten.

DEMOS ist eine wichtige Ressource für die Kooperation mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt). Im Jahre 1996 hat der Vorstand ausdrücklich an seine Mitglieder appelliert, das Difu mit Materialien zur kommunalen Umfrageforschung zu beliefern. Für eine Arbeitsgruppe des Verbands, die die Herausgabe eines Handbuchs zur kommunalen Umfrageforschung plant, wurde ein Beitrag über „Informationsmöglichkeiten über kommunale Umfragen“ verfaßt.

DEMOS ist mittlerweile auf der Grundlage von mehr als 1000 Umfragebeschreibungen in der Lage, als Analyseinstrument zur Untersuchung methodischer Eigenschaften kommunaler Umfragen zu dienen. Erste Analyseergebnisse zu Beteiligungsquoten sind für das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln und die Verbandszeitschrift des VDSt erarbeitet worden.

Derzeit ist ein Ausbau der Datenbank aufgrund der schon vorhandenen Kapazitätsauslastung nicht möglich. Im Jahre 1996 wurde damit begonnen, eine Schwerpunktsetzung zugunsten aktueller Themenfelder zu praktizieren. Der Schwerpunkt „Befragungen von Mitarbeitern der Stadtverwaltung“ ist u.a. zur Unterstützung eines Difu-Seminars („Bevor Reformwille in Lethargie umschlägt“) eingesetzt worden, indem eine spezielle Materialsammlung für die Seminarteilnehmer produziert wurde (Bretschneider, Schumacher).

2.3 Volltextdatenbank „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“

Im November 1996 wurde dieses ABM-Projekt erfolgreich abgeschlossen. Im Laufe des einjährigen Projekts wurden alle erschienenen Zeitschriftenjahrgänge eingescannt, durch Texterkennungsprogramme digitalisiert und in eine Datenbankstruktur eingebracht. Auf dieser Grundlage wurde die CD-ROM „25 Jahre Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Das digitale Archiv 1970-1995“ produziert, die durch ein benutzerfreundliches Menü und Suchprogramm auch ungeübten Nutzern das komplette Zeitschriftenarchiv erschließt. Die CD-ROM wurde als Difu-Veröffentlichung auf der Buchmesse 1996 in Frankfurt/a.M. erstmals präsentiert (Plagemann, Engeli, Federau, Schumacher).



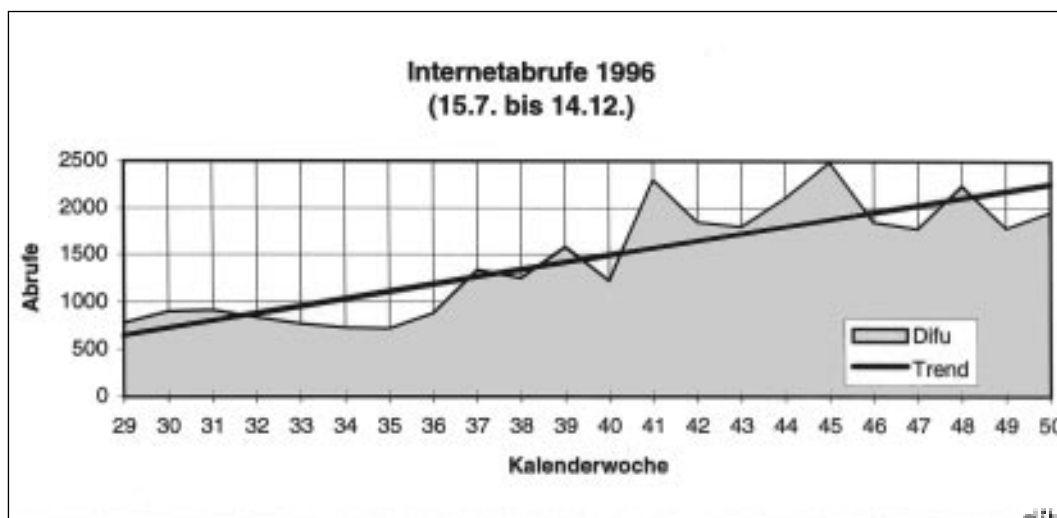
*Datenbank-
produktion
und -betrieb*

3. Informationsdienstleistungen und -produkte

3.1 Difu-Internet-System

Im Mai 1996 wurde ein Internet-Anschluß für das Difu realisiert. Neben dem Difu wurden auch der Verein für Kommunalwissenschaften (VfK), der Deutsche Städtetag (DST), der Rat der Gemeinden und Regionen Europas – deutsche Sektion (RGRE) und KommOn (gemeinsame Homepage kommunaler Organisationen) als sogenannte „Domains“ unter der Difu-Internetadresse registriert. Für alle fünf Domains hat der Arbeitsbereich die Administration und technische Pflege übernommen. Physisch erfolgt der Zugang zum Internet über eine Standleitung zur Technischen Universität Berlin.

Neben der Nutzung des Internet-Zugangs für E-Mail und Dateitransfer liegt die Hauptaufgabe in der Bereitstellung des Difu-Angebots im World Wide Web (WWW). 1996 war das Jahr des Aufbaus des Difu-WWW-Servers, daher lagen Schwerpunkte der Arbeit bei der Erstimplementation sowie beim Editieren der wichtigsten Informationsbausteine. Zum 31.12.1996 umfaßt das Angebot 180 WWW-Seiten. Die Nutzungshäufigkeit entwickelte sich positiv: von rund 100 Abrufen pro Tag beim Start des Systems steigerten sich die Abrufe auf über 300 Seiten am Tag, insgesamt wurden bisher über 32 000mal WWW-Seiten des Difu abgerufen:



AB7



Informations-
dienstleistungen
und -produkte

Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der Abrufe auf die einzelnen Rubriken.

DIFU					
Programmbereich	Abrufe	Dialog	Programmbereich	Abrufe	Dialog
Homepage	5274	Links	Infodienste	1294	
Englisch	274		Datenbankprofile	320	
Französisch	79		URBADISC	234	
Intro	1089		DEMOS (neu ab 12.09.)	258	Bestellung
Organigramm	615		Publikationen	2031	Bestellung
Forschung	1240		AfK	232	
Baurecht	93		Arbeitshilfen	136	
Finanzen	132		Beiträge	363	
Jugend	64		Berichte	1125	
Kultur	66		IMS	86	
Stadtplanung	244		Materialien	319	
Umwelt	172		Schriftenreihe	216	
Verkehr	138		Ufk	120	
Wirtschaft	155		Presse	759	
Wohnen	121		Zuwenderliste	857	Links
Seminare	815		Stadtökologie	7079	
WWW-Links	411	Links	Kinder+Familien	262	

(Plagemann, Schumacher)

3.2 Datenbankrecherchen

1996 wurden 473 Anfragen bearbeitet, 357 Recherchewünsche richteten sich an die ORLIS- und 126 an die DEMOS-Datenbank. Die beigelegten Erfolgskontrollkarten wurden von 30 Datenbanknutzern zurückgeschickt, die Durchschnittsbewertung lag wie im Vorjahr bei 2 (Skala von 1 bis 5).

Die Anfragen kamen zu rund 50 Prozent von Zuwenderstädten, zu 35 Prozent von externen Nutzern und zu 15 Prozent von DifU-Mitarbeitern. Gegenüber dem Vorjahr ist die Gesamtnachfrage nach Einzelrecherchen zurückgegangen, andere Informationsangebote wie z.B. die Datenbankprofile haben in den Städten nach drei Jahren bereits Inhouse-Datenbanken entstehen lassen, die den Informationsbedarf teilweise abdecken. Auch die CD-ROM URBADISC erfüllt eine wichtige Funktion für diese Nutzer, die überwiegend aus dem Universitätsbereich kommen.

Hauptschwerpunkte lagen bei den ORLIS-Anfragen im Gesamtbereich der räumlichen Planung (30 Prozent) sowie in den Sektoren Wirtschaftsförderung (zwölf Prozent), Verwaltung/Finanzen (elf Prozent) und Bevölkerung/Sozialwesen (zehn Prozent).

In der DEMOS-Umfragedatenbank rangieren – nach den Anfragen zu „Bevölkerung/Sozialwesen“ (22 Prozent) und „räumlicher Planung“ (20 Prozent) – die Verwaltungsbefragungen im Sektor „Verwaltung/Finanzen“ mit 17 Prozent relativ hoch an dritter Stelle. Hierin spiegeln sich die Verwaltungsreformaktivitäten der Städte als Bedarf an Informationen zu Mitarbeiterbefragungen (Kunert-Schroth, Bretschneider, Christian, Plagemann).



3.3 ORLIS-Datenbankprofile

Die ORLIS-Datenbankprofile informieren quartalsweise über Neuzugänge dieser Literaturdatenbank zu einzelnen Sachgebieten. Sie informieren die Nutzer kontinuierlich und sind als Ergänzung zu den Datenbankrecherchen, welche den individuellen Ad hoc-Bedarf abdecken, anzusehen.

1996 bezogen rund 170 Nutzer aus Difu-Zuwanderstädten insgesamt 628 Abonnements. Erstmals wurde den Städten offeriert, die Quartalslieferungen per E-Mail zu beziehen. Hier-von machten bisher drei Städte Gebrauch. Nach wie vor wird die Lieferung der Informa-tionen per Diskette von den Abonnenten bevorzugt.

Folgende Themen werden zur Zeit angeboten (in Klammern: Anzahl der Abonnements):

- Finanzen und Verwaltung (87)
- Stadtplanung/Stadtentwicklung (89)
- Umwelt (120)
- Wirtschaft (94)
- Wohnen (123)
- Verkehr (115)

Die ORLIS-Datenbankprofile wurden 1996 erstmals auch außerhalb der Zuwanderstädte kostenpflichtig angeboten. (Plagemann, Gräber, Schumacher)

3.4 CD-ROM „URBADISC“ – Literaturdatenbank zu kommunalen Themen

Die CD-ROM URBADISC erschien 1996 erstmals mit einem deutschen Part, vertreten durch die Difu-Datenbank ORLIS. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag beim Aufbau eines Abonnenkreises für die CD-ROM. So konnten 1996 33 Abonnenten gewonnen werden, wovon elf aus Zuwanderstädten kommen. Damit wurde URBADISC von Anfang an kosten-deckend produziert.

URBADISC im Überblick:			
Land	Produzent	Datenbank	Umfang
Deutschland	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	ORLIS	169185
Großbritannien	London Research Centre (LRC)	URBALINE / ACOMPLINE	157550
Frankreich	Ministère de l'Aménagement, du Terroire, de l'Equipement et des Transports (MATET) Institut de l'Aménagement et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France (IAURIF)	URBAMET Genie Urbain	167081 41696
Spanien	Centro de Información y Documentación Cientí- fica (CINDOC)	URBATERR	56624
Italien	Archinet (Zusammenschluß von Universitätsinsti- tuten der Fachgebiete Architektur und Stadtpla- nung)	Docet, Biblio- data, Art-Pres, Archivo Masieri	61484
Gesamtzahl der Literaturnachweise auf Urbadisc:			653620

URBADISC wird vorwiegend von Hochschulbibliotheken eingesetzt, die auf diese Art den Studenten und Wissenschaftlern einen kostenfreien und komfortablen Zugriff auf die fünf internationalen Datenbanken ermöglichen (Plagemann, Gräber, Schumacher).

AB7



Informations-
dienstleistungen
und -produkte

3.5 Profildienste

Zu den exklusiv für Difu-Zuwanderstädte erarbeiteten Profildienst-Reihen wurden sieben Profildienste in insgesamt rund 1680 Exemplaren zu folgenden Themen erstellt:

- Alte Menschen (1 Lfg., 170 Ex.)
- Ausländer (1 Lfg., 250 Ex.)
- Kommunalen Umweltschutz (1 Lfg., 340 Ex.)
- Stadtentwicklung (1 Lfg., 150 Ex.)
- Stadtmarketing (1 Lfg., 300 Ex.)
- Wirtschaftspolitik (1 Lfg., 210 Ex.)
- Wohnungspolitik (1 Lfg., 260 Ex.)

Profildienste werden zu elf Themenbereichen angeboten. Da Profildienste ein kostenloser Service exklusiv für Zuwanderstädte sind, können sie auch nicht gegen Entgelt von Dritten bezogen werden (wiss. Mitarbeiter, Walter).

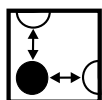
3.6 Dokumentationen

Die Serien „Graue Literatur“ und „Kommunalwissenschaftliche Dissertationen“ sind in der angekündigten Weise mit drei Ausgaben erschienen (Plagemann, Fuchs, Rarisch, Schumacher).

Für die Zeitschrift „Der Bayerische Bürgermeister“ stellte der Arbeitsbereich zu den jeweiligen Schwerpunktthemen eine Auswahlbibliographie mit Literaturnachweisen aus ORLIS zusammen (Plagemann).

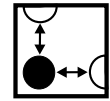
3.7 Benutzerbetreuung

Da die Städte Informationen oft per Diskette abfordern, berät der Arbeitsbereich die kommunalen Nutzer bei Softwarefragen und bietet für die ORLIS-Datenbankprofile ein spezielles Rechercheprogramm an, das vor allem komfortable Suchmöglichkeiten bietet. Das Programm wurde 1996 mit einem Windows-Update angeboten, wovon die meisten Anwender Gebrauch machten. 34 Zuwanderstädte setzen das Programm ein (Plagemann, Schumacher, Gräber).



4. Kooperationen mit anderen Institutionen

- *Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR)*
In bezug auf ORLIS fand die Zusammenarbeit mit der BfLR unverändert statt. Vor allem die wichtigen Teilbereiche Regionalplanung und Raumordnung in ORLIS wurden von der BfLR zugeliefert. Die Absicht zur Aufrechterhaltung einer arbeitsteiligen Kooperation im Dokumentationsbereich wurde von beiden Seiten auch für die Zukunft erneut bekräftigt.



- *Deutscher Städtetag (DST)*
 - ▲ Bibliothek: Im Kontext der ORLIS-Produktion ist auch der Datenaustausch mit der Bibliothek des Deutschen Städtetages als wichtiger Baustein anzusehen. Die DST-Literaturdaten werden vom Difu in aufbereiteter Form an die Senatsbibliothek weitergeleitet sowie in ORLIS aufgenommen. Im Gegenzug wird die DST-Bibliothek mit ORLIS-Daten beliefert.
 - ▲ Internet: Seit 1996 kooperieren DST und Difu auch in bezug auf ihre Internet-Angebote. Das Difu betreut das DST-Angebot technisch und administrativ. Die Informationsangebote des DST (DST und RGRE) liegen auf dem Difu-Server und können dort von Interessenten angerufen werden. Die Homepage für kommunale Online-Angebote „KommOn“ wird inhaltlich gemeinsam von Difu und DST verantwortet.
- *Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau (IRB)*

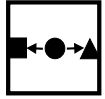
Der mit dem IRB vereinbarte Kooperationsvertrag mit einem Volumen von 155 000 DM wurde erfüllt. Insgesamt wurden 1996 3 720 Literaturnachweise an das IRB geliefert. Nach über zwei Jahrzehnten der Zusammenarbeit wird der Dokumentationsverbund mit dem IRB durch die Kündigung der Kooperationsvertrages von seiten des IRB nicht mehr weitergeführt.
- *Senatsbibliothek Berlin (SEBI)*

Die Zusammenarbeit mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) wurde gemäß dem Kooperationsvertrag zwischen Difu und dem Berliner Senat für kulturelle Angelegenheiten weiter ausgebaut. Die EDV-Einführung in der SEBI und die EDV-technische Verknüpfung der Arbeitsabläufe des Arbeitsbereichs und der SEBI blieben auch 1996 die wichtigsten Aufgaben.
- *Technische Universität Berlin (TUB)*

1996 erfolgte die Internet-Anbindung des Difu mit Hilfe des Rechenzentrums der TUB. Das Difu profitiert hierbei auch vom Know-how der DV-Spezialisten im Rechenzentrum.
- *URBANDATA*

Die internationale Vereinigung URBANDATA, welche 1995 unter Beteiligung des Difu gegründet wurde, hat zur Aufgabe, internationale Informationsarbeit zu fördern. Ihr Schwerpunkt liegt zur Zeit bei der Produktion der CD-ROM URBADISC. 1996 wurden zwei Sitzungen der ständigen Arbeitsgruppe durchgeführt (Rom, Madrid), die der Abwicklung der laufenden Geschäfte dienen (Produktion von URBADISC, Entwicklung von Projekten, Verbesserung des Benutzerservice, Koordinierung der Internet-Angebote der Partner). Vom 26.-29.9.1996 tagte die erste Generalversammlung auf Einladung des Difu im Ernst-Reuter-Haus.
- *Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt)*

Die Kontakte zum VDSt und insbesondere zur Arbeitsgemeinschaft „Kommunale Umfragen“ wurden in bezug auf die Umfragedatenbank DEMOS weitergeführt. In ORLIS wird das Verbandsschrifttum systematisch dokumentiert.



5. Interne Servicefunktionen

5.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung

Der Arbeitsbereich betreut die EDV-Technik am Difu, welche zur Zeit rund 120 PCs, dazugehörige Peripheriegeräte, Softwareprogramme, zwei UNIX-basierte Netzwerke und ein Novell-Netz umfaßt. Permanente Aufgaben sind hierbei die

- Installation, Wartung und Pflege der Hardware,
- Installation, Wartung und Pflege der Software,
- Datensicherung und der Virenschutz,
- Schulung, Beratung und Betreuung der Anwender,
- Administration des Difu-Netzwerks.

Der EDV-Lenkungsgruppe, dem arbeitsbereichsübergreifenden Beratungsgremium, wird in folgenden Bereichen gearbeitet:

- Entwicklung und Pflege von hauseigenen Ergonomie-, Hard- und Softwarestandards,
- Weiterentwicklung der EDV-Konzeption des Difu,
- Umsetzung von Investitionsentscheidungen.

1996 lagen die Schwerpunkte bei der

- Implementation des Difu-internen Netzwerks unter Novell 4.1. Hierbei wurde das EDV-Team durch eine Difu-Arbeitsgruppe „Netzwerk“ unterstützt.
- Schaffung eines Zugangs zum Internet für die Dienste File Transfer, E-Mail und WWW (über die TUB) sowie beim Aufbau des WWW-Servers und der Installation einer Firewall, die das interne Netz gegenüber unberechtigten Zugriffen schützen soll.

(Plagemann, Gietzen, Grabarse, Schumacher)

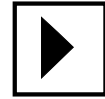
5.2 Aktivitäten für andere Arbeitsbereiche

Anderen Arbeitsbereichen des Difu wurde in folgenden Bereichen gearbeitet:

- Betreuung der Stiftung des Vereins für Kommunalwissenschaften („Kommunalwissenschaftliche Prämienschreibung“) (Rarisch).
- bibliographische Arbeiten für die „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ und das „Archiv für Kommunalwissenschaften“ (Rarisch).
- Technische Betreuung und Programmierung des Difu-Vertriebssystems (Schumacher) sowie Adressenbearbeitung (Gräber).

5.3 Information zu Forschungsinstituten und Fördermöglichkeiten

Der Arbeitsbereich dokumentiert weiterhin eine Sammlung von Unterlagen zur Unterstützung der Difu-Forschungsplanung (Projektdokumentationen, Institutsbeschreibungen, Forschungsfinanzierung) (Bretschneider, Holtorf).



6. Projekte: Forschungsbedarfsanalysen und Wissenstransfer

6.1 Umfrage „Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 1996“

Im Jahre 1996 wurde die Städteumfrage des Difu zum achtzehntenmal wiederholt. Von 94 angeschriebenen Städten beteiligten sich 75. Die Befragungsergebnisse wurden dem Difu-Institutsausschuß als „Sensitivitätsbericht“ vorgestellt und in der Materialienreihe des Difu veröffentlicht. Kurzfassungen wichtiger Ergebnisse wurden in Fachzeitschriftenaufsätzen publiziert (Bretschneider).

6.2 MOE-Netz

Das Kontaktnetz zu kommunalnahen wissenschaftlichen Einrichtungen in Mittel- und Osteuropa wurde in seinen Grundstrukturen 1996 beibehalten. Anhand der Difu-Berichte werden die Mitglieder regelmäßig über die Difu-Arbeit informiert. Aus diesem Netz ergeben sich vereinzelt Anfragen mit Informationswünschen, einige Institute überlassen dem Difu ausgewählte Veröffentlichungen. Im Jahre 1996 wurden einige deutsche Städte bei der Pflege ihrer Ostkontakte mit Informationen unterstützt (u.a. München, Bochum).

Als Gastwissenschaftler arbeitete ein Wissenschaftler des „Europäischen Instituts für Kommunal- und Regionalentwicklung“ der Universität Warschau einen Monat am Difu, wo er vom AB7 betreut wurde (Bretschneider).

6.3 10. Jugendhilfe-Jahrestreffen in Wiesbaden

Ende April 1996 führte das Difu mit west- und süddeutschen Jugendhilfefachleuten und -planern seinen 10. Erfahrungsaustausch zum Thema „Hilfen zur Erziehung“ in Wiesbaden durch.

Diese in der Jugendhilfe mit Abstand teuersten Leistungen sind nicht erst unter den Sparauflagen der letzten Jahre ins Blickfeld gerückt. Die gesellschaftlichen Konflikte haben sich vertieft, der deutliche Rückgang der Erziehungsleistungen der Familien macht öffentliche Erziehung offenbar notwendiger denn je, kann aber faktisch immer geringer angeboten werden. Die präventiven Angebote (wie Ganztagschulen, Schulsozialarbeit etc.) werden als freiwillige kommunale Aufgabe praktisch nur noch gering ausgebaut bzw. gefördert. Die Diskussion während des Jahrestreffens kreiste um das Problem, was zur Stärkung der Erziehungsleistung in den Familien getan werden kann. Die Tagung wird in der Difu-Materialienreihe dokumentiert (Kunert-Schroth, Mittag).



6.4 Seminarbegleitende Informationsdienste auf dem Gebiet der Jugendhilfe

Für das Projekt des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK) „Fachtagungen Jugendhilfe“ wurden 1996 folgende Leistungen erbracht:

- Erarbeitung von insgesamt 32 Arbeitshilfen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagungen des VfK und der Fortbildungsseminare des „Informations-, Beratungs-, Fortbildungsdienst Jugendhilfe“ (IBFJ) zum Themenbereich Jugendhilfe. Diese Arbeitshilfen enthalten die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, Richtlinien, Empfehlungen, ausgewählte Kommentare und Auszüge aus themenbezogener, möglichst praxisnaher und aktueller Fachliteratur sowie Hinweise auf weiterführende Literatur.
- Führung (Bestellung, Einarbeitung, Auswertung und Verwaltung) der Handbibliothek (derzeitiger Bestand 1000 Buchtitel sowie 16 Abonnements von Fachzeitschriften).
- Zusammenstellung einer Fachbibliographie zum Thema Jugendhilfe, die nach Sachgebieten geordnet eine umfassende Auswahl relevanter Buch- und Zeitschriftentitel (rund 1000 Nachweise) vorwiegend aus dem Jahr 1995 enthält. Interessierte Mitarbeiter/innen von Jugendämtern und freien Trägern können die Literaturinformation zum Selbstkostenpreis (Kopier- und Portokosten) über das Projekt beziehen.
- Mitarbeit an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der Fachtagungen des Projekts (Rabe).

6.5 Online Forum Stadtökologie

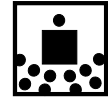
Das Online Forum Stadtökologie ist parallel zum Difu-Online-System im Juni der Fachöffentlichkeit vorgestellt worden. Zur Vorbereitung wurde eine Umfrage unter Kommunen mit mehr als 20 000 Einwohnern durchgeführt, durch die Informationen zur Planung des zukünftigen Internet-Angebots sowie über den potentiellen Nutzerkreis gewonnen werden sollten. Ein Ergebnis der Befragung war, daß 1/3 der Befragten einen (direkten oder unmittelbaren) Zugang zu Online-Diensten hat. Die Ergebnisse wurden in dem Newsletter *Forum Stadtökologie* 2/96 veröffentlicht.

Begleitend zur Einführung des Online-Forums wurden zwei Demonstrationsveranstaltungen am 30.8.1996 in Berlin und am 11.10.1996 in Köln für Interessenten ohne Internet-Vorerfahrungen durchgeführt, die sehr stark nachgefragt waren und mit ihrer Mischung aus Vorträgen und Internet-Tutorials gut ankamen.

Die Nutzung des Online Forum Stadtökologie entwickelte sich in folgender Weise:

Stadtökologie		
Programmbereich	Abrufe	Dialog
Homepage	1218	
Englisch	44	
Aktuell	294	
Bibliothek	374	Formular
Newsletter	329	
Ökolinks	456	Links
Praxisbeispiele	840	Formular
Projekte	1292	
Seminare	388	
Ziele/Grußwort	133	

(Plagemann, Schäfer, Gräber, Pannier, AB 3)



7. Andere Aktivitäten

- Gemeinschaftsstand mit KOSIS und DST auf der Statistischen Woche, Karlsruhe vom 23.-26.9 mit Internetvorführungen (AB7/Schmidt [Presse]).
- Vortrag „Organisation der Kommunalen Online-Angebote“ auf der Statistischen Woche am 25.9.1996 in Karlsruhe (Bretschneider).
- Vortrag auf der Tagung „Good cities for children and youth“ der Organisation „International Making Cities Livable Council“ zum Thema „Children’s interests in local government“, am 12.-15.5.96 in Ravensburg. (Veröffentlichung ist geplant) (Kunert-Schroth).
- Mitglied im Ausschuß „Nummerungssysteme“ des Normenausschusses „Bibliotheks- und Dokumentationswesen“ des DIN (Plagemann).
- Stellvertr. Vorsitz der Online-Benutzergruppe in der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation (Plagemann).
- Arbeitstreffen beim IRB am 18.1.1996 in Stuttgart (Plagemann).
- Tagung der ständigen Arbeitsgruppe von Urbandata am 14.-16.3.1996 in Madrid (Plagemann).
- Demonstration des Difu-Internet-Systems auf der DST-Veranstaltung „KommOn – Kommunen im Internet“ am 6.5.1996 in Köln (Plagemann).
- Vortrag „Gemeinschaftsinitiativen – Institute als Kooperationspartner“ beim Workshop „Kommunen und Internet“ veranstaltet von der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg am 9.5.1996 in Stuttgart (Plagemann).
- Vorbereitung und Moderation der Sitzung „City-Informationssysteme“ auf der 18. Online-Tagung veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation am 22.5.1996 in Frankfurt/Main (Plagemann).
- Tagung der ständigen Arbeitsgruppe von Urbandata am 12.-14.6.1996 in Rom (Plagemann).
- Klausurtagung mit dem IRB am 18./19.7.1996 in Freudenstadt (Mäding, Plagemann, Walter).
- Seminarleitung der Veranstaltung „Online Forum Stadtökologie – der Difu-Internetdienst für Kommunen“ und Vortrag „Online Forum Stadtökologie“ am 30.8.1996 in Berlin und am 11.10.1996 in Köln (Plagemann).
- Urbandata-Generalversammlung vom 26.9.-28.9.1996 in Berlin (Mäding, Plagemann).
- Stand auf der Buchmesse beim „International Booksellers and Library Center“, Frankfurt/Main vom 1.-7.10.1996, (IMS-CD-ROM, CD-ROM URBADISC, Internet-Vorführungen) (Plagemann, Gräber, Schumacher).
- Vortrag „Das Internet-Angebot des Difu für Kommunen“ beim Seminar „Internet-Nutzung in der Öffentlichkeitsarbeit“ veranstaltet von der Universität Koblenz-Landau am 30.10. und am 21.11.1996 in Landau (Plagemann).



8. Veröffentlichungen

8.1 Difu-Publikationen

Elektronische Publikationen

- CD-ROM „URBADISC“ (Ausgabe 1/96 im März, Ausgabe 2/96 im November)
- CD-ROM „25 Jahre Informationen zur modernen Stadtgeschichte – Das digitale Archiv 1970-1995“

Dokumentationsserien

- Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 1, Juli 1996; Heft 2, Dezember 1996 (Fuchs)
- Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, August 1996 (Rarisch)

Materialien

6/96

- Michael Bretschneider, Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik. Umfrageergebnisse 1996, Berlin 1996.

7/96

- Heidrun Kunert-Schroth (Hrsg.), Verwaltungsreform – Auswirkungen auf den Jugendhilfe- und Sozialbereich. Tagungsdokumentation des 9. Jugendhilfe-Jahrestreffens, Berlin 1996.

8.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Michael Bretschneider, DEMOS – Eine Datenbank zum Nachweis kommunaler Umfragen auf dem Weg zum Analyseinstrument, in: ZA-Information 38 (Mai 1996) des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung, S. 59-75.
- Michael Bretschneider, Kommunale Problemkonjunkturen, in: Das Rathaus, 1996, H. 6, S. 186-187.
- Michael Bretschneider, Probleme der Städte. Ergebnisse der Difu-Umfrage 1995, in: Der Städtetag, 1996, H. 1, S. 5-8.



Anhang:

- Allgemeines
 - ▲ Kurzinformation über das Institut
 - ▲ Zuwender des Difu
 - ▲ Übersichtskarte
- Personalia
 - ▲ Personalbestand zum 31.12.1996
 - ▲ Personalveränderungen 1996
 - ▲ Institutsleitung
 - ▲ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - ▲ Arbeitsbereiche 1-7
- Abkürzungen

Stand: März 1997

Deutsches Institut für Urbanistik

Partner bei der Lösung kommunaler Aufgaben

Stadt- und Regionalentwicklung Strukturwandel Stadterneuerung Wohnungspolitik Kommunale Kooperation Städtenetze Stadtgeschichte **Wirtschaft** Infrastrukturpolitik Gewerbeflächen Einzelhandelsentwicklung neue Technologien Wirtschaftsförderung Standortpolitik Arbeitsmarktpolitik **Kommunal Finanzen** Haushaltskonsolidierung Investitionstätigkeit Gemeindesteuern Gebührenpolitik **Verkehr** Verkehrsentwicklung Parkraummanagement ÖPNV **Umwelt** Stadtökologie Landschafts- und Freiraumplanung Naturschutz Energieeinsparung Klimaschutz **Soziale Fragen** und **Kultur** Altenpolitik Jugendhilfe Ausländerpolitik Kulturpolitik Denkmalpflege **Recht** und **Verwaltung** Städtebaurecht Umweltrecht Verwaltungsmodernisierung Stadtmarketing.

Themenspektrum

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 auf Initiative der deutschen Städte gegründet, um Kommunalverwaltungen durch wissenschaftlich fundierte Forschung, Fortbildung und Beratung die Lösung ihrer kommunalen Aufgaben zu erleichtern und darüber hinaus längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Das Institut untersucht Fragestellungen der Kommunalpolitik, erforscht interdisziplinär Grundprobleme der Kommunen und erarbeitet methodische Grundlagen und Konzepte für die kommunale Planungs- und Verwaltungspraxis. In seinen Arbeitsschwerpunkten unterstützt es einzelne Städte auch bei der Lösung aktueller Probleme, soweit es sich um exemplarische Problemstellungen handelt.

Zielsetzung und Forschungsaufgaben

Als Gemeinschaftseinrichtung von rund 140 Zuwendern (hauptsächlich Städten sowie Kommunalverbänden und Planungsgemeinschaften) orientiert das Difu seine Arbeit gezielt am Bedarf der Städte und bietet ihnen ein breites Spektrum von Dienstleistungen an. Forschungsberichte, Studien, Städteberatungen, Fortbildungsseminare sowie Informations- und Dokumentationsdienste dienen der anwendungsorientierten Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, dem Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und der Beratung bei der Umsetzung von Planungszielen in kommunales Verwaltungshandeln.

Die vier forschenden Arbeitsbereiche „Stadtentwicklung und Recht“, „Wirtschaft und Finanzen“, „Umwelt“ sowie die „Abteilung Köln“ bilden durch ihre praxisorientierte Forschungsarbeit die Grundlage für die drei dienstleistenden Arbeitsbereiche „Fortbildung“, „Veröffentlichungen“ sowie „Information und Dokumentation“. Durch Seminare, Informations- und Dokumentationsdienste sowie mehrere Veröffentlichungsreihen und Zeitschriften wird das im Difu erarbeitete Wissen zu kommunalen Fragestellungen der Praxis zur Verfügung gestellt.

Berufsbegleitende Fortbildungsveranstaltungen des Difu zu aktuellen kommunalpolitischen Themen richten sich hauptsächlich an Führungskräfte, leitende Mitarbeiter der Verwaltung sowie Mitglieder von Vertretungskörperschaften. Den Großteil der jährlich rund 15 Weiterbildungsaktivitäten stellen sogenannte Berlin-Seminare. Sie werden im Ernst-Reuter-Haus in Berlin durchgeführt. Darüber hinaus führt das Institut in Zusammenarbeit mit einzelnen Städten Kurzseminare auch vor Ort durch, deren Programme auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Städte oder Regionen zugeschnitten werden. Größere Fachtagungen runden das Fortbildungsangebot des Difu ab.

Fortbildung



*Information und
Dokumentation*

Informations- und Dokumentationsdienste des Instituts dienen dem interkommunalen Erfahrungsaustausch und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die kommunale Praxis. Grundlage hierfür sind die Erstellung von Datenbanken (ORLIS: Literaturpool zu kommunal bedeutsamen Sachgebieten; DEMOS: Umfragen aus den Kommunen), individuelle Datenbankrecherchen sowie die Herausgabe von Dokumentationsserien zu verschiedenen Themengebieten.

Veröffentlichungen

Das Difu vertreibt verschiedene Veröffentlichungsreihen: „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“, „Materialien“, „Arbeitshilfen“, „Umweltberatung für Kommunen“, „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, „Aktuelle Information“ und „Forum Stadtökologie“. Die „Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik“ sowie das „Archiv für Kommunalwissenschaften“ erscheinen im Verlag W. Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag.

*Zuwender und
Träger des Instituts*

In den Kreis der Zuwender des Difu können nur unmittelbare oder mittelbare Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages sowie Mitgliedstädte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aufgenommen werden. Zuwenderstädte profitieren vom regelmäßigen Dienstleistungsangebot des Instituts, das ihnen kostenlos die vom Institut veröffentlichten Publikationen sowie die Teilnahme an Seminaren und anderen Weiterbildungsveranstaltungen zu deutlich ermäßigten Gebühren ermöglicht. Ferner sorgen sie durch die Übermittlung eigener aktueller Fragestellungen an das Institut dafür, daß sich die Forschungs- und Fortbildungsarbeit an den realen Problemen der Städte orientiert. Als Gegenleistung beteiligen sich die Zuwenderstädte und -gemeinden an der Grundfinanzierung des Instituts.

Rechtsträger des Deutschen Instituts für Urbanistik ist der Verein für Kommunalwissenschaften e.V., dessen acht Mitglieder vom Deutschen Städtetag und vom Land Berlin, dem Sitzland des Instituts, benannt werden.

*Finanzierung und
personelle Situation*

Zur Finanzierung des Instituts tragen derzeit die Zuwenderstädte (23%), der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (13%), das Land Berlin (11%) sowie der Bund (11%) bei. Hinzu kommen Eigenmittel des Instituts, beispielsweise Projektförderungen sowie Einnahmen aus Seminaren, Veröffentlichungen und weiteren Dienstleistungen (42%). Im Institut arbeiten derzeit in Dauer- und Zeitverträgen rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

*Weiterführende
Informationen*

Weiterführende Informationen über die Institutsarbeit enthält die Broschüre „Leistungsprofil“. Eine Aufstellung aller lieferbaren Difu-Publikationen ist im aktuellen Verzeichnisse abgedruckt. Zweimal jährlich wird ein Seminarprogramm über die Fortbildungsangebote des Instituts herausgegeben. Vierteljährlich erscheint der Difu-Newsletter „Berichte“. Das gesamte Informationsmaterial ist kostenlos und kann in der Pressestelle angefordert werden.

Zuwenderstädte 1997



Amberg
Augsburg

Backnang
Bautzen
Beelitz
Bergen/Rügen
Berlin
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Braunschweig
Bremen

Coswig/Sachsen
Cottbus
Cuxhaven

Darmstadt
Döbeln
Dortmund
Düren
Duisburg

Eberswalde-
Finow
Emmendingen
Erfurt
Erlangen
Essen
Esslingen

Falkensee
Finstertal
Flensburg
Forchheim
Frankfurt/M.
Freiburg
Friedrichshafen
Fürth
Fulda

Garbsen
Gelsenkirchen
Genthin
Gießen
Göttingen
Goslar
Gotha
Greifswald

Hamburg
Hameln
Hamm
Hanau
Hannover
Heidelberg
Hennigsdorf
Herne
Hildesheim

Ingolstadt
Iserlohn

Jena

Kaiserslautern
Karlsruhe
Kiel
Koblenz
Köln
Konstanz
Kronberg

Lahr
Landau
Landshut
Langenhagen
Leipzig
Leverkusen
Lingen
Ludwigsburg
Ludwigshafen
Lübeck
Lüdenscheid
Lünen

Lugau
Lutherstadt
Wittenberg

Magdeburg
Mainz
Mannheim
Marburg
Markredwitz
Minden
Mühlhausen
Mülheim/Ruhr
München
Münster

Neubrandenburg
Neuss
Nürnberg

Offenbach
Offenburg
Olching
Oldenburg
Osnabrück

Passau
Potsdam
Prenzlau

Quedlinburg

Ravensburg
Recklinghausen
Regensburg
Reutlingen

Weitere Zuwender

- Kommunalverband Ruhr
- Zweckverband Großraum Braunschweig
- Kommunalverband Großraum Hannover
- Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Rheine
Rosenheim
Rostock
Rüsselsheim

Saarbrücken
Salzgitter
Schweinfurt
Siegen
Stadtroda
Stendal
Stuttgart

Trier
Tübingen

Ueckermünde
Unna

Viersen
Villingen-
Schwenningen

Waldheim
Weiden
Weißenfels
Wiesbaden
Wismar
Witten
Wolfsburg
Würzburg
Wuppertal

Zwickau

Zuwender 1997 insgesamt:

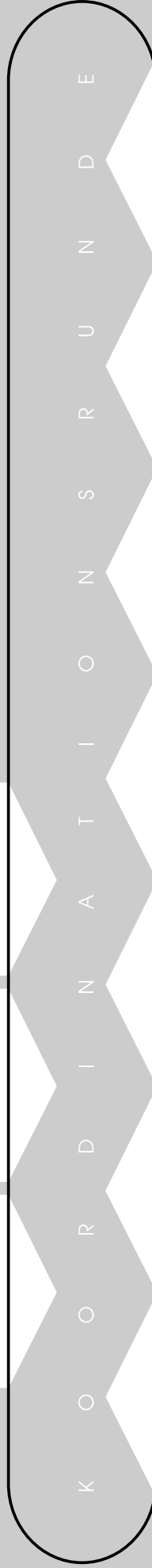
- 131 Städte
- drei Kommunalverbände
- eine Planungsgemeinschaft



Zuwanderstädte

Institutsleiter	Dr. jur. Rolf-Peter Lühr Stellvertretender Institutsleiter App. 220
Prof. Dr. rer. pol. Heinrich Mäding App. 214	Allg. Verwaltung Justizariat Zuwanderstädte
Presse- und Öffentlichkeits- arbeit	Sekretariat Sybille Wenke-Thiem App. 209
Sekretariat Cornelia Schmidt App. 208	Sekretariat Regina Haschke App. 215
Sekretariat Cornelia Rösler App. 202	Sekretariat Renate Schulz App. 218

Allgemeine Verwaltung	
Finanzen	Personnl
Ingeborg Honigmann App. 125	Ingerlote Damm App. 213
	Innerer Dienst
	Jutta Innenfeldt App. 217
Ernst-Reuter-Haus Straße des 17. Juni 112 D-10623 Berlin Telefon 030/39001-0 Telefax 030/39001-100 E-Mail: difu@difu.de Internet: http://www.difu.de	
Arbeitsbereich Köln Lindencallee 11 D-50968 Köln Telefon 0221/3771-144 Telefax 0221/3771-146	



Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht	Koordinator Dr.-Ing., Ass. jur. Arno Bunzel App. 238	Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen	Koordinator Dr. rer. soc. Dietrich Henckel App. 292	Arbeitsbereich Umwelt	Koordinatorin Dipl.-Ing. Cornelia Rösler App. 244	Arbeitsbereich Köln	Koordinator Dr. phil. Werner Heinz App. 143	Arbeitsbereich Fortbildung	Koordinator Dr. phil. Paul von Kodolitsch App. 272	Arbeitsbereich Veröffent- lichungen	Koordinatorin Dipl.- Pol. Beate Hoerkens App. 212	Arbeitsbereich Information und Dokumentation	Koordinatorin Susanne Plagemann M.A. App. 274
Sekretariat App. 237/204	Sekretariat App. 202	Sekretariat App. 202	Sekretariat App. 264/241	Sekretariat App. 144	Sekretariat App. 144	Sekretariat App. 144	Sekretariat App. 258/259	Sekretariat App. 256	Sekretariat App. 287/279				



Personalbestand zum 31.12.1996

Personalstand des Difu	Wissenschaftliches Personal		Nichtwissenschaft- liches Personal		Gesamtpersonal	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Mitarbeiterinnen	20	(48)	46	(84)	66	(68)
Mitarbeiter	22	(52)	9	(16)	31	(32)
Insgesamt	42		55		97	

Personalveränderungen 1996

Das Difu stellte 1996 folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu ein:

Matthias Eberling (wissenschaftlicher Mitarbeiter AB 2)
Steffi Gaevert (wissenschaftliche Mitarbeiterin AB 2)
Birgit Kahmann (wissenschaftliche Mitarbeiterin AB 1)
Synke Dreger (Sachbearbeiterin Haushalt/Finanzen)
Thomas Franke (Sachbearbeiter AB 4)
Susanne Friedrich (Sachbearbeiterin Haushalt/Finanzen)
Wolf-Christian Strauss (Sachbearbeiter AB 1)
Kristin Schultz-Coulon (Sekretärin AB 4)

Folgende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verließen 1996 das Institut:

Andreas Beecken (wissenschaftlicher Mitarbeiter AB 2, ABM)
Michael Henkel (wissenschaftlicher Mitarbeiter AB 1)
Nizan Rauch (wissenschaftlicher Mitarbeiter AB 2)
Carola Scholz (wissenschaftliche Mitarbeiterin AB 4)
Jürgen Federau (Sachbearbeiter AB 7, ABM)
Udo Krause (Sachbearbeiter AB 1)
Alexander Kern (Sachbearbeiter AB 3)
Erika Lubitz (Sachbearbeiterin Haushalt/Finanzen)

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin



Telefon: (030) 39001-0 (Zentrale)
Telefax: (030) 39001-100
E-Mail: difu@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Institutsleitung

Institutsleiter: Prof. Dr. Heinrich Mäding
Telefon: (030) 39001-214
Sekretariat: Regina Haschke
Telefon: (030) 39001-215
Telefax: (030) 39001-216

Stellvertreter: Dr. jur. Rolf-Peter Lühr
Telefon: (030) 39001-220
Sekretariat: Renate Schulz
Telefon: (030) 39001-218
Telefax: (030) 39001-128

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leitung: Sybille Wenke-Thiem
Telefon: (030) 39001-209
Sekretariat: Cornelia Schmidt
Telefon: (030) 39001-208
Telefax: (030) 39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de



AB1 ARBEITSBEREICH STADTENTWICKLUNG UND RECHT

Koordinator

Dr.-Ing. Arno Bunzel, Ass. jur., App. 238

Organisationssekretariat

Irmtraud Kasokat, App. 237

Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dr.-Ing. Dieter Apel App. 260	Verkehrsplanung, Siedlungsstruktur, Umweltschutz
Dr.-Ing. Heidede Becker App. 298	Städtebau, Stadterneuerung, Wohnungsbau
Dipl.-Ing. Christa Böhme App. 291	Naturschutz und Landschaftsplanung
Dr.-Ing. Arno Bunzel, Ass. jur. App. 238	Öffentliches Bau- und Planungsrecht
Dr. rer. pol. Albrecht Göschel Dipl.-Ing. App. 235	Sozialpolitik, Kulturpolitik
Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock App. 252	Verkehrsplanung, Städtebau
Dipl.-Ing. Ulrike Meyer App. 270	Städtebauliche Planungen
Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl App. 266	Naturschutz, Landschafts- und Freiraumplanung
Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje App. 234	Ausländerpolitik, Altenpolitik

Sachbearbeitung

Hans-Georg Just, App. 236	Sozialpolitik, Kulturpolitik
Wolf-Christian Strauss, App. 296	Verkehr, Städtebauliche Planung, Planungsrecht
Christa Rothäusler, App. 200	Raumordnung, Städtebauliche Planung

Weitere Sekretariate

Viola Boehle, App. 269
Franziska Paiteris, App. 204
Roswitha Winkler-Heinrich, App. 151



Koordinator

Dr. rer. soc. Dietrich Henckel, App. 292

Organisationssekretariat

Marlen Petukat, App. 202

Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dr. phil. Matthias Eberling Zeitpolitik
App. 104

Dr. phil. Christian Engeli Stadtgeschichte, Redaktion der Zeitschriften „Archiv für
App. 249 Kommunalwissenschaften“ (AfK) und „Informationen zur
modernen Stadtgeschichte“ (IMS)

Dipl.-Geogr. Holger Floeting Informations- und Kommunikationstechnik,
App. 221 Informationswirtschaft, Bürostandortforschung,
kommunale Wirtschaftsförderung

Steffi Gaevert Informations- und Kommunikationstechnik
App. 201

Dr. rer. pol. Busso Grabow Wirtschaftspolitik, Informations- und Kommunika-
App. 248 tionstechnik, empirische Wirtschaftsforschung

Dr. rer. soc. Dietrich Henckel Wirtschaftlicher Strukturwandel, neue Technologien, Ge-
App. 292 werbeflächen, Zeitpolitik

Dipl.-Geogr. Kommunale Wirtschaftsförderung, ökologisch orientierte
Beate Hollbach-Grömig Wirtschaftspolitik, Verkehrszentralität, Stadtmarketing
App. 293

Dipl.-Volkswirt Finanzausgleich, Steuerpolitik, kommunale
Michael Reidenbach Investitionstätigkeit, Infrastrukturfinanzierung,
App. 295 kommunale Standards

Sachbearbeitung

Christa Knopf, App. 294 Statistik, Umfragen

Weiteres Sekretariat

Christina Blödorn, App. 203



Koordinatorin

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler, App. 244

Organisationssekretariate

Beatrixe Albrecht, App. 127

Doris Becker, App. 264

Maria-Luise Hamann, App. 261

Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dipl.-Ing. Angela Brockmann App. 207 Kommunaler Umweltschutz, Landschaftsplanung,
Naturschutz

Dr.-Ing. Annett Fischer App. 110 Kommunaler Klimaschutz, Energieeinsparung,
Lokale Agenda 21

Dipl.-Pol. Beata Häfner App. 101 Kommunaler Umweltschutz für Mittel- und Osteuropa

Ass. jur. Birgit Kahmann Umwelt- und Kommunalrecht

Dipl.-Pol. Carlo Kallen App. 240 Kommunaler Klimaschutz, Energieeinsparung,
Lokale Agenda 21

Dipl.-Sozialök. Jens Libbe App. 115 Stadtökologie

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler App. 244 Kommunaler Umweltschutz, ökologisches Planen und
Bauen, Lokale Agenda 21

Sachbearbeitung

Doris Becker, App. 264

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß, App. 265

Monika Stolina M.A., App. 105

Dipl.-Dolm. Eike Grottker, App. 157

Weitere Sekretariate

Katrin Adam, App.106



Koordinator

Dr. phil. Werner Heinz, Dipl.-Ing., App. 143

Organisationssekretariate

Margot Eisenreich, App. 144

Kristin Schultz-Coulon, M.A., App. 148

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter Denkmalpflege, Wohnungspolitik, Stadtbaugeschichte
App. 145

Dr. phil. Werner Heinz, Stadtentwicklung, Stadtmanagement,
Dipl.-Ing. Westeuropa-Beauftragter
App.143

Dipl.-Psych. Klaus Mittag Sozial- und Jugendhilfeplanung, Umfragenforschung,
App. 138 Datenverarbeitung

Sachbearbeitung

Dipl.-Geogr.Thomas Franke, Stadt- und Regionalentwicklung, Städtenetze
App. 147



AB5 ARBEITSBEREICH FORTBILDUNG

Koordinator

Dr. phil. Paul von Kodolitsch, App. 272

Organisationssekretariate

Eva Alber, App. 258

Rosa Hackenberg, App. 259

Ursula Kuhn, App. 268

Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl
App. 243 Wohnungspolitik, Stadtentwicklung, Sozialpolitik,
Kulturpolitik

Dr. oec. Birgit Frischmuth
App. 242 Kommunales Finanzwesen, ÖPNV,
Verwaltungsmodernisierung

Dr. phil. Paul von Kodolitsch
App. 272 Kommunale Willensbildungs- und Entscheidungsstruktu-
ren, europäische Fragen, Ausländer, Verwaltungsmoder-
nisierung, Kriminalprävention

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
App. 255 Kommunale Gewerbepolitik, städtischer Personen- und
Güterverkehr, Einzelhandel

Dipl.-Soz. Robert Sander
App. 267 Städtebau, Stadt- und Regionalplanung, Stadtökologie,
Umwelt, IuK-Technologien



Koordinatorin

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens, App. 212

Organisationssekretariat

Gisela Koßmann, App. 256

Redaktion

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens
App. 212

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Difu-
Beiträge zur Stadtforschung, Materialien, Arbeitshilfen,
Aktuelle Information, Forum Stadtökologie,
Occasional Papers

Sachbearbeitung

Erika Huber, App. 282

Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK), Schriften des
Deutschen Instituts für Urbanistik, Difu-Beiträge zur
Stadtforschung, Materialien

Isabell Stade, App. 254

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik,
Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Materialien

Vertrieb

Dagmar Dietrich, App. 253
Gerda-Luise Elbin, App. 287

Difu-Veröffentlichungen im Selbstverlag
Difu-Veröffentlichungen im Selbstverlag



AB7 ARBEITSBEREICH INFORMATION UND DOKUMENTATION

Koordinatorin

Susanne Plagemann, M.A., App. 274

Organisationssekretariat

Gerda-Luise Elbin, App. 287

Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Dr.-Ing. Michael Bretschneider,
Dipl.-Volksw.
App. 281

Umfragennachweissystem DEMOS,
Forschungsbedarfsanalysen,
Mittel- und Osteuropa-Beauftragter

Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth
App. 297

Datenbankanfragen, Sozial- und
Jugendhilfeplanung

Susanne Plagemann, M.A.
App. 274

Informationsmanagement, DV-Planung,
Literaturdatenbank ORLIS, Informationsdienste,
Internet

Sachbearbeitung

Dipl.-Math. Renate Christian
App. 289

Literaturdokumentation, Datenbankanfragen
(Abos)

Christel Fuchs
App. 276

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und
Landesplanung, Literaturdokumentation

Dipl.-Math. Norbert Gietzen
App. 158

DV-Administration Difu

Dipl.-Ing. Christine Grabarse
App. 288

DV-Administration Difu

Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber
App. 279

ORLIS-Datenbankprofile, Literaturdokumenta-
tion, Verwaltung Adreßdatenbank, URBADISC

Waltraud Holtorf
App. 284

Vertrieb Informationen zur modernen Stadtge-
schichte (IMS) Difu-Bibliothek, Literaturdoku-
mentation

Dipl.-Päd. Rita Rabe
App. 271

Literaturdokumentation, Informationsdienste

Klaus M. Rarisch
App. 233

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen,
Kommunalwissenschaftliche Prämienaussschrei-
bung, Literaturdokumentation

Jörg Schumacher
App. 275

DV-Administration AB 7, Datenbankverwaltung,
Internet

Christiane Walter
App. 277

Profildienste, Literaturdokumentation

Abkürzungen



AB	Arbeitsbereich
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
ASG	Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen
ARGEBAU	Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister (Senatoren) der Länder
ARL	Akademie für Raum- und Landesplanung
BauGB	Baugesetzbuch
BauGB-RegE	Baugesetzbuch – Regierungsentwurf
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauROG	Bau- und Raumordnungsgesetz
BEA	Brandenburgische Energiespar-Agentur
BfA	Bundesanstalt für Arbeit
BfLR	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
BMBau	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
BMBF	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMFSJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BUP	Büro für Umweltpädagogik
C.A.P.A.Cities	Consolidated Actions of Public Authorities for European Cities in the New „Information Society“
CERTU	Centre d'études sur les réseaux, les transports, l'urbanisme et les constructions publiques
CIAUD	Centre d'Information de l'Urbanisme et du Design
CINDOC	Centro de Información y Documentación Científica
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt
DEGEWO	Deutsche Gesellschaft für Wohnungsbau
DEMOS	Nachweissystem für kommunale Umfragen des Difu
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSE	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
DST	Deutscher Städtetag
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EU	Europäische Union
EUROREX	Programme de Recherche et Expérimentations entre Partenaire Européans
ExWoSt	(Programm zum) Experimentellen Wohnungs- und Städtebau



Abkürzungen

F+E	Forschung und Entwicklung
FHTW	Fachhochschule für Technik und Wirtschaft
FHVR	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
FORS	Datenbank zu Forschungsprojekten des Difu
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung
GSW	Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin mbH
ICLEI	International Council for Local Environmental Initiatives
IFOK	Institut für Organisationskommunikation
IHK	Industrie- und Handelskammer
IL	Institutsleitung
ILS	Institut für Landesentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen
IMS	Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IRB	Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau
IRS	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V.
ISW	Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg
IuK	Informations- und Kommunikationstechniken
IWU	Institut für Weiterbildung und Beratung im Umweltschutz
IZT	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle
KommOn	gemeinsame Homepage kommunaler Organisationen
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
LCTP	Least-Cost Transportation Planning
LRC	London Research Centre
MATET	Ministère de l'Aménagement du Territoire, de l'Équipement et des Transports
MOE	Mittel- und Osteuropa
MSKS	Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
MSWV	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖKOTEC	Institut für angewandte Umweltforschung
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ORLIS	Literatur-Informationsdatenbank des Difu
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PPP	Public Private Partnership
PR	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
RWTH Aachen	Rheinisch-Westfälische Hochschule Aachen
SCUPAD	Salzburg Congress on Urban Planning and Development
SEBI	Senatsbibliothek Berlin
SPI	Sozialpädagogisches Institut der Berliner Arbeiterwohlfahrt

S.T.E.R.N.	Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung
Tk	Telekommunikation
TQM	Total Quality Management
TRN	Telematikgestützte Regionale Netze
TUB	Technische Universität Berlin
UBA	Umweltbundesamt
UfK	Umweltberatung für Kommunen
VDC	Verkehrsclub Deutschland
VDSst	Verband Deutscher Städtestatistiker
VEB	(ehemalige) Volkseigene Betriebe
VfK	Verein für Kommunalwissenschaften
vhw	Volksheimstättenwerk
WAB	Wasserversorgung und Abwasserbehandlung
WIBERA	Wirtschaftsberatung AG
wir	Wirtschaftsinitiativen für Deutschland e.V.
WWW	World Wide Web
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung



Abkürzungen